

1

Vereinbarung

2

zwischen

3

**Christlich Demokratischer Union  
(CDU)**

4

5

**Landesverband Thüringen**

6

und

7

**Sozialdemokratischer Partei Deutschlands  
(SPD)**

8

9

**Landesverband Thüringen**

10

über die Bildung einer Koalitionsregierung für die  
Fünfte Legislaturperiode des Thüringer Landtages

11

12

**Starkes Thüringen**

13

-

14

**innovativ, nachhaltig,  
sozial und weltoffen**

15

16

Erfurt, Oktober 2009

## 17 **Inhaltsverzeichnis**

18	I.	Starkes Thüringen – innovativ, nachhaltig, sozial und weltoffen .....	2
19	II.	Vereinbarung über die politische Zusammenarbeit .....	7
20	1.	Wirtschaft und Technologie .....	7
21	2.	Arbeit .....	15
22	3.	Finanzen .....	18
23	4.	Frühkindliche Bildung.....	21
24	5.	Schule und Erwachsenenbildung.....	22
25	6.	Wissenschaft .....	25
26	7.	Kultur .....	27
27	8.	Soziales .....	29
28	9.	Familie .....	32
29	10.	Gleichstellung von Frau und Mann.....	34
30	11.	Gesundheit und Verbraucherschutz .....	35
31	12.	Sport.....	36
32	13.	Landwirtschaft .....	37
33	14.	Forst .....	41
34	15.	Naturschutz .....	42
35	16.	Umwelt .....	44
36	17.	Inneres .....	46
37	18.	Kommunales .....	49
38	19.	Landesentwicklung und Verkehr .....	50
39	20.	Bau.....	55
40	21.	Medien .....	57
41	22.	Justiz .....	58
42	23.	Europa.....	61
43	III.	Verfahren der politischen Zusammenarbeit .....	63
44	1.	Koalitionsausschuss .....	63
45	2.	Zusammenarbeit und Abstimmverhalten im Landtag.....	63
46	3.	Zusammenarbeit in der Landesregierung .....	63
47	4.	Abstimmverhalten im Bundesrat .....	64
48			

## 49 **I. Starkes Thüringen – innovativ, nachhaltig, sozial** 50 **und weltoffen**

51 Die CDU Thüringen und die SPD Thüringen sind übereingekommen, in der fünften  
52 Legislaturperiode des Thüringer Landtags (2009-2014) gemeinsam  
53 Regierungsverantwortung zu übernehmen. Ihr Ziel ist, die Lebensbedingungen der  
54 Bürgerinnen und Bürger in den kommenden fünf Jahren weiter zu verbessern und  
55 den Freistaat Thüringen als wirtschaftlich, sozial und kulturell attraktives Land mit  
56 neuen Ideen weiter voranzubringen.

57 Die Koalition übernimmt Verantwortung in schwieriger Zeit. Die Auswirkungen der  
58 globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf Thüringen, die sinkenden Einnahmen  
59 aus dem Solidarpakt II und dem Länderfinanzausgleich sowie drohende Einschnitte  
60 bei den Strukturhilfen der EU ab 2013 engen die finanziellen Spielräume ein. Unter  
61 diesen Bedingungen wird die größte Herausforderung der Koalition aus CDU und  
62 SPD sein, sowohl die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu schultern und die  
63 nötigen Investitionen in die Zukunft zu sichern als auch die öffentlichen Haushalte  
64 davor zu bewahren, aus dem Ruder zu laufen.

65 CDU und SPD sind sich einig, dass diese Aufgabe nur auf der Basis einer stabilen  
66 Zusammenarbeit gemeistert werden kann. Auf bewährtem Fundament wollen sie  
67 Thüringen weiterführende Impulse geben. In Erinnerung an die friedliche Revolution  
68 vor 20 Jahren wollen sie diesen Weg mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres  
69 Landes gehen und wissen sich einer beteiligungsorientierten politischen Kultur  
70 verpflichtet.

71 Thüringen hat wichtige Fortschritte auf dem Weg zu einem modernen und attraktiven  
72 Land gemacht. Die Regierungsparteien wollen eine Vorreiterrolle bei der  
73 ökologischen, sozialen und kulturellen Modernisierung in Deutschland spielen. Die  
74 Koalition aus CDU und SPD wird in gemeinsamer kollegialer Anstrengung Thüringen  
75 als innovatives, nachhaltiges, soziales und weltoffenes Land entwickeln.

76 Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von den politischen Parteien Antworten darauf,  
77 wie in Zeiten globaler ökonomischer, sozialer und ökologischer Herausforderungen  
78 privates Wirtschaften und öffentliche Verantwortung im Interesse aller in ein neues  
79 Gleichgewicht gebracht werden können.

80 In der Politik geht es nicht um letzte Wahrheiten, sondern um richtige Lösungen. Der  
81 politische Streit sollte jeweils um die Frage gehen, welcher Vorschlag der beste ist im  
82 Interesse aller oder im Interesse der vielen.

83 Wir haben uns in dieser Koalitionsvereinbarung daran orientiert, was notwendig,  
84 möglich und verantwortbar ist. Unsere Politik für das Land und die Menschen soll  
85 sich nicht hinter angeblichen Sachzwängen verstecken oder sie in falschen  
86 Sicherheiten wiegen.

87 Dieser Koalitionsvertrag ist ein ehrlicher Vertrag. Die Bürgerinnen und Bürger wollen  
88 wissen, woran sie sind. Sie haben Anspruch darauf zu erfahren, was die Politik will  
89 und auch, worin sich die politischen Parteien unterscheiden – auch dann, wenn sie  
90 beschließen, zum Wohle aller gemeinsam zu regieren.

91 Wir wollen, dass Thüringen als Freistaat in der Mitte Europas die Chancen der  
92 Globalisierung nutzt. Das gilt für die soziale und für die ökologische Dimension

93 wirtschaftlichen Handelns, für die Gestaltung des technischen Fortschritts und für die  
94 kulturelle Offenheit, die eine moderne Gesellschaft benötigt.

95 Wir wollen niemanden zurücklassen. Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern  
96 Chancen eröffnen und sie in die Lage versetzen, sich an der gesellschaftlichen  
97 Verantwortung zu beteiligen. Wir brauchen Möglichkeiten für den persönlichen  
98 Aufstieg. Wir wollen, dass die Menschen stolz sind auf ihre Arbeit und ihre Leistung.

99 Wir orientieren uns an folgenden Leitgedanken:

100 Thüringen innovativ: Unser Land will in gemeinsamer Anstrengung seine  
101 Spitzenposition in Bildung, Wissenschaft und Forschung ausbauen. Wir  
102 werden den Medienstandort Thüringen durch den Ausbau des  
103 Kindermedienlandes und den Aufbau eines Mediacampus stärken. Wir  
104 wollen eine Politik der Qualifizierung umsetzen, wir wollen eine moderne und  
105 innovative Verwaltung etablieren. Wir wollen die Attraktivität der Berufe im  
106 ländlichen Raum steigern und die Innovationspotenziale in der Land- und  
107 Ernährungswirtschaft erschließen.

108 Thüringen nachhaltig: Wir wollen Thüringen zu einem nachhaltigen  
109 Wirtschaftsstandort zukunftsorientierter Industrien und Dienstleistungen  
110 machen. Wir wollen eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss, die Wirtschafts-,  
111 Technologie- und Innovationspolitik integriert. Wir wollen Vorreiter für eine  
112 nachhaltige Energiepolitik und Naturnutzung, Land- und Forstwirtschaft  
113 werden. Nachhaltigkeit schließt für uns Generationengerechtigkeit ein.  
114 Deshalb setzen wir Schranken gegen ausufernde Haushalte und wollen auf  
115 Dauer ohne neue Schulden auskommen.

116 Thüringen sozial: Die wichtigste gesellschaftliche Aufgabe bleibt es, neue  
117 Arbeitsplätze in sozialer und ökologischer Verantwortung zu schaffen. Das ist  
118 in erster Linie Aufgabe von Unternehmen. Wir wollen dafür den richtigen  
119 Rahmen setzen und die richtigen Impulse geben durch eine aktive  
120 Arbeitsmarktpolitik und nachhaltige Wirtschaftspolitik. Wir brauchen ein Bündel  
121 von Initiativen, damit alle, die arbeiten können, ihren Lebensunterhalt auch  
122 tatsächlich selber erarbeiten können. Das gilt vor allem für Familien, die wir  
123 durch eine hochwertige Betreuungsinfrastruktur und direkte Förderung weiter  
124 unterstützen. Wir wollen, dass sich die Menschen weiter den Traum von den  
125 eigenen vier Wänden erfüllen können. Und wir werden dafür sorgen, dass  
126 Thüringen ein sicheres Land mit leistungsfähigen Kommunen bleibt.

127 Thüringen weltoffen: Wir sind stolz auf die landschaftliche Schönheit und die  
128 große kulturelle Tradition, die sich beispielsweise in der Weimarer Klassik, in  
129 zahlreichen und vielfältigen Denkmälern oder dem Bauhaus zeigt. Wir wollen  
130 dieses Erbe bewahren und weiterentwickeln. Thüringen ist ein kulturell aktives  
131 und weltoffenes Land. Wir wollen unterschiedliche Lebensentwürfe und -  
132 erfahrungen in gegenseitigem Respekt und gesellschaftlicher Verantwortung  
133 zusammenbringen. Wir wissen: Die Bereitschaft, sich solidarisch für die  
134 Gemeinschaft als Staatsbürger einzusetzen und sich ehrenamtlich zu  
135 engagieren, gründet in der Solidarität, die die Gemeinschaft dem Einzelnen  
136 entgegenbringt. Wir wollen Verwaltungsmitarbeiter, die sich mit Europa  
137 auskennen, und sorgen dafür, dass unser Land in die transnationale  
138 Verkehrsinfrastruktur noch besser eingebunden wird.

139 In der Demokratie ist es unerlässlich, dass die politischen Parteien deutlich machen:  
140 Es gibt Wege in die Zukunft – auch ganz unterschiedliche Wege – jenseits von  
141 Beliebigkeit und Ideologie. Auf dieser Grundlage ist in der Demokratie gemeinsames  
142 Handeln möglich. Dafür stehen wir in dieser Regierungskoalition.

143 CDU und SPD orientieren sich in ihrer Zusammenarbeit an den folgenden  
144 Grundlinien, die in dieser Vereinbarung für alle Politikfelder konkretisiert werden:

- 145     ▪ Zu guten Lebensbedingungen gehört Arbeit zu fairen und wettbewerbsfähigen  
146     Löhnen. Dafür werden wir uns aktiv einsetzen. Die Koalitionspartner wollen  
147     Wachstum und Beschäftigung stärken und Rahmenbedingungen für „gute  
148     Arbeit“ schaffen, um den Menschen bessere Perspektiven in Thüringen zu  
149     geben. Thüringen soll als Arbeits-, Studien- und Lebensort auch für Menschen  
150     von außerhalb der Landesgrenzen immer anziehender werden.
- 151     ▪ CDU und SPD wollen die Entfaltungsmöglichkeiten der mittelständischen  
152     Wirtschaft noch besser unterstützen und die besonders innovativen und  
153     wachstumsstarken Zukunftsbranchen gezielt weiter ausbauen. Dazu wird ein  
154     Leitbild entworfen. Die gemeinsame Landesregierung wird den ländlichen  
155     Raum als Lebens- und Arbeitsort weiter entwickeln und dafür sorgen, dass  
156     seine wirtschaftlichen Möglichkeiten auch zukünftig erschlossen werden.  
157     Thüringen soll die Vorreiterrolle bei den erneuerbaren Energien weiter  
158     ausbauen und zum grünen Motor Deutschlands werden.
- 159     ▪ Leistungsfähigkeit und Lebensglück werden durch eine Bildungspolitik  
160     gefördert, die jeder und jedem die Chance eröffnet, Begabungen zu  
161     entdecken und zu entwickeln und zur Persönlichkeit zu reifen. Hier liegt ein  
162     entscheidender Schlüssel zur sozialen Gerechtigkeit. CDU und SPD wollen  
163     Bildungschancen unabhängig vom sozialen Herkommen noch besser  
164     erschließen, werden das längere gemeinsame Lernen mit der Thüringer  
165     Gemeinschaftsschule im differenzierten Schulsystem stärken und die  
166     Hochschulen zu attraktiven Standorten ausbauen.
- 167     ▪ Gute Lebensbedingungen für Familien sollen ein Erkennungszeichen  
168     Thüringens bleiben. Optimale Entwicklungsmöglichkeiten für alle Kinder, die  
169     Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Freiheit der Eltern, ihr  
170     Familienmodell nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, sind für die Koalition  
171     Richtschnur der Familienpolitik. CDU und SPD werden mit mehr Erzieherinnen  
172     und Erziehern bessere Bildung und Betreuung gewährleisten.
- 173     ▪ Eine intakte Umwelt und Natur, attraktive Städte, Dörfer und Landschaften  
174     sind wesentlich für die Lebensqualität. Eine ausgewogene Entwicklung  
175     städtischer Zentren und des ländlichen Raums, der weitere Ausbau der  
176     Infrastruktur, die Stadt- und Dorfentwicklung, Natur- und Umweltschutz  
177     bleiben herausgehobene Aufgaben der Landespolitik.
- 178     ▪ CDU und SPD wollen, dass die Menschen sich in Thüringen zu Hause fühlen  
179     und das Land als ihre Heimat empfinden. Daran haben gute soziale  
180     Beziehungen und ein vielgestaltiges Vereinsleben vor Ort – vom Sport, über  
181     die Feuerwehren bis hin zu sozialen, kulturellen oder politischen Initiativen –  
182     einen entscheidenden Anteil. Deshalb wird weiterhin das Ehrenamt  
183     unterstützt. Die gesellschaftlichen Gruppen bilden das Rückgrat unseres  
184     freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesens. Die gemeinsame  
185     Landesregierung bietet ihnen die Zusammenarbeit an.

- 186  
187  
188  
189  
190  
191  
192
- Die Koalitionspartner wollen den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken und vor allem den Kampf gegen die Kinderarmut weiter fortsetzen. Weitere Schwerpunkte setzen CDU und SPD im Miteinander der Generationen, in der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren. Es wird ein Beauftragter als direkter Ansprechpartner für alle Generationenfragen berufen. Das besondere Augenmerk der Koalitionspartner gilt der Angleichung der Renten in Ost und West.
- 193  
194  
195  
196  
197
- Thüringen besitzt eine einzigartige Kulturlandschaft. Wir wollen dieses Erbe nicht nur pflegen, sondern auch zum Ausgangspunkt neuer Entwicklungen machen. Dazu ist es notwendig den kulturellen Reichtum zu sichern. Wir wollen mit diesem Schatz für unser Land werben. Thüringen soll auch heute ein Anziehungspunkt für kreative Köpfe aus aller Welt sein.
- 198  
199  
200  
201  
202
- Grundbedingungen der Freiheit sind Recht und Sicherheit. Beides zu gewährleisten, ist Ziel der gemeinsamen Justiz- und Innenpolitik. Innere Sicherheit ist eine der Stärken Thüringens. CDU und SPD werden durch ausreichend Personal und geeignete Strukturen dafür sorgen, dass dies so bleibt.
- 203  
204  
205  
206  
207  
208
- Die freiheitliche demokratische Grundordnung erfordert die entschlossene Auseinandersetzung mit den Gegnern dieser Ordnung – gegenwärtig in Thüringen vor allem mit dem Rechtsextremismus. Auf der Basis der „Erklärung für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen“ (Drs. 5/23) bündelt die Landesregierung ihre Maßnahmen in einem Landesprogramm.
- 209  
210  
211  
212  
213  
214  
215  
216
- CDU und SPD sehen sich in der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen und stellen ihr politisches Wirken daher unter den anspruchsvollen Maßstab der Nachhaltigkeit. Dies betrifft den Umwelt- und Naturschutz genauso wie das Wirtschaften und den pfleglichen Umgang mit kulturellen Gütern. In gleicher Weise muss dieses Prinzip in unserer Haushalts- und Finanzpolitik wirksam bleiben, die Gestaltungsspielräume kommender Generationen nicht abschneiden darf. Thüringen muss dauerhaft ohne neue Schulden auskommen.
- 217  
218  
219  
220  
221  
222  
223  
224  
225  
226  
227  
228  
229  
230  
231  
232  
233
- Es muss gelingen, konjunkturell notwendige Maßnahmen und Notwendigkeiten der Haushaltskonsolidierung vernünftig miteinander zu verbinden. Die Handlungsfähigkeit der Landesregierung in den schwierigen Jahren 2010 und 2011 muss im Hinblick auf Investitionen, Sicherung der industriellen Substanz und notwendige Ausgaben für Bildung erhalten bleiben. CDU und SPD sind sich einig, dass an dem gemeinsamen Ziel solider Landeshaushalte festgehalten wird. Sie wollen, dass Thüringen 2019 finanziell auf eigenen Füßen stehen kann. Deshalb sollen alle Ausgaben konsequent an diesem Ziel gemessen werden. Im Blick bleibt das gemeinsame Ziel, im Landeshaushalt den Rückgang aus dem Solidarpakt II, aus den EU-Mitteln und aus dem Länderfinanzausgleich zu berücksichtigen. Zielmarke bleibt eine Haushaltsstruktur, die ausgeglichene Haushalte ohne neue Schulden ermöglicht und die Bedingungen der im Grundgesetz geregelten Schuldenbremse erfüllt. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die Festlegungen dieser Koalitionsvereinbarung nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel und auf Grundlage der Haushaltsberatungen umgesetzt werden.

234 Mit dieser Koalitionsvereinbarung sind die Grundlagen und Vorhaben beschrieben,  
235 auf und mit denen CDU und SPD Regierungspolitik für Thüringen umsetzen und die  
236 Zukunft des Landes gestalten wollen. Wir hoffen, damit ein stabiles und verlässliches  
237 Fundament für die weitere Entwicklung unseres Landes gelegt zu haben, für das wir  
238 gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr bewegen möchten.

239

## II. Vereinbarung über die politische Zusammenarbeit

240

### 1. Wirtschaft und Technologie

241

#### Wachstum, Beschäftigung und Innovationen für Thüringen

242

Thüringen hat seit der friedlichen Revolution große Fortschritte beim wirtschaftlichen

243

Aufbauprozess gemacht und durch einen Reindustrialisierungsprozess an seine

244

Traditionen als leistungsstarker Industriestandort angeknüpft. CDU und SPD wollen

245

eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss, die Wirtschafts-, Technologie- und

246

Innovationspolitik integriert. Ein solches Zusammenspiel schafft Klarheit,

247

Transparenz und Orientierung. Industrie und Unternehmen sind Wachstums- und

248

Jobmotor sowie wichtiger Impulsgeber für alle Wirtschaftszweige im Land. CDU und

249

SPD haben in diesem Sinne folgendes vereinbart:

250

- In den nächsten Jahren muss es noch stärker gelingen, Absatzerfolge auf überregionalen und internationalen Märkten zu ermöglichen, die Arbeitsplätze schaffen, Einkommen sichern und stärken und so auch einen Beitrag zur Sicherung der regionalen Wirtschaft leisten. Dabei müssen die Stärkung der traditionellen industriellen Basis des Freistaates und die Etablierung neuer und zukunftsfähiger Branchen Hand in Hand gehen.

251

252

253

254

255

256

- Heute sind Deutschland und Thüringen mit der schwersten ökonomischen Krise seit Jahrzehnten konfrontiert. Das stellt die Unternehmen, Verbände, Gewerkschaften und auch die Landesregierung vor große Herausforderungen. Gemeinsam muss daher eine Politik auf den Weg gebracht und weiterentwickelt werden, die

257

258

259

260

- Wachstum stärkt,
- Beschäftigung sichert,
- Investitionen fördert und
- die Binnenkaufkraft unterstützt.

261

262

263

264

265

- CDU und SPD wollen daher, dass alle Möglichkeiten des Landes für die Sicherung von Unternehmen, die Erhaltung von Arbeitsplätzen und die Investitionen in die Potenzialentwicklung der Wirtschaft in Thüringen eingeleitet bzw. genutzt werden. Dazu soll eine „Konzertierte Aktion Wachstum, Beschäftigung, Innovationen für Thüringen“ auf den Weg gebracht werden, in der mit Wirtschafts- und Gewerkschaftsverbänden etc. alle Möglichkeiten und Instrumente zur Sicherung von Wachstum, Beschäftigung und Investitionen erörtert und vereinbart werden. Notwendig ist eine konjunkturorientierte Finanzpolitik, die die Möglichkeiten des Landes für eine antizyklische Wirtschafts- und Finanzpolitik nutzt. Damit sollen die finanziellen Voraussetzungen dafür gesichert werden, dass eine aktive Förderpolitik für Unternehmen, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und Investitionen möglich bleiben.

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

- Eine Schlüsselrolle für die weitere ökonomische Entwicklung in Thüringen kommt der Stärkung der mittelständisch geprägten und durch eine Branchenvielfalt gekennzeichneten Industrie zu. Die Potenziale in unterschiedlichen Feldern der Thüringer Wirtschaft müssen erschlossen

279

280

281

282 werden, um die Industrie als Wachstums- und Beschäftigungsmotor und als  
283 Impulsgeber für andere Branchen zu stärken. Dabei wollen CDU und SPD das  
284 Innovationspotenzial insbesondere der kleinen und mittelständischen  
285 Unternehmen (KMU) nutzen, damit sie sich im überregionalen und  
286 internationalen Wettbewerb behaupten können. Die weitere Förderung  
287 modernster Anlagen, von Forschung, Entwicklung und Innovation, die  
288 Unterstützung von Vernetzungsprozessen sowie die Förderung von Bildung  
289 und Qualifizierung haben dabei eine Schlüsselrolle. Effiziente  
290 Produktionsverfahren senken Kosten, hochwertige Produkte mit  
291 Alleinstellungsmerkmalen stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen,  
292 die Sicherheit der Arbeitsplätze und das Lohnniveau.

293 ■ Notwendig ist ein Leitbild für die weitere ökonomische Entwicklung in  
294 Thüringen und eine aktive Industrie-, Innovations- und Technologiepolitik. Die  
295 ökonomischen Wachstums- und Innovationstreiber müssen gestärkt werden.  
296 Dabei geht es vor allem darum, die Technologieorientierung bei der  
297 Wertschöpfung weiter zu unterstützen. In Thüringen gibt es überwiegend  
298 kleine und mittelständische Unternehmen. Das ist eine Chance, denn diese  
299 Unternehmen sind häufig flexibler und innovationsorientierter als große  
300 Unternehmen. Es ist aber auch ein Risiko, wenn diese Unternehmen eine zu  
301 geringe Technologietiefe besitzen, von einzelnen Unternehmen –z.B. als  
302 Zulieferer – abhängig sind, eine geringe Liquidität besitzen oder einen  
303 geringen Exportanteil haben.

304 ■ Die Thüringer Wirtschaft soll gestärkt aus der Krise hervorgehen. Dazu gehört  
305 eine Förderpolitik, die sich an den großen Wachstumstreibern orientiert. Das  
306 Land hat Potenziale unter anderem im Bereich grüner Technologien. Die  
307 Koalitionspartner wollen Thüringen zu einem der attraktivsten und besten  
308 Green-Tech-Standorte in Deutschland ausbauen. CDU und SPD werden  
309 einen Zukunftsatlas Thüringen erarbeiten, der Potenziale für Wachstum,  
310 Beschäftigung und Innovationen in Thüringen erfasst. Er wird die Grundlage  
311 für die zukünftige Fördercluster-, Struktur-, und Innovationspolitik sein.

312 ■ Wer „Grüner Motor“ sein will, muss beim Ausbau erneuerbarer Energien  
313 führend sein. Die Zukunft der Energieversorgung sind die erneuerbaren  
314 Energien. Dafür müssen die landesrechtlichen und förderspezifischen  
315 Rahmen geschaffen werden. Wer eine Stärkung des Energiestandortes will,  
316 braucht mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten und damit eine  
317 Diversifizierung des Angebots.

318 ■ Für die ökonomische Entwicklung sind moderne Infrastrukturen von zentraler  
319 Bedeutung. Die Koalitionsparteien wollen die Investitionen sichern und da, wo  
320 es notwendig ist, ausbauen. Das gilt für Forschungs- und  
321 Infrastrukturinvestitionen.

322 ■ Angesichts der Wirtschaftskrise wird das Land seine Möglichkeiten für eine  
323 aktive Arbeitsmarktpolitik im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten nutzen.  
324 Dazu wollen CDU und SPD ein Programm „Gute Arbeit für Thüringen“ auf den  
325 Weg bringen. Dazu gehört auch, dass die Koalition aktiv für ein höheres  
326 Lohnniveau eintritt. Gute Arbeit ist ein wichtiger Standortfaktor, der auch die  
327 Attraktivität Thüringens sichert.

328 ■ Die Wirtschaftspolitik des Landes wird vom Wirtschaftsministerium  
329 konzeptionell entworfen und koordiniert. Die LEG und die TAB sind dem

- 330           Wirtschaftsministerium fachlich zugeordnet und haben eine unterstützende  
331           Funktion in der Umsetzung der wirtschaftspolitischen Leitlinien der  
332           Landesregierung.
- 333           ▪ Zur Abstimmung der Wirtschafts- und Innovationspolitik werden CDU und  
334           SPD einen Wirtschafts- und Innovationsrat einrichten, dem die  
335           Handwerkskammern, die Industrie- und Handelskammern, die  
336           Gewerkschaften und bei Bedarf auch wissenschaftliche Einrichtungen  
337           angehören.
- 338           ▪ Die Wirtschafts- und Innovationspolitik wird sich an folgenden Leitlinien  
339           orientieren:
- 340           - Industrie stärken: Thüringen ist Industrieland. CDU und SPD wollen die  
341           Rolle der Industrie als Wachstums- und Beschäftigungsmotor und als  
342           Impulsgeber für andere Branchen weiter stärken. In den nächsten  
343           Jahren muss es noch stärker gelingen, Absatzerfolge auf  
344           überregionalen und internationalen Märkten zu ermöglichen, die  
345           Arbeitsplätze schaffen, Einkommen sichern und stärken und so auch  
346           einen Beitrag zur Sicherung der regionalen Wirtschaft leisten.
- 347           - Grünes Herz – Grüner Motor: Bereits jetzt verfügt Thüringen über  
348           beachtliche Potenziale im Bereich der grünen Technologien. Diese  
349           wollen die Koalitionspartner ausbauen. Thüringen soll führender  
350           Standort einer der wichtigsten Leitmärkte zu Beginn des 21.  
351           Jahrhunderts werden.
- 352           - Arbeit und Beschäftigung aktiv fördern: Die Schaffung von  
353           zukunftsfähigen Arbeitsplätzen ist das oberste Ziel unserer Politik. Die  
354           Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt hat hier  
355           eindeutigen Vorrang. Die aktive Arbeitsmarktpolitik kommt zum einen  
356           dann ins Spiel, wenn es darum geht, Übergänge zu organisieren und  
357           individuelle Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Arbeitsmarktpolitik  
358           muss zum anderen auch denen helfen, die derzeit nicht über die  
359           Voraussetzungen verfügen, einen Arbeitsplatz auf dem ersten  
360           Arbeitsmarkt zu finden.
- 361           - Wissens- und Technologieintensität steigern: Eine wettbewerbsfähige  
362           Wirtschaft und ein hohes Wohlstandsniveau setzen einen hohen  
363           „Wissensanteil“ an der Wertschöpfung voraus. CDU und SPD wollen  
364           die Innovationskraft und somit die Technologieintensität unserer  
365           Wirtschaft weiter steigern. Eine wichtige Aufgabe ist es, den Zugang  
366           der kleinen und mittleren Unternehmen zu Wissen und Technologie zu  
367           erhöhen.
- 368           - Soziale Partnerschaft ist ein Faktor für Wachstum und soziale Stabilität:  
369           Die aktuelle Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie wichtig eine verlässliche  
370           Sozialpartnerschaft aus Unternehmen, starken Gewerkschaften und  
371           Betriebsräten ist. Die Koalitionspartner wollen die enge  
372           Zusammenarbeit von Landesregierung, Wirtschafts- und  
373           Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften in allen wesentlichen  
374           Fragen der Wirtschafts- und Arbeitsförderung fortsetzen. Bündeln  
375           wollen sie dies in einer „Konzertierten Aktion für Wachstum und  
376           Beschäftigung in Thüringen“.

- 377 - Lebensqualität ist ein Standortfaktor: Thüringen steht auch im  
378 Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte. Wer in diesem Wettbewerb  
379 erfolgreich sein will, muss zukunftsfähige Arbeitsplätze, gute  
380 Ausbildung, lebenswerte Städte und attraktive ländliche Räume sowie  
381 gute und faire Entlohnung bieten.
- 382 - Eine konjunkturorientierte Finanzpolitik sorgt für Wachstum: Gerade in  
383 der Krise müssen alle politischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden,  
384 Unternehmen und Arbeitsplätze zu erhalten. Dazu wollen die  
385 Koalitionspartner auch die finanzpolitischen Möglichkeiten des Landes  
386 nutzen und die Maßnahmen des Landes auf Wachstum, Beschäftigung  
387 und Innovationen konzentrieren.

### 388 Integrierte Wirtschafts-, Technologie- und Innovationspolitik

389 Ziel ist eine wettbewerbsfähige und innovative Wirtschaft in Thüringen, damit der  
390 Freistaat als attraktiver Standort qualifizierten Fachkräften Perspektiven und  
391 Chancen bieten kann. Der Freistaat verfügt in wichtigen Zukunftsbranchen schon  
392 heute über hohe Potenziale, z.B. in der Solarbranche, in der optischen Industrie, in  
393 der Automobilbranche und in der Ernährungsindustrie. Diese Potenziale gilt es auch  
394 in der Krise zu erhalten und weiter zu entwickeln. Die Sicherung von Unternehmen  
395 und Arbeitsplätzen ist dabei oberstes Ziel. Traditionell ist auch das Handwerk eine  
396 tragende Säule der Thüringer Wirtschaft von hoher beschäftigungspolitischer  
397 Bedeutung. Der Stärkung des Handwerks gilt daher das besondere Augenmerk. In  
398 vielen Bereichen ist der wirtschaftliche Aufholprozess noch nicht abgeschlossen und  
399 bleibt zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik des Landes. Um die anstehenden  
400 Aufgaben in ihrer Komplexität bestmöglich zu bewältigen, braucht Thüringen eine  
401 integrierte Wirtschafts-, Technologie- und Innovationspolitik.

- 402 ■ Weitere Erfolge beim wirtschaftlichen Aufbauprozess sind für die Entwicklung  
403 Thüringens von entscheidender Bedeutung. Entsprechend genießen die  
404 Wirtschafts-, Technologie- und Arbeitsmarktförderung auch finanziell höchste  
405 Priorität. Sämtliche Wirtschaftsförderinstrumente, die teilweise aus Mitteln des  
406 Bundes und der Europäischen Strukturfonds finanziert werden, werden auch  
407 dann in vollem Umfang aus Landesmitteln kofinanziert, wenn die  
408 Einnahmeentwicklung hinter den bisherigen Erwartungen zurückbleiben sollte.
- 409 ■ Die Europäischen Strukturfonds - insbesondere der Europäische Fonds für  
410 regionale Entwicklung – bilden ein wichtiges regionalpolitisches und  
411 integrationspolitisches Instrumentarium, um die regionalen  
412 Entwicklungspotenziale für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die  
413 Verbesserung der Beschäftigungssituation zu stärken. Der Einsatz der  
414 Fondsmittel muss weiterhin auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit  
415 der Unternehmen und Forschungseinrichtungen konzentriert werden. Klar ist,  
416 dass es zu rückläufigen Transferleistungen des Bundes und der EU kommen  
417 wird. Um dem zu begegnen, werden wir geeignete Strategien entwickeln, die  
418 es ermöglichen, eine angemessene Wirtschaftsförderung fortzusetzen.
- 419 ■ CDU und SPD wollen alle Instrumente nutzen, um die industrielle Substanz in  
420 Thüringen für Wachstum und Beschäftigung in der Krise zu sichern: Auch  
421 temporäre staatliche Beteiligungen an privaten Unternehmen müssen möglich  
422 sein, wenn die Geschäftsmodelle und europäisches Wettbewerbsrecht dies  
423 zulassen.

- 424  
425  
426  
427  
428  
429  
430
- Die gemeinsame Landesregierung wird ein ökonomisches Leitbild für Thüringen erarbeiten, mit dem Thüringen unter anderem zum „grünen Motor Deutschlands“ gemacht wird. Dazu soll eine Potenzialanalyse, ein Zukunftsatlas 2020, erstellt werden, in dem die wirtschaftlich besonders dynamischen und zukunftssträchtigen Branchen identifiziert werden. Hierbei sollen Kammern, Verbände und wissenschaftliche Institute intensiv einbezogen werden.
- 431  
432  
433
- Es soll eine Fortschreibung der Bestandsaufnahme der Wirtschaftsförderung unter Berücksichtigung der Berichte zur Evaluierung der EU-Programme erfolgen; ggf. soll die Wirtschaftsförderung dann neu justiert werden.
- 434  
435  
436  
437  
438  
439
- CDU und SPD werden ein Mittelstandsförderprogramm und gegebenenfalls ein Mittelstandsfördergesetz auf den Weg bringen. Ziel ist, KMU zu fördern, Bürokratie abzubauen und Beratungsstrukturen zu stärken. In diesem Rahmen soll auch die Einrichtung eines zeitlich befristeten und finanziell gedeckelten Forderungssicherungsfonds für KMU und Handwerksbetriebe geprüft werden.
- 440  
441  
442  
443
- Die Liquidität von KMU und Handwerk, insbesondere bei öffentlichen Aufträgen, soll gestärkt werden. Das heißt, Rechnungsprüfungszeiten und Zahlungsfristen bei öffentlichen Aufträgen sind zu reduzieren, um Vorfinanzierungsaufwand und Kosten zu senken.
- 444  
445  
446  
447  
448
- CDU und SPD werden die Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auf hohem Niveau fortführen. Durch eine Großflächeninitiative sollen neue Standorte erschlossen und bestehende weiterentwickelt werden, um so ein bedarfsgerechtes Angebot an günstigen Industrieflächen zu gewährleisten.
- 449  
450  
451  
452  
453  
454  
455  
456  
457
- Die Förderung gewerblicher Investitionen aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) wird zumindest bis 2013 das bedeutendste Instrument der Wirtschaftsförderung in Thüringen bleiben. Das 2007 eingeführte System aus Basisförderung und Zuschlägen – z. B. für Exportorientierung, Marktwachstum, zusätzliche Dauerarbeitsplätze und die Einbindung in Cluster/Netzwerke – hat sich bewährt und wird nach Auslaufen des GRW-Sonderprogramms 2009/10 überprüft und weiterentwickelt. Die Zuschläge in der Zuschussförderung werden auch zukünftig an branchenübergreifende Kriterien anknüpfen.
- 458  
459  
460  
461  
462  
463  
464  
465  
466  
467  
468
- Der Bürgschaftsrahmen für die gewerbliche Wirtschaft wird in den Jahren 2010 und 2011 auf hohem Niveau fortgeführt. Das Gewicht der Zuschussförderung soll im Laufe der Legislaturperiode zugunsten der Gewährung von Förderkrediten und Bürgschaften reduziert werden. Der mit Einführung des Programms „Thüringen Invest“ begonnene Umsteuerungsprozess in der Wirtschaftsförderung durch die Umstellung der Programme auf revolvingende Fonds wird fortgesetzt und intensiviert. Revolvingende Fonds tragen durch die Rückflüsse dazu bei, dass in Thüringen auch bei der ab dem Jahr 2014 (Beginn der neuen Förderperiode der EU-Strukturfonds) absehbaren, deutlich geringeren Mittelausstattung eine wirksame Wirtschaftsförderung möglich sein wird.
- 469  
470
- CDU und SPD treten dafür ein, dass die Abschreibungsbedingungen für bewegliche Wirtschaftsgüter verbessert werden. Für das Wachstum der

471 Thüringer Unternehmen ist auch die Stärkung der Eigenkapitalbasis durch die  
472 Bereitstellung von Risiko- und Beteiligungskapital von großer Bedeutung. Die  
473 Koalitionspartner werden ein Nachfolgeprodukt für den Beteiligungsfonds  
474 „Private Equity Thüringen“ auf den Weg bringen. Die Liquiditäts- und  
475 Eigenkapitalbasis von KMU soll gestärkt werden, zum Beispiel durch  
476 Möglichkeiten, die die Unternehmen in die Lage versetzen, Kapital verstärkt in  
477 andere Produktionsfaktoren als Gebäude und Infrastruktur zu investieren. Das  
478 stärkt die Attraktivität des Investitionsstandorts Thüringen. Die Finanzierung  
479 soll über revolvingierende Fonds erfolgen.

480 ■ Um Existenzgründern und Kleinunternehmen den Zugang zu Krediten zu  
481 erleichtern, wird das Förderinstrumentarium um ein Kleinkreditprogramm  
482 erweitert, das sich an dem entsprechenden Beschluss des Thüringer  
483 Landtages vom 7. August 2009 orientiert. Wesentliche Punkte bei der  
484 Ausgestaltung sind die Berücksichtigung von Angeboten auf Bundesebene  
485 und die Einbindung der privaten Geschäftsbanken, Sparkassen und  
486 Genossenschaftsbanken in die Darlehensvergabe.

487 ■ Industriegetriebene Vernetzungsprozesse werden weiterhin aktiv gefördert.  
488 Insbesondere KMU können ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Kooperationen  
489 wesentlich steigern, z. B. beim Einkauf, bei Marketingaktivitäten und bei der  
490 Gewinnung von Fachkräften. Vor allem soll durch die Förderung von Clustern  
491 und Netzwerken sowie die Durchführung von FuE-Projekten der Aufstieg von  
492 Kleinunternehmen zu Systemlieferanten durch gemeinsame Angebote  
493 ermöglicht werden.

494 ■ Es sollen Brancheninitiativen weiter ausgebaut werden, die besonders  
495 wachstumsträchtige Industriezweige durch den abgestimmten Einsatz aller zur  
496 Verfügung stehenden Instrumente – von der Infrastrukturentwicklung über die  
497 betriebliche Förderung, die Unterstützung von Forschungsprojekten bis hin zu  
498 Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen –gezielt fördern.

499 ■ Die weitere Stärkung der Innovationskraft der Thüringer Wirtschaft gehört zu  
500 den wichtigsten wirtschaftspolitischen Zielen. Vor allem geht es dabei um eine  
501 Ausweitung der FuE-Aktivitäten der mittelständischen Unternehmen.  
502 Hochwertige Produkte und Verfahren schaffen Preissetzungsspielräume und  
503 somit eine wichtige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der  
504 Unternehmen und die bessere Entlohnung der Arbeitnehmerinnen und  
505 Arbeitnehmer.

506 ■ Thüringen besitzt in einer Reihe von wichtigen Zukunfts- und  
507 Wachstumsfeldern gute Ausgangsbedingungen, die weiter entwickelt und  
508 gefördert werden sollen:

- 509 - Photonik/Optik
- 510 - Medizintechnik/Gesundheit
- 511 - Umwelttechnologien
- 512 - Erneuerbare-Energie-Technologien
- 513 - neue Materialien
- 514 - neue und energieeffiziente Antriebssysteme

515 ■ Wichtige Forschungsbereiche werden in den nächsten Jahren zum Beispiel  
516 sein: Speichertechnologien für erneuerbare Energieträger, Nano- und

517 Biomaterialien, alternative Antriebssysteme und optische Technologien für  
518 Energieeffizienz, Medizintechnik sowie Life-Science. Die  
519 Technologieförderung wird sich weiterhin auf die drei Schwerpunktbereiche  
520 einzelbetriebliche Förderung, Verbundförderung und Förderung von FuE-  
521 Personal konzentrieren. CDU und SPD wollen die Technologieförderung  
522 weiter aufstocken, insbesondere im Bereich der Verbundvorhaben, um die  
523 Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft weiter zu intensivieren.

524 ▪ CDU und SPD werden das in Thüringen aufgebaute leistungsfähige Netz aus  
525 Forschungs- und Technologieeinrichtungen erhalten und bedarfsgerecht  
526 ausbauen. Die Arbeit der Forschungseinrichtungen soll noch besser am  
527 Bedarf der Unternehmen ausgerichtet werden.

528 ▪ Die Koalitionspartner werden Initiativen im Bundesrat auf den Weg bringen,  
529 die eine Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit von FuE-Aufwendungen  
530 ermöglichen.

### 531 Neue Energie für Thüringen

532 Eine dauerhaft sichere, umweltverträgliche und bezahlbare Energieversorgung  
533 gehört zu den wichtigsten Zukunftsthemen unserer Zeit. Energie ist der Motor  
534 unserer Wirtschaft und die Grundvoraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität.

535 Fossile Energieträger – wie Öl, Gas und Kohle – werden immer knapper und teurer.  
536 Der Klimawandel sowie eine nachhaltige und sichere Energieversorgung erfordern  
537 einen Umbau unseres bisherigen Energiesystems: Wir müssen mit weniger Energie  
538 auskommen und diese effizienter nutzen. Den Energiebedarf müssen wir zunehmend  
539 mit erneuerbaren Energien decken – also mit Solarenergie, Biomasse, Windkraft,  
540 Wasserkraft und Erdwärme.

541 ▪ CDU und SPD werden ein Leitbild „Energiewelt Thüringen/Grüner Motor  
542 Deutschlands 2020“ entwickeln. Dazu wird ein Energiekonzept für Thüringen  
543 erstellt. Bisherige Vorarbeiten werden genutzt. Dabei wird auch die Energie-  
544 und Klimastrategie Thüringen 2015 berücksichtigt.

545 ▪ Die Koalitionspartner werden aufbauend auf dem bisherigen hohen Stand eine  
546 gemeinsame Strategie zum weiteren Ausbau erneuerbarer Energien in  
547 Thüringen erarbeiten. Die Nutzung der erneuerbaren Energien soll in  
548 Thüringen auch in Zukunft signifikant über dem Bundesdurchschnitt liegen.  
549 CDU und SPD streben in Thüringen einen Anteil von 35 Prozent erneuerbarer  
550 Energie an der Stromproduktion und -nutzung bis 2020 an.

551 ▪ Die gemeinsame Landesregierung wird ein Potenzial-Kataster für erneuerbare  
552 Energien erstellen. Darin werden die wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten  
553 für erneuerbare Energieträger bis auf die örtliche Ebene dargestellt und  
554 transparent gemacht. Das Kataster dient als Grundlage für die  
555 Energiestrategie. Es ist Grundlage für die Beratung kleinerer und mittlerer  
556 Kommunen entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen vor Ort sowie für die  
557 Entwicklung regionaler und lokaler Energiekonzeptionen.

558 ▪ Der Freistaat errichtet eine Thüringer Energie-, Klima-, und Green-Tech-  
559 Agentur als ein zentrales Informations- und Demonstrationszentrum für  
560 erneuerbare Energien und grüne Technologien. Es soll das vorhandene  
561 Know-how schneller verbreiten, Sicherheit bei – insbesondere kommunalen –  
562 Investitionen herstellen und in eine Strategie für den ländlichen Raum

- 563 eingepasst werden. Diese Agentur wird in gemeinsamer Verantwortung vom  
564 für Wirtschaft und vom für Landwirtschaft zuständigen Ministerium auf den  
565 Weg gebracht.
- 566     ▪ Es wird ein Energieeffizienzprogramm für Thüringen erarbeitet, das  
567 Effizienzpotenziale bei Gebäuden, in der Industrie und anderen Bereichen  
568 identifizieren und durch gezielte Maßnahmen ausschöpfen soll. Dieses  
569 umfasst auch die Förderung der Nutzung der erneuerbaren Energien sowie  
570 der Energieeinsparung.
  - 571     ▪ CDU und SPD wollen die örtliche Energieversorgung und -erzeugung der  
572 Städte und Gemeinden als Teil der kommunalen Selbstverwaltung und  
573 Daseinsvorsorge stärken. Starke Stadtwerke sind wichtig für einen  
574 funktionierenden Wettbewerb auf dem Energiemarkt, für den Aufbau einer  
575 effizienten Energieversorgung auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung vor Ort  
576 und für den Ausbau erneuerbarer Energien. Ziel ist es, dass beim Auslaufen  
577 der Konzessionsverträge der Beteiligungsanteil der Vorlieferanten bei  
578 Stadtwerken auf unter 25 Prozent begrenzt wird. Die Rahmenbedingungen für  
579 den Rückkauf der Energienetze sollen durch ein geeignetes  
580 Finanzierungsprogramm geschaffen werden. Es werden landesrechtliche  
581 Vorgaben für eine faire Bewertung der Netze beim Rückkauf geprüft.
  - 582     ▪ Die Koalitionspartner wollen die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen,  
583 dort wo sie sinnvoll ist, stärken. Da, wo es notwendig ist, werden dazu die  
584 rechtlichen Rahmenbedingungen unter Beachtung des Grundsatzes der  
585 Gemeinwohlorientierung angepasst.
  - 586     ▪ In Thüringen wird ein zusätzlicher Lehrstuhl für erneuerbare Energien  
587 eingerichtet. Durch weitere Stiftungsprofessuren gemeinsam mit der  
588 Wirtschaft sollen die notwendigen wissenschaftlichen Kapazitäten geschaffen  
589 werden.
  - 590     ▪ Die Solarforschung wird weiterhin schwerpunktmäßig gefördert. Die FuE für  
591 innovative Solartechnik in der Region wollen CDU und SPD dabei  
592 vervollständigen. Die Landesregierung unterstützt weiter das Cluster  
593 „Solarvalley Mitteldeutschland“ mit Sitz in Thüringen.
  - 594     ▪ CDU und SPD werden zudem eine Initiative „1000-Dächer-Programm  
595 Photovoltaik“ in Thüringen zur Unterstützung der Solarbranche auf den Weg  
596 bringen.
  - 597     ▪ Die Koalitionspartner werden die energetische Sanierung und die Nutzung  
598 erneuerbarer Energien in Gebäuden des Landes forcieren. Auch bei Bau- und  
599 Dienstleistungsvergaben des Landes berücksichtigt die Landesregierung  
600 erneuerbare Energien, z.B. durch den Bezug von Ökostrom oder durch die  
601 Installation von Solaranlagen. In den Einrichtungen des Landes senken CDU  
602 und SPD den Energieverbrauch für Heizung und Strom.
  - 603     ▪ CDU und SPD werden die für die Integration von erneuerbaren Energien  
604 notwendige Infrastruktur, bedarfsgerecht voranbringen. Der erforderliche  
605 Ausbau muss sich dabei auch an ökologischen Kriterien messen lassen.
- 606

## 607 Tourismus

608 Der Freistaat Thüringen verfügt mit seinen landschaftlichen Reizen, seiner  
609 vielfältigen Kultur und Geschichte, mit den schönen Städten und Dörfern und der  
610 Ausstrahlungskraft bekannter kultureller und sportlicher Veranstaltungen über gute  
611 Entwicklungs- und Wachstumspotenziale im touristischen Bereich.

- 612       ▪ CDU und SPD wollen die Rahmenbedingungen für eine Stärkung der  
613       Tourismuswirtschaft weiter gezielt verbessern.
- 614       ▪ Dazu werden CDU und SPD die Tourismuskonzeption bis Ende 2010  
615       weiterentwickeln. Als ein Ergebnis der Konzeption soll eine touristische  
616       Image-Kampagne aufgelegt werden. Ziel ist es, durch Verbesserung des  
617       Marketings und Erhöhung des Bekanntheitsgrades Thüringens die Schaffung  
618       neuer Arbeitsplätze im Tourismusbereich zu ermöglichen.
- 619       ▪ Thüringen muss ganzjährig für Touristen attraktiv sein. Um dies zu erreichen,  
620       bedarf es eines weiteren gezielten Ausbaus der touristischen Infrastruktur. Die  
621       Koalitionspartner wollen auf der Basis der fortgeschriebenen  
622       Tourismuskonzeption und regional abgestimmter, gemeindeübergreifender  
623       Konzepte so genannte „Leuchtturmprojekte“ besonders fördern.
- 624       ▪ Die Aufgaben und Tätigkeiten der Thüringer Tourismus GmbH müssen unter  
625       besonderer Berücksichtigung der Zusammenarbeit mit den anderen Thüringer  
626       Leistungsanbietern im Tourismus evaluiert und fortgeschrieben werden.  
627       Weiterhin soll die TTG zu einem touristischen Kompetenzzentrum entwickelt  
628       werden, das sich in Zusammenarbeit mit den Regionen auch mit der  
629       touristischen Produktentwicklung befasst.
- 630       ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, die Stadt Oberhof als sportliches und  
631       touristisches Zentrum im Thüringer Wald insbesondere durch den Ausbau der  
632       touristischen Infrastruktur weiter zu entwickeln.
- 633       ▪ CDU und SPD werden die Tourismusinfrastruktur in den nächsten Jahren  
634       gezielt ausbauen und bei der Verkehrsinfrastruktur touristische Aspekte  
635       berücksichtigen.

## 636 **2. Arbeit**

637 „Gute Arbeit“ heißt für uns: Erhöhung der sozialversicherungspflichtigen  
638 Beschäftigung, sichere und qualifizierte Arbeitsplätze, tarifgerechte Einkommen, ein  
639 hohes Qualifikationsniveau, Sicherheit und Gesundheit für Beschäftigte sowie die  
640 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb stellen CDU und SPD ihre Politik auf  
641 diesem Gebiet unter die Leitorientierung „Gute Arbeit“ und haben sich folgendes  
642 vorgenommen:

- 643       ▪ Die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre wird die Bekämpfung der  
644       Arbeitslosigkeit sein. Deshalb brauchen wir eine Stärkung von Wachstum und  
645       eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung. Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze  
646       entstehen dann, wenn Unternehmen gute wirtschaftliche  
647       Rahmenbedingungen und qualifizierte und motivierte Arbeitnehmer vorfinden.  
648       Gerade in Zeiten der ökonomischen Krise sind zusätzliche  
649       arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erforderlich. Dabei werden CDU und SPD  
650       die Arbeitsmarktpolitik an den Erfordernissen des ersten Arbeitsmarktes

- 651 ausrichten. Priorität haben Aus-, Weiterbildungs- und  
652 Qualifizierungsangebote, die eine schnelle Wiedereingliederung von  
653 Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.
- 654 ■ CDU und SPD wollen alle landespolitischen Möglichkeiten nutzen, um dem  
655 Ziel des Verfassungsauftrages, „jedem die Möglichkeit zu schaffen, seinen  
656 Lebensunterhalt durch frei gewählte und dauerhafte Arbeit zu verdienen“,  
657 besser gerecht zu werden. Gemeinsam mit den Wirtschafts- und  
658 Sozialpartnern, der Bundesagentur für Arbeit, den Kommunen, den  
659 Wohlfahrtsverbänden und Trägern von Bildungs- und  
660 Beschäftigungsmaßnahmen werden ein Beitrag für ein „Soziales Thüringen“  
661 und ein entsprechendes Landesarbeitsmarktprogramm „Arbeit für Thüringen“  
662 entwickelt. Sie beinhalten insbesondere:
- 663 - die Nutzung und Unterstützung entsprechender Bundesprogramme; die  
664 Bereitstellung originärer Landesmittel (15 Mio. €/Haushaltsjahr) zu den  
665 Möglichkeiten des ESF und deren Verankerung in einem Haushaltstitel;
  - 666 - die Stabilisierung und Förderung der zur Umsetzung erforderlichen  
667 Beratungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsstrukturen;
  - 668 - ein qualifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsangebot durch  
669 Landesgesellschaften zur Unterstützung der Akteure des  
670 Arbeitsmarktes.
- 671 ■ Die Koalitionspartner wollen Maßnahmen zur Sicherung des künftigen  
672 Fachkräftebedarfs und zur Vermeidung von Abwanderung ergreifen. Dazu  
673 werden CDU und SPD – aufbauend auf der Fachkräftestudie – ein  
674 landesweites Fachkräftemonitoring durchführen. Hohe Priorität genießt in  
675 diesem Zusammenhang u.a. die berufliche Erstausbildung.
- 676 ■ Die Abbrecherquote bei jungen Auszubildenden soll weiter sinken. Ein  
677 Ansatzpunkt ist die weitere Intensivierung der Berufswahlvorbereitung. Unser  
678 Ziel ist es, die Ausbildungsreife von Jugendlichen so zu verbessern, dass sie  
679 nach dem Schulabschluss ohne berufsvorbereitende Maßnahme eine  
680 Ausbildung beginnen können.
- 681 ■ Die Koalitionspartner werden die Verbundausbildung, überbetriebliche  
682 Ergänzungslehrgänge und Lehrgänge zur Vermittlung von  
683 Zusatzqualifikationen sowie überbetriebliche Lehrunterweisungen im  
684 Handwerk fördern und so die Ausbildungsqualität auf hohem Niveau halten.
- 685 ■ CDU und SPD wollen die Übernahmequote von der Ausbildung in  
686 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die zuletzt angestiegen ist,  
687 verbessern und einem drohenden Rückgang als Folge der Wirtschaftskrise  
688 durch geeignete Projekte gegensteuern. Förderprogramme zur  
689 Beschäftigungssicherung junger Menschen nach der Ausbildung sind  
690 fortzuschreiben.
- 691 ■ Die Koalitionspartner werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
692 verbessern und den mit der Allianz für Fachkräftesicherung eingeschlagenen  
693 Weg fortsetzen. Kinderfreundlichkeit soll als Markenzeichen des Standorts  
694 Thüringen etabliert und innovative Ideen und Konzepte sollen für eine  
695 familienfreundliche Arbeitswelt verwirklicht werden.

- 696       ▪ Um Fachkräftenachfrage und -angebot effektiv zusammenzuführen, wird der  
697       Unternehmer- und Fachkräfteservice (UFaS) als Serviceangebot für  
698       Unternehmen weiterentwickelt. Gleiches gilt für die Arbeit der  
699       Qualifizierungsberater.
- 700       ▪ CDU und SPD werden zur besseren und transparenten Steuerung der  
701       Arbeitsmarktpolitik eine kontinuierliche Evaluierung der eingeleiteten  
702       Maßnahmen einschließlich der Dienstleistungsqualität der Landesdienststellen  
703       und der von ihr beauftragten Gesellschaften durch externe wissenschaftliche  
704       Begleitung vorsehen.
- 705       ▪ Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass die notwendige  
706       Neuorganisation der Trägerschaft bzw. Umsetzung des SGB II  
707       schnellstmöglich erfolgt. Die Neuorganisation muss eine Betreuung der  
708       Langzeitarbeitslosen aus einer Hand sicherstellen. Darüber hinaus treten die  
709       Koalitionspartner dafür ein, dass den Kommunen die Möglichkeit offen stehen  
710       sollte, sich für eine vollständige Übernahme der Trägerschaft nach dem  
711       Optionsmodell (in Thüringen praktiziert vom Landkreis Eichsfeld und der Stadt  
712       Jena) zu entscheiden.

### 713   Gute Arbeit und faire Löhne

714   Faire Löhne sind ein wichtiges Nachfrageelement. Ein gerechter Anteil an der  
715   Wertschöpfung ist auch für die Motivation und Qualifikation der Beschäftigten von  
716   erheblicher Bedeutung. Deshalb wollen CDU und SPD faire Löhne für gute und  
717   qualifizierte Arbeit. Faire Löhne und gute Arbeit verbessern zudem die  
718   Rahmenbedingungen für die Attraktivität eines Wirtschafts- und  
719   Investitionsstandortes und sind Voraussetzungen dafür, dass die Menschen in  
720   Thüringen bleiben, leben und arbeiten.

- 721       ▪ CDU und SPD wollen das Mögliche tun, um faire Löhne zu ermöglichen und  
722       insbesondere mit Blick auf den zukünftigen Fachkräftebedarf im Freistaat das  
723       Entgeltniveau in Thüringen nachhaltig zu verbessern.
- 724       ▪ Die gemeinsame Landesregierung wird eine “Initiative für eine höhere  
725       Tarifbindung in Thüringen” starten und Anreize für eine tariforientierte- und  
726       branchenübliche Entlohnung bei der Wirtschaftsförderung setzen.
- 727       ▪ CDU und SPD wollen den Anteil derjenigen Branchen und Arbeitnehmer, für  
728       die ein Mindestlohn gilt, ausbauen. Die Landesregierung wird diese  
729       Entwicklung unterstützen. Sie wird dabei alle Instrumente prüfen.
- 730       ▪ Die Koalitionspartner wollen das Vergaberecht überarbeiten und ein  
731       europarechtskonformes Gesetz auf den Weg bringen. Dazu sollen die  
732       Spielräume für Änderungen des Vergabegesetzes in Richtung auf die  
733       Berücksichtigung von Tarifbindung sowie Transparenz- und  
734       Mindestlohnregelungen geprüft und genutzt werden. Das geplante Gesetz soll  
735       darüber hinaus die Vergabe öffentlicher Aufträge mittelstandsfreundlich regeln  
736       (z.B. Vergabepattform im Internet, mittelstandsfreundliche Losgrößen).
- 737       ▪ Trotz gleicher Qualifikation und gleichem Job verdienen Frauen oftmals  
738       deutlich weniger als Männer und haben seltener Führungspositionen inne.  
739       CDU und SPD werden sich deshalb dafür einsetzen, dass es künftig für  
740       Männer und Frauen weder Lohn Differenzen noch unterschiedliche

741 Aufstiegschancen gibt – gleicher Lohn für gleiche Arbeit und  
742 Chancengleichheit.

### 743 3. Finanzen

744 Die Koalitionspartner sind sich der schwierigen konjunkturellen und strukturellen  
745 Finanzsituation für die nächsten Jahre bewusst. Es muss gelingen, konjunkturell  
746 notwendige Maßnahmen und Notwendigkeiten der Haushaltskonsolidierung  
747 vernünftig miteinander zu verbinden. Dabei werden sich die Koalitionspartner von  
748 folgenden Prinzipien leiten lassen:

- 749 - Der Haushalt muss sich an den Vorgaben des Grundgesetzes und der  
750 Verfassung des Freistaates Thüringen orientieren.
- 751 - Thüringen soll 2019 finanziell auf eigenen Füßen stehen. Daran muss sich  
752 die Finanzpolitik des Landes ausrichten.
- 753 - Die Handlungsfähigkeit der Landesregierung in den schwierigen Jahren  
754 2010 und 2011 muss im Hinblick auf Investitionen, Sicherung der  
755 industriellen Substanz und notwendige Ausgaben für Bildung erhalten  
756 bleiben.
- 757 - Einsparpotenziale im Landeshaushalt zur Konsolidierung müssen genutzt  
758 werden.
- 759 - Notwendig ist eine Haushaltspolitik auf Sicht, die auf die jeweilige  
760 finanzpolitische Entwicklung reagieren kann.
- 761 - Die gesamte Landesregierung und alle Ministerien haben für den Haushalt  
762 eine gemeinsame Verantwortung. Zu dieser Verantwortung gehört, dass im  
763 laufenden Haushalt neue Ausgaben zunächst im eigenen Ressorthaushalt  
764 zu finanzieren sind. Die notwendige gegenseitige Deckungsfähigkeit muss  
765 gewährleistet sein. Außergewöhnliche Notlagen sind davon nicht erfasst.
- 766 ■ CDU und SPD sind sich einig, dass an dem gemeinsamen Ziel solider  
767 Landeshaushalte insbesondere mit Blick auf bereits feststehende  
768 Abschmelzungen der von außen zufließenden Finanzmittel festgehalten wird.
- 769 ■ Die für den Freistaat Thüringen in den nächsten fünf Jahren zur Verfügung  
770 stehenden Mittel aus Steuern, Länderfinanzausgleich und  
771 Bundesergänzungszuweisungen werden nach aktuellen Prognosen um 1,3  
772 Milliarden Euro unter dem Niveau der IV. Legislaturperiode liegen.
- 773 ■ Die grundgesetzlichen Rahmenbedingungen für die Grenzen der Länder-  
774 Neuverschuldung ab 2019 werden von den Koalitionspartnern anerkannt. Sie  
775 sind sich einig, bis dahin die notwendigen Voraussetzungen zur Einhaltung  
776 dieser Grenzen zu schaffen.
- 777 ■ Gleichwohl soll gewährleistet werden, dass in den nächsten, wenigen Jahren  
778 der notwendige Handlungsspielraum in der Krise durch Bereitstellung der  
779 erforderlichen Mittel für die Stabilisierung von Unternehmen, Investitionen,  
780 Arbeitsmarkt und Bildung hergestellt wird. Nur ein Teil der zu erwartenden  
781 Steuerausfälle kann durch Einsparungen finanziert werden.
- 782 ■ Die derzeitige Regelung in der Thüringer Landeshaushaltsordnung begrenzt  
783 die mögliche Neuverschuldung im Jahr 2010 auf ca. 500 Mio. €. Sollte die  
784 konjunkturelle Lage in den Jahren 2010 und 2011 eine höhere Verschuldung

785 verlangen, wird diese im Rahmen künftiger Haushaltsberatungen geklärt. Es  
786 gelten die Regelungen der Verfassung des Freistaates Thüringen (Art. 98).

787     ▪ Im Blick bleibt das gemeinsame Ziel, im Landeshaushalt den Rückgang der  
788 Mittel aus dem Solidarpakt II, der EU und dem Länderfinanzausgleich zu  
789 berücksichtigen. Zielmarke bleibt eine Haushaltsstruktur, die ab 2020  
790 dauerhaft ohne neue Schulden auskommt und die Bedingungen der im  
791 Grundgesetz geregelten Schuldenbremse erfüllt.

#### 792 Steuern und Länderfinanzausgleich

793     ▪ Steueränderungen, die in dieser Legislaturperiode zu Lasten des  
794 Landeshaushalts gehen, soll im Bundesrat nicht zugestimmt werden.

795     ▪ Die Bevölkerungszahl Thüringens ist in den vergangenen Jahren jährlich um  
796 rund 20.000 Einwohner gesunken. Dieser Prozess wird sich voraussichtlich  
797 noch einige Jahre fortsetzen. Damit werden auch alle einwohnerabhängigen  
798 Zuweisungen an den Freistaat geringer. Deshalb ist für Thüringen eine  
799 Stärkung der Wachstumsfaktoren notwendig, um eine weitgehende  
800 Unabhängigkeit von Transferleistungen zu erreichen. Aus diesem Grund  
801 werden die Koalitionspartner prüfen, ob eine schrittweise Ausdehnung der  
802 bestehenden Prämienregelungen im Länderfinanzausgleich möglich und  
803 sinnvoll ist.

804     ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, dass Personal in der Steuerverwaltung  
805 verstärkt im Außendienst eingesetzt wird.

#### 806 Personal und Personalentwicklung

807     ▪ CDU und SPD sind sich einig, dass in den kommenden Jahren alle sozial  
808 verträglich erreichbaren Einsparpotenziale in der öffentlichen Verwaltung  
809 geprüft und genutzt werden sollen. Die Erfahrung anderer finanzschwacher  
810 Länder sollen ausgewertet und berücksichtigt werden.

811     ▪ Die Koalitionspartner nehmen zur Kenntnis, dass bis 2019 eine Vielzahl  
812 Bediensteter im öffentlichen Dienst aus Altersgründen den Landesdienst  
813 verlässt. Die Koalitionspartner sind sich einig darüber, dass in diesem  
814 Zusammenhang ein Personalabbau stattfinden kann und muss. Die  
815 Koalitionspartner legen gemeinsam und einvernehmlich fest, wo und in  
816 welchem Umfang neues Personal eingestellt werden muss  
817 (Einstellungskorridor).

818     ▪ Die eingeleiteten Maßnahmen zum Verwaltungs- und Bürokratieabbau werden  
819 fortgesetzt und verstärkt. Nur so können die Voraussetzungen geschaffen  
820 werden, die Anzahl der Landesbediensteten an die demographische  
821 Entwicklung anzupassen und bis 2020 das Verhältnis von Beschäftigten im  
822 öffentlichen Dienst und Bevölkerung an das der Flächenländer West  
823 anzupassen. Dazu soll das Personalentwicklungskonzept überarbeitet  
824 werden.

825     ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, dass das derzeitige Bildungszentrum  
826 Gotha mit seinen hervorragenden Bedingungen zu einem Zentrum für Aus-  
827 und Fortbildung des Freistaates fortentwickelt wird.

828     ▪ CDU und SPD sind sich einig, dem Pensionsfonds zusätzliche Mittel  
829 zuzuführen, um die künftigen Pensionsverpflichtungen erfüllen zu können.

830 Dazu werden 25 Prozent der möglichen Steuermehreinnahmen verwendet,  
831 wenn im Haushaltsjahr keine zusätzlichen Kredite aufgenommen werden  
832 müssen.

### 833 Verwaltungsreform

834 ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, dass sich die Haushaltswirtschaft des  
835 Freistaates Thüringen an den Grundsätzen der erweiterten Kameralistik  
836 orientieren soll.

837 ▪ Alle Landesförderprogramme und Subventionen werden hinsichtlich ihrer  
838 Kosten und ihrer Wirksamkeit überprüft. Die Ergebnisse werden im nächsten  
839 Subventionsbericht, der in dieser Legislaturperiode vorzulegen ist, dargestellt.

840 ▪ Im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik unterstützen CDU und SPD nur  
841 dann das Finanzierungsmodell PPP, wenn ein wirtschaftlicher Vorteil  
842 dargestellt werden kann.

843 ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, dass im konsequenten und  
844 systematischen Ausbau von E-Government-Dienstleistungen der öffentlichen  
845 Verwaltung große Chancen zur Verbesserung des Dienstleistungscharakters  
846 der Verwaltung liegen und dass diese deshalb weiter ausgebaut werden. Um  
847 diese Chancen und Möglichkeiten für Thüringen optimal zu nutzen, wird zum  
848 einen der Arbeitskreis „Information und Kommunikation“ weiter fortgeführt und  
849 zum anderen die Mitarbeit der Ressorts verstärkt. Die Zusammenlegung des  
850 Zentrums für Informationsverarbeitung (ZIV) und des Thüringer  
851 Landesrechenzentrums (TLRZ) wird fortgeführt.

### 852 Kommunalfinanzen

853 ▪ Vor der Revision des Kommunalen Finanzausgleiches wird die noch  
854 ausstehende Entscheidung des Thüringer Verfassungsgerichtshofes in der  
855 Sache abgewartet. Im Anschluss an diese Entscheidung wird der weitere  
856 Handlungsbedarf analysiert. Dabei gilt das besondere Augenmerk den  
857 zentralen Orten. Bei der Fortschreibung des Kommunalen Finanzausgleichs  
858 für die Jahre 2010/2011 wird in Abstimmung mit den kommunalen  
859 Spitzenverbänden besonderer Wert auf Kommunikation und Transparenz des  
860 Verfahrens gelegt.

861 ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, gemeinsam mit den kommunalen  
862 Spitzenverbänden Aufgaben, Strukturen und Standards einer Aufgabenkritik  
863 zu unterziehen, um Einsparpotentiale zu erschließen.

### 864 Sparkassen- und Bankenwesen

865 ▪ Die Koalitionspartner bekennen sich zum öffentlich-rechtlichen  
866 Sparkassenwesen und werden deshalb keine Schritte unterstützen bzw.  
867 selbst in die Wege leiten, die dieses Bekenntnis in irgendeiner Form in Frage  
868 stellen.

869 ▪ Die Thüringer Aufbaubank ist das zentrale Förderinstitut des Landes. Es ist zu  
870 prüfen und auf Basis von Wirtschaftlichkeitsberechnungen nachzuweisen, ob  
871 die Übertragung der Abwicklung weiterer Förderprogramme auf die Thüringer  
872 Aufbaubank sinnvoll ist.

873

874 Budgetgrundsätze

- 875     ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die Festlegungen dieser  
876     Koalitionsvereinbarung nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel und  
877     auf Grundlage der Haushaltsberatungen umgesetzt werden.
- 878     ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, dass vom  
879     Haushaltsaufstellungsverfahren der Budgetierung für den Haushalt 2010  
880     Abstand genommen wird, um im klassischen Haushaltsaufstellungsverfahren  
881     den Schwerpunkten der Koalitionsvereinbarung Rechnung zu tragen. Über  
882     das zukünftige Haushaltsaufstellungsverfahren wird im Kabinett entschieden.
- 883     ▪ Die Koalitionsparteien werden sich dafür einsetzen, dass bei der  
884     Aufgabenübertragung vom Bund auf die Länder das Konnexitätsprinzip strikte  
885     Anwendung findet.
- 886     ▪ CDU und SPD verständigen sich auf die Erstellung eines einjährigen  
887     Haushaltes für das Jahr 2010. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass sie  
888     zum Verfahren von Doppelhaushalten zurückkehren wollen, wenn die  
889     finanzpolitischen Voraussetzungen dies wieder erlauben.
- 890     ▪ Alle Einnahmen stehen dem Gesamthaushalt zur Verfügung und nicht  
891     einzelnen Politikbereichen. Ausnahmen davon regelt der Haushalt.
- 892     ▪ Alle Ausgaben sind im Hinblick auf ihre Wirksamkeit zu evaluieren.
- 893     ▪ CDU und SPD werden die Mandate und Vorsitze in Aufsichtsräten in  
894     Landesgesellschaften und Gesellschaften, an denen das Land beteiligt ist,  
895     grundsätzlich paritätisch besetzen.

896 **4. Frühkindliche Bildung**

897 In den Familien werden die Grundlagen für die Erziehung und Bildung der Kinder  
898 gelegt. Kindertagesstätten leisten dazu in der frühkindlichen Entwicklungsphase  
899 einen wesentlichen Beitrag. Das Netz der Kindertagesstätten ist in Thüringen gut  
900 entwickelt. Die Betreuungsquote und die Ganztagsquote erreichen deutschlandweit  
901 Spitzenwerte. Es ist das gemeinsame Interesse von CDU und SPD, die  
902 Betreuungsqualität zu steigern und den Anspruch zu erweitern. Sie haben dazu  
903 folgendes vereinbart:

- 904     ▪ Beide Seiten sehen Änderungsbedarf bei der Situation der Kindertagesstätten  
905     in Thüringen:
- 906         - Es besteht Einvernehmen, den Rechtsanspruch auf einen Platz in einer  
907         Kindertageseinrichtung zu erweitern. Künftig soll dieser ab dem 1.  
908         Geburtstag des Kindes beginnen.
- 909         - Die Regelungen zum Landeserziehungsgeld werden entbürokratisiert.  
910         Das Landeserziehungsgeld wird künftig flexibel im Anschluss an das  
911         Bundeselterngeld für zwölf Monate gezahlt.
- 912     ▪ Die Koalitionspartner bringen bis Ende Januar 2010 einen Gesetzentwurf in  
913     den Thüringer Landtag ein, welcher die Ziele des Volksbegehrens bis zum  
914     Beginn des Kindergartenjahrs 2010/2011 umsetzt. Dazu sucht die Koalition  
915     die Zusammenarbeit mit den Initiatoren des Volksbegehrens.

- 916     ▪ Konsens herrscht beim Ziel, die Kindertagesstätten zu „Eltern-Kind-Zentren“  
917       mit niedrigschwelligem Beratungsangebot für Eltern in Familienfragen  
918       auszubauen.
- 919     ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, dass für die Arbeit in den Kindergärten  
920       aufgabenspezifisch qualifiziert werden soll. Die Kindergärten brauchen  
921       unterschiedlich qualifiziertes Personal für eine optimale Aufgabenerfüllung.
- 922     ▪ Neben dem bereits vorhandenen Aufbaustudiengang richtet die  
923       Landesregierung einen grundständigen Studiengang für frühpädagogisches  
924       Personal ein, der in Kooperation zwischen Fachschulen, Fachhochschulen  
925       und Universitäten realisiert wird.
- 926     ▪ Die Koalition setzt sich dafür ein, dass die klassische Breitbandausbildung von  
927       Erzieherinnen zugunsten einer Konzentration auf die Erfordernisse der  
928       frühkindlichen Pädagogik umgestellt wird.
- 929     ▪ Die Koalitionspartner streben in Zusammenarbeit mit der kommunalen Seite  
930       eine Stärkung der Fachaufsicht an.
- 931     ▪ Die Koalitionspartner betrachten den Thüringer Bildungsplan für Kinder bis 10  
932       Jahre als Basis für einen künftigen Bildungsplan für Kinder bis zum Ende der  
933       Schullaufbahn. Alle Partner institutionalisierter Bildung sollen in die  
934       Entwicklung eines solchen Bildungsplanes einbezogen werden.

## 935     **5. Schule und Erwachsenenbildung**

936     Thüringen ist Bildungsland. Die Thüringer Schulen haben sich im Vergleich der  
937     deutschen Länder in den vergangenen Jahren gut entwickelt, ihre Absolventen  
938     haben dadurch gute Berufs- und Lebenschancen. Die Reformpädagogik hat in  
939     Thüringen eine tief reichende Tradition. Auf der Basis des Erreichten soll das  
940     Schulwesen weiterentwickelt und die Angebote für längeres gemeinsames Lernen  
941     sollen ausgebaut werden. CDU und SPD haben folgendes vereinbart:

- 942     ▪ Die Thüringer Schule hat im Vergleich der Bundesländer in den vergangenen  
943       Jahren eine gute Entwicklung genommen. Die Koalitionspartner sind sich  
944       einig, ein dichtes Schulnetz auch im ländlichen Raum zu erhalten.
- 945     ▪ Die Koalitionspartner unterstützen die Entwicklung reformpädagogischer  
946       Schulmodelle und -konzepte (u.a. Jenaplan, Montessori, Daltonplan, Freinet).
- 947     ▪ Es besteht auf beiden Seiten Übereinstimmung, auf der Basis des in  
948       Thüringen bisher Erreichten und Bewährten das Thüringer Schulsystem für  
949       längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 8 zu öffnen. Die Thüringer  
950       Gemeinschaftsschule soll durch gesetzliche Festschreibung als vollwertiges  
951       und gleichberechtigtes Angebot in der Thüringer Schullandschaft etabliert  
952       werden. Alle Schulträger sollen neben der Regelschule und dem Gymnasium  
953       eine gleichberechtigte Option für eine Gemeinschaftsschule bekommen.
- 954     ▪ Die Entscheidung für die Gemeinschaftsschule muss vor Ort und unter  
955       Einbeziehung der Beteiligten fallen. Es wird darauf geachtet, dass dieses  
956       Angebot nicht von Anfang an an zu hohen bürokratischen Hürden scheitert.  
957       Eine Verknüpfung mit Ganztagsangeboten wird angestrebt.

- 958      ▪ Die Koalitionspartner schaffen die personellen und materiellen  
959      Voraussetzungen für die gleichberechtigte Etablierung der Thüringer  
960      Gemeinschaftsschule sowie für die Umsetzung anderer reformpädagogischer  
961      Modelle.
- 962      ▪ Die Koalition wird Maßnahmen ergreifen, um die Durchlässigkeit zwischen  
963      den verschiedenen Schularten weiter zu erhöhen.
- 964      ▪ Der Prozess zur Etablierung der Eigenverantwortlichen Schule wird  
965      fortgesetzt. Die Koalitionspartner sorgen deshalb dafür, die  
966      Eigenverantwortung von Schulen weiter zu stärken. Das betrifft die  
967      Personalauswahl und Personalentwicklung, das Schulbudget und den  
968      Abschluss von Rechtsgeschäften.
- 969      ▪ Die Koalition ist sich einig, das System zur Beratung und Unterstützung von  
970      Schulen bei ihrer Schulentwicklung weiter zu stärken.
- 971      ▪ Zwischen den Koalitionspartnern besteht Einigkeit darüber, den Ausbau  
972      ganztägiger Angebote unabhängig von der Schulart insbesondere in den  
973      Grundschulen und der Sekundarstufe I zu unterstützen. Die bisherigen  
974      Modelle für die Grundschule werden evaluiert und auf ihre Fortführung hin  
975      geprüft.
- 976      ▪ Beide Seiten wollen einem drohenden Lehrermangel in Thüringen frühzeitig  
977      begegnen. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass bis 2015 ein  
978      Ersatzbedarf im Umfang von 2.500 Vollzeitbeschäftigteneinheiten (VBE)  
979      besteht. Um diesen Bedarf zu decken, werden die Ausbildungskapazitäten  
980      bedarfsgerecht erhöht und der Einstellungskorridor erweitert. Die  
981      Koalitionspartner sind sich weiterhin einig, dass durch geeignete Maßnahmen  
982      der kurzfristige Bedarf in den Grundschulen zu decken ist. Zur Sicherung des  
983      Ausbaus der Ganztagsangebote an den Schulen werden die erforderlichen  
984      pädagogischen Fachkräfte bereitgestellt. Für alle Maßnahmen werden die  
985      erforderlichen finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt.
- 986      ▪ Die Koalitionspartner streben im Einvernehmen mit den Kommunen eine  
987      Öffnung der beiden Systeme Schule und Jugendhilfe zur nachhaltigen  
988      Stärkung der Schulsozialarbeit an.
- 989      ▪ Es besteht Einigkeit, die Verhandlungen zur Floating-Problematik  
990      schnellstmöglich wieder aufzunehmen und sie zu weiteren Ergebnissen zu  
991      führen.
- 992      ▪ Die Koalitionspartner schaffen die notwendigen personellen und inhaltlichen  
993      Rahmenbedingungen zur erfolgreichen Umsetzung des „Gemeinsamen  
994      Unterrichts“. Die Feststellung des Förderbedarfs und die Trägerschaft der  
995      Förderung werden strukturell entkoppelt. Das Förderschulgesetz wird im  
996      Lichte der einschlägigen UN-Konvention geprüft.
- 997      ▪ Die Koalition sorgt für die Stärkung der schulpsychologischen Arbeit.
- 998      ▪ Die Koalition sorgt für eine Weiterentwicklung der Lehrerbildung, ausgerichtet  
999      an den praktischen Erfordernissen des Schulalltags.
- 1000     ▪ Die Koalition wird ein Leitbild für das pädagogische Personal entwickeln, in  
1001     dem die Kompetenzen und die Anforderungen an das pädagogische Personal  
1002     festgeschrieben werden.

- 1003     ▪ Die Koalitionspartner prüfen eine Weiterentwicklung der Berufsbildenden  
1004     Schulen zu regionalen Zentren für Aus-, Fort- und Weiterbildung.
- 1005     ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, die Sanierung von Schulen fortzusetzen.  
1006     Denn erfolgreiches Lernen gelingt besser, wenn sich Kinder wohl fühlen.  
1007     Darüber hinaus sollen mit einer „Thüringer Förderinitiative Schulen“  
1008     Schulträger im Rahmen der Städtebauförderung bei der Renovierung von  
1009     Schulgebäuden unterstützt werden. Auch die technische Ausstattung der  
1010     Schulen soll weiter forciert werden.
- 1011     ▪ Es besteht Übereinstimmung, dass jedes Kind die Möglichkeit haben soll, in  
1012     der Grundschule ein Musikinstrument zu erlernen.
- 1013     ▪ Damit die Schüler lernen, die vielfältigen Chancen der neuen Medien zu  
1014     nutzen und mit den Risiken umzugehen, setzt sich die Koalition für einen  
1015     integrativen Kurs Medienkunde ein.
- 1016     ▪ Es herrscht Konsens darüber, Bildung für nachhaltige Entwicklung und  
1017     kulturelle Vielfalt entsprechend den im Thüringer Aktionsplan festgelegten  
1018     Prinzipien umzusetzen.
- 1019     ▪ Die Koalitionspartner setzen sich für einen zügigen Abschluss der  
1020     Verhandlungen über nationale Bildungsstandards und deren Umsetzung in  
1021     den Schulen ein.
- 1022     ▪ Die Koalition ergreift in der Kultusministerkonferenz die Initiative, gleichwertige  
1023     Studienabschlüsse für alle Lehrämter festzuschreiben.
- 1024     ▪ Die Koalition sorgt dafür, dass die freien Schulträger weiterhin angemessen  
1025     gefördert werden.

1026     Schulessen/Gesunde Ernährung

- 1027     ▪ Die Koalitionspartner wollen einen Einstieg in gesunde und für bedürftige  
1028     Kinder kostenfreie Verpflegung in Kindergarten und Schule schaffen. Als  
1029     zielführende Lösung wird ein Sozialfonds des Landes für Leistungen an  
1030     bedürftige Kinder angesehen. Die Umsetzung wird gemeinsam mit den  
1031     Kommunen organisiert.

1032     Erwachsenenbildung

- 1033     ▪ Die Erwachsenenbildung als vierte Säule der Bildung gewinnt in der  
1034     Wissensgesellschaft an Bedeutung. Die bisherige Leistungsbilanz der  
1035     Volkshochschulen und der freien Träger in Thüringen ist beeindruckend. Es  
1036     besteht Einigkeit darüber, das System der Volkshochschulen und freien  
1037     Träger der Erwachsenenbildung auszubauen, um jedem Menschen auch nach  
1038     Schule, Ausbildung oder Studium lebenslanges Lernen zu ermöglichen.
- 1039     ▪ Die Koalition setzt sich im Zusammenhang mit einer Stärkung des  
1040     Ehrenamtes dafür ein, die Bildungsfreistellung im Einvernehmen mit den  
1041     Unternehmen und unter Berücksichtigung betrieblicher Erfordernisse  
1042     gesetzlich zu regeln.

1043

1044 **6. Wissenschaft**

1045 Die Freiheit der Wissenschaft ist eine wesentliche Voraussetzung der  
1046 Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Leistungsfähige Hochschulen sind  
1047 unverzichtbar für eine innovative und wachstumsstarke Wirtschaft. Thüringen verfügt  
1048 mit seinen Universitäten, Fachhochschulen und Berufakademien über eine  
1049 ausdifferenzierte und leistungsfähige Hochschullandschaft. CDU und SPD werden  
1050 die Zukunft der Hochschulen sichern. Ihr Bestreben ist, das Studierendenpotenzial  
1051 im Land auszuschöpfen und mit attraktiven Rahmenbedingungen Studierende und  
1052 Wissenschaftler aus anderen Ländern für Thüringen zu gewinnen. Sie haben dazu  
1053 folgendes vereinbart:

1054 Studium

- 1055     ▪ Die Koalitionspartner lehnen allgemeine Studiengebühren ab.
- 1056     ▪ Es besteht Einigkeit darin, den Verwaltungskostenbeitrag an den Thüringer  
1057       Hochschulen abzuschaffen.
- 1058     ▪ Die Koalition strebt an, das Studierendenpotenzial in Thüringen besser  
1059       auszuschöpfen und damit die Studierendenquote weiter zu erhöhen. Die in  
1060       Thüringen bestehenden Studienplatzkapazitäten bleiben erhalten und werden  
1061       gegebenenfalls bedarfsgerecht ausgeweitet. Die getroffenen Vereinbarungen  
1062       aus dem Hochschulpakt 2020 werden beibehalten.
- 1063     ▪ Die Koalitionspartner setzen sich im Bundesrat für einen jährlichen  
1064       Inflationsausgleich bei der Festsetzung der BAföG-Sätze ein.
- 1065     ▪ Es besteht Einvernehmen, die Aktivitäten des Studentenwerks für attraktive  
1066       Studienbedingungen in Thüringen zu unterstützen und die  
1067       Marketingaktivitäten in diesem Bereich zu erhöhen, damit möglichst viele  
1068       junge Menschen ein Studium in Thüringen aufnehmen. Die Koalition setzt sich  
1069       dafür ein, dass insbesondere beim Studentenwerk Thüringen die materiellen  
1070       Voraussetzungen für den Erhalt und den bedarfsgerechten Neubau von  
1071       studentischen Wohnanlagen bestehen.

1072 Hochschule

- 1073     ▪ Konsens herrscht bei dem Ziel, die Umsetzung des Bologna-Prozess in  
1074       Thüringen zu evaluieren. Auf dieser Basis sollen die in Thüringen  
1075       eingeleiteten Bologna-Reformen gemeinsam mit den Hochschulen und den  
1076       Studierenden weiterentwickelt und die Ergebnisse in die Diskussion in der  
1077       Kultusministerkonferenz eingebracht werden.
- 1078     ▪ Die Koalitionspartner sorgen für eine verstärkte Förderung des  
1079       wissenschaftlichen Nachwuchses. Das Landesgraduiertenprogramm wird  
1080       ausgeweitet. Außerdem setzt sich die Koalition dafür ein, die Bedingungen für  
1081       Studentinnen und Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen zu verbessern  
1082       und den Frauenanteil an Doktoranden und Professoren weiter zu steigern.
- 1083     ▪ Es besteht Übereinstimmung darüber, besonders qualifizierten  
1084       Hochschullehrern die Möglichkeit zu eröffnen, nach ihrem Eintritt in den  
1085       Ruhestand weiter an Thüringer Hochschulen als Senior-Professoren zu  
1086       arbeiten.

- 1087     ▪ Die Koalition unterstützt junge Forscher nach der Familiengründungsphase  
1088     bei der Fortführung ihrer Forschungstätigkeit z.B. durch Wiedereinstiegs- und  
1089     Kontaktstipendien.
- 1090     ▪ Einigkeit besteht darin, den Wissenschafts- und Forschungsstandort  
1091     Thüringen weiter zu stärken. Beim Ausbau der Hochschulen soll stark auf  
1092     Zukunftspotenziale geachtet werden.
- 1093     ▪ Die Koalition unterstützt die Thüringer Hochschulen nachhaltig im Wettbewerb  
1094     um nationale wie internationale Exzellenz. Das „Pro-Exzellenz-Programm“ des  
1095     Landes wird fortgesetzt.
- 1096     ▪ Die Koalitionspartner ermutigen die Hochschulen, ihr Studienangebot  
1097     inhaltlich und in Bezug auf die Studienformen dahingehend  
1098     weiterzuentwickeln, dass es für junge Studierwillige aus bildungsfernen  
1099     Schichten sowie im Hinblick auf die Weiterqualifikation Berufstätiger noch  
1100     attraktiver wird.
- 1101     ▪ Beide Seiten sind sich einig, dass es keine Privatisierung des  
1102     Universitätsklinikums Jena geben soll.
- 1103     ▪ Durch die Hochschulen eingeworbene Drittmittel werden weiterhin nicht auf  
1104     die Hochschulfinanzierung angerechnet. Das Mittelvergabe-Modell LUBOM  
1105     wird weiterentwickelt und dahingehend modifiziert, dass es die spezifischen  
1106     Hochschulprofile stärker berücksichtigt.
- 1107     ▪ Die Koalitionspartner sichern den Finanzbedarf für den Hochschulbau in den  
1108     Jahren 2010 – 2014. Thüringen soll zum bundesweiten Durchschnitt bei der  
1109     räumlichen Ausstattung der Hochschulen aufschließen. Der Ausbau des  
1110     Universitätsklinikums Jena soll nicht zu Lasten des Hochschulbaus gehen. Die  
1111     Koalition steht zu den finanziellen Zusagen, die den Hochschulen bis 2011  
1112     gegeben wurden.
- 1113     ▪ Die Rahmenvereinbarung zwischen dem Land und den Hochschulen wird  
1114     nach 2011 fortgeschrieben, mit dem Ziel, die mit der derzeitigen  
1115     Rahmenvereinbarung erreichte finanzielle Ausstattung der Hochschulen auf  
1116     dem jetzigen Niveau und unter gleichen Bedingungen und Leistungen  
1117     mindestens zu verstetigen.
- 1118     ▪ Einvernehmen besteht über die positiven Erfahrungen mit der Thüringer  
1119     Berufsakademie mit ihren zwei Standorten in Gera und Eisenach. Sie soll  
1120     bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden.
- 1121     ▪ Bei der ausstehenden Evaluierung des Thüringer Hochschulgesetzes wird  
1122     geprüft, ob die mit der Novellierung dieses Gesetzes gewollte Stärkung der  
1123     Autonomie der Hochschulen in hinreichendem Maße erreicht worden ist und  
1124     ob es Änderungsbedarf hinsichtlich demokratischer Mitwirkungsrechte gibt.
- 1125     Forschung
- 1126     ▪ Die Koalition setzt sich dafür ein, die Forschungsinfrastruktur weiter  
1127     auszubauen. Sie setzt verstärkt auf die Zusammenarbeit von Hochschulen,  
1128     Forschungseinrichtungen und Unternehmen.
- 1129     ▪ Der Forschungstransfer (einschließlich Existenzgründungen) soll aktiv  
1130     unterstützt und die Förderung der anwendungsnahen Forschung gestärkt

1131 werden. Außerdem soll die Verbundforschung fortgesetzt werden. Die  
1132 Koalitionspartner streben an, die in diesem Bereich nach 2013 wegfallenden  
1133 EFRE-Mittel anderweitig zu kompensieren. Die zwischen Kultus- und  
1134 Wirtschaftsministerium geteilte Verantwortung für die Förderinstrumente ist  
1135 besser zu koordinieren.

## 1136 **7. Kultur**

1137 Das reiche kulturelle Erbe Thüringens, das lebendige, vielfältige kulturelle Leben und  
1138 kreative Schaffen sind ein großes Kapital. Hier können sich die Kräfte im geistigen,  
1139 sozialen und wirtschaftlichen Leben und jedes Einzelnen entfalten. Kultur vertieft die  
1140 Bindung der hier lebenden Menschen an ihre Heimat und stärkt die Identität unseres  
1141 Gemeinwesens. In diesem Sinn haben CDU und SPD folgendes vereinbart:

1142     ▪ Es besteht Einigkeit über die große Bedeutung der Kultur für den Freistaat  
1143 Thüringen. Dies gilt sowohl für die Identität und das Selbstverständnis der hier  
1144 wohnenden Menschen, für die Kultur flächendeckend im gesamten Freistaat  
1145 als unverzichtbarer Bestandteil der Bildung, für die Zivilgesellschaft als auch  
1146 für die Außenwahrnehmung unseres Landes, die Chancen des Freistaates als  
1147 Wirtschaftsstandort und als Tourismusziel. Das Land bekennt sich  
1148 insbesondere zu seiner Verantwortung zum Weltkulturerbe in Thüringen und  
1149 zu den Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung.

1150     ▪ Die besondere Rolle der Kultur im Freistaat und die Beiträge zu ihrer weiteren  
1151 Entwicklung sollen in einem Leitbild „Kulturland Thüringen“ als Basis der  
1152 künftigen Kulturpolitik zusammengefasst werden. Dieses Leitbild wird die  
1153 Kultur als gemeinsame Aufgabe der gesellschaftlichen Akteure, der  
1154 kommunalen Gebietskörperschaften und des Landes beschreiben und die  
1155 wesentlichen Zielsetzungen zur Sicherung des kulturellen Erbes und zur  
1156 Stärkung der zeitgenössischen Kunst und Kultur im Sinne der kulturellen  
1157 Vielfalt formulieren. Aus diesem Leitbild wird das Kulturkonzept  
1158 weiterentwickelt. Die Erarbeitung soll auf breiter Basis unter Einbeziehung der  
1159 Kulturschaffenden und Träger erfolgen. Einigkeit besteht darin, dass in dieser  
1160 Debatte wirtschaftlicher Erfolg nicht entscheidendes Kriterium sein darf.

1161     ▪ Die Koalition fördert den kulturellen Dialog als Dialog der Kulturen und als  
1162 Diskurs über kulturelle Entwicklungen im Freistaat.

1163     ▪ Die Koalitionspartner messen der jugendkulturellen Bildung besondere  
1164 Bedeutung bei.

1165     ▪ Die Koalition wird die Möglichkeiten der Förderung aus dem Europäischen  
1166 Sozialfonds (ESF) und aus den europäischen Mobilitätsprogrammen im  
1167 Interesse der Thüringer Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen sowie zu  
1168 deren Nutzen in Bildung und Kultur weiter ausbauen.

1169     ▪ Die Koalition wird die bestehenden internationalen Beziehungen insbesondere  
1170 zu den Partnerregionen Kleinpolen und Picardie festigen und weiter  
1171 ausbauen.

### 1172 Kulturförderung

1173     ▪ Das Land bekennt sich zu seiner Verantwortung für die Kulturfinanzierung. Es  
1174 sichert die kulturelle Grundversorgung und kulturelle Teilhabe. Gemeinsam

- 1175 mit den kommunalen Gebietskörperschaften wird eine breitere  
 1176 Kulturfinanzierung angestrebt, die auch einen angemessenen Ausgleich für  
 1177 unterschiedliche finanzielle Aufwendungen berücksichtigt.
- 1178 ▪ Die Koalitionspartner prüfen eine gesetzliche Regelung zur Kulturförderung  
 1179 des Landes. Dabei soll auch der besondere Förderbedarf bei Bibliotheken,  
 1180 Musikschulen und Jugendkunstschulen berücksichtigt werden.
  - 1181 ▪ Die Koalition wird die Projektförderung weiter entwickeln und ausbauen. Dabei  
 1182 werden die bisherigen Instrumente um die Möglichkeit mehrjähriger  
 1183 konzeptioneller Förderansätze ergänzt. Damit wird in begründeten Fällen  
 1184 mehr Planungssicherheit geschaffen. Die Koalitionspartner werden die  
 1185 Förderung der Literatur, wie im Landeskulturkonzept vorgesehen, deutlich  
 1186 ausbauen.
  - 1187 ▪ Die Koalition wird das Projektmanagerprogramm und das Förderprogramm für  
 1188 Projektmitarbeiter im jugendkulturellen Bereich weiterentwickeln und  
 1189 aufstocken. Es werden mehrjährige Förderzeiträume ermöglicht.
  - 1190 ▪ Die Koalitionspartner unterstützen die Bestrebungen, Kultur als Staatsziel im  
 1191 Grundgesetz zu verankern und schließen sich damit der Empfehlung der  
 1192 Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ an.
  - 1193 ▪ Weiterhin setzen sie sich dafür ein, dass die Künstlersozialkasse als  
 1194 unverzichtbarer Beitrag zur sozialen Sicherung der Künstlerinnen und Künstler  
 1195 erhalten bleibt.
  - 1196 ▪ Die Koalition wird eine solide Basis für Kreisheimatpfleger und Heimatstuben  
 1197 schaffen und die wertvolle Arbeit der volkskundlichen Beratungsstelle  
 1198 langfristig sichern.
  - 1199 ▪ Die Koalitionspartner werden die Soziokultur weiterhin fördern und finanziell  
 1200 unterstützen.
  - 1201 ▪ Die Koalitionspartner werden die Arbeit der Landesmusikakademie weiter  
 1202 stärken und deren Attraktivität steigern.
  - 1203 ▪ Mit einer Dekade wird in Mitteldeutschland von 2008 bis 2017 an Martin  
 1204 Luthers Thesenanschlag im Jahr 1517 erinnert. Die Koalition wird die  
 1205 vielfältigen Aktivitäten von Kirchen und Gesellschaft aktiv unterstützen.

## 1206 Theater und Orchester

- 1207 ▪ Theater und Orchester sind von besonderer Bedeutung für die Thüringer  
 1208 Kulturlandschaft. Beide Seiten sind sich einig, dass eine erneute  
 1209 Standortdebatte nicht geführt werden soll. Die Finanzierung der Theater- und  
 1210 Orchesterlandschaft wird zusammen mit den Trägern in das Kulturkonzept  
 1211 eingebunden. Dadurch soll die Theater- und Orchesterförderung des Landes  
 1212 auch über das Jahr 2012 hinaus auf eine sichere Finanzierungsbasis gestellt  
 1213 werden. In Ansehung des hohen finanziellen Engagements des Landes und  
 1214 der finanziellen Herausforderungen der nächsten Jahre in diesem Bereich  
 1215 sollen neben dem finanziellen Engagement des Landes Potenziale höherer  
 1216 Auslastung erschlossen, Innovation und Vernetzung befördert und das  
 1217 touristische Potenzial besser genutzt werden. Vorausschauend soll auch das  
 1218 Problem höherer Tarifforderungen gelöst werden.

1219 Kultur- und Kreativwirtschaft

- 1220     ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, dass der Kulturwirtschaftsbericht in  
1221     gemeinsamer Verantwortung des Wirtschaftsministeriums und des  
1222     Kultusministeriums fortgeschrieben wird. Dabei sollen im Rahmen einer  
1223     Potenzialanalyse die vorhandenen Kristallisationspunkte und Marktchancen  
1224     der Thüringer Kreativwirtschaft geprüft, die soziale Lage der  
1225     Kulturschaffenden untersucht und die kulturtouristischen Potenziale weiter  
1226     bewertet werden.
- 1227     ▪ Die Koalitionspartner bekennen sich dazu, die kulturtouristischen  
1228     Entwicklungs- und Wachstumspotentiale zu stärken.

1229 Museen und Landeskulturstiftung

- 1230     ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die finanzielle Grundausstattung  
1231     der Thüringer Museen, insbesondere bezüglich der Mittel für die  
1232     Bestandssicherung, die Restaurierung und die Museumspädagogik, gestärkt  
1233     werden muss. Die Bemühungen der Museen um innovative Konzepte und  
1234     Digitalisierung der Bestände werden unterstützt.
- 1235     ▪ Die Koalition bekennt sich zu ihrer Verantwortung für das jüdische Erbe in  
1236     Thüringen. Sie ist sich der großen internationalen Bedeutung des Erfurter  
1237     Schatzfundes bewusst. Daher wird sich das Land an dessen angemessener  
1238     Präsentation beteiligen.
- 1239     ▪ Die Koalitionspartner sind sich darin einig, das Stiftungskapital und die jährlich  
1240     verfügbaren Mittel der Thüringer Kulturstiftung aufzustocken.

1241 Gedenkstätten/Erinnerungskultur

- 1242     ▪ Die Koalitionspartner werden die Gedenkstätten zur Erinnerung an die  
1243     Diktaturen ausbauen, damit aus der Geschichte Orientierung für die Zukunft  
1244     wächst.
- 1245     ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die wichtige Arbeit der  
1246     Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora weiter unterstützt und  
1247     gefördert wird.
- 1248     ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die Gedenk- und  
1249     Aufarbeitungsinitiativen zur jüngeren deutschen Geschichte sowie die  
1250     Grenzmuseen besser miteinander vernetzt werden. Dabei ist zu prüfen, wie  
1251     die Aufgaben der unselbständigen Stiftung „Gedenken – Erinnern – Lernen.  
1252     Thüringer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ perspektivisch unter  
1253     Beachtung der Interessen der weiteren Aufarbeitungsinitiativen und der  
1254     Empfehlung der Expertenkommission wahrgenommen werden können.

1255 **8. Soziales**

1256 Soziale Gerechtigkeit ist ein zentraler Wert für die Arbeit der Koalition. Im Umgang  
1257 mit den Schwachen und Bedürftigen erweist sich der menschliche Gehalt der  
1258 Gesellschaft in besonderer Weise. Die Bekämpfung von Armut, der Einsatz für  
1259 Chancengleichheit innerhalb und zwischen den Generationen, die Verbesserung der  
1260 Lebensqualität in einer älter werdenden Gesellschaft sowie erfolgreiche

1261 Integrationsschritte sind dabei Schwerpunkte. CDU und SPD haben dazu folgendes  
1262 vereinbart:

- 1263       ▪ Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement bilden das Rückgrat eines  
1264       freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesens. Die von den Vereinen und  
1265       Initiativen, Netzwerken und freiwilligen Zusammenschlüssen geleistete Arbeit  
1266       ist für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft unersetzlich. Um  
1267       bürgerschaftliches Engagement zu befördern, soll die Ehrenamtlichkeit  
1268       aufgewertet werden, die ehrenamtlich Tätigen sollen bei der Erfüllung ihrer  
1269       Aufgaben unterstützt werden. CDU und SPD unterstützen die Arbeit der  
1270       Thüringer Ehrenamtsstiftung und sichern deren angemessene Ausstattung.
- 1271       ▪ Es besteht Einigkeit, über den Aufbau eines Arbeitsbereiches „strategische  
1272       Sozialplanung“ als Servicestelle für alle sozialpolitischen Fachbereiche und  
1273       zur Unterstützung der Kommunen und der freien Träger.
- 1274       ▪ Die neue Landesregierung setzt sich nachdrücklich für eine Abschaffung der  
1275       Bedürftigkeitsregelung bei der Opferpension und einen Ausbau der  
1276       Leistungshöhe, gestaffelt nach der Haftdauer, ein. Weiteres Ziel ist die  
1277       Entfristung aller SED-Unrechtsbereinigungsgesetze. Auch nach dem Jahr  
1278       2011 sollen Anträge auf Leistungen nach dem Rehabilitierungsgesetz möglich  
1279       sein.
- 1280       ▪ Die Integration der Spätaussiedler bleibt auch in der Zukunft unsere Aufgabe.  
1281       In Thüringen sollen sie ihre Heimat finden. Die Koalitionspartner sind sich  
1282       einig, den Bund der Heimatvertriebenen weiterhin zu unterstützen; er leistet  
1283       wertvolle Beiträge zur Völkerverständigung und Brauchtumpflege.
- 1284       ▪ Die gesetzliche Förderung der Liga der Freien Wohlfahrtspflege aus  
1285       Lottomitteln des Landes wird garantiert. Dabei soll die gegenwärtige Höhe  
1286       dieser Förderung (Landeshaushalt 2008/2009) als Mindestausstattung  
1287       angesehen werden.

#### 1288 Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

- 1289       ▪ Entsprechend der gemeinsamen Erklärung für ein demokratisches, tolerantes  
1290       und weltoffenes Thüringen der im Thüringer Landtag vertretenen Fraktionen  
1291       vom 29. September 2009 sind sich die Koalitionspartner über die Entwicklung  
1292       eines entsprechenden Landesprogramms einig. Zielsetzung ist es, gegen jede  
1293       Form von Extremismus vorzugehen, wobei der Schwerpunkt auf der  
1294       Bekämpfung des Rechtsextremismus liegt. Die Erarbeitung erfolgt in einer  
1295       Arbeitsgruppe aller relevanten Akteure.
- 1296       ▪ Programmbestandteile sind die Stärkung des bürgerschaftlichen  
1297       Engagements und der Zivilgesellschaft insbesondere auf kommunaler Ebene,  
1298       die Struktursicherung der bisherigen Projekte, insbesondere der mobilen  
1299       Beratung und der multikonzeptionellen Opferberatung sowie die  
1300       Kompensation der auslaufenden Bundesförderung und die Gewährleistung  
1301       spezifischer Elternberatung und –aufklärung.

#### 1302 Seniorenpolitik

- 1303       ▪ Die Koalition stellt sich aktiv den mit dem demographischen Wandel  
1304       verbundenen Herausforderungen: Die Verhandlungspartner sind sich einig,

- 1305 dass ein seniorenpolitisches Konzept entwickelt wird. Bereits ergriffene  
1306 Maßnahmen sollen konsequent weitergeführt werden.
- 1307 ▪ Besonderes Augenmerk liegt auf der Seniorenmitbestimmung, die einer  
1308 weitergehenden gesetzlichen Regelung bedarf. Es besteht Einigkeit, dabei die  
1309 Kommunen nicht zu überfordern, sondern zu fördern.
- 1310 ▪ Der Landesseniorenbeirat als wichtiges Beratungsinstrument soll auf eine  
1311 breitere Grundlage gestellt werden, wobei insbesondere weitere fachliche  
1312 Gremien eingebunden werden sollen.
- 1313 ▪ In jeder Legislaturperiode soll die Landesregierung einen Seniorenbericht  
1314 vorlegen, der auch Aussagen zu Ausbildungsbedarfen und zur  
1315 Altenhilfeplanung im Bereich der Pflege enthält. Der Seniorenbericht ist ein  
1316 wichtiger Teil in der strategischen Sozialplanung, die es auszubauen gilt.
- 1317 ▪ Ein Thüringer Landesbeauftragter für das Zusammenleben der Generationen  
1318 soll bei Fragen der Generationengerechtigkeit und des demographischen  
1319 Wandels beraten. Dessen Einrichtung darf nicht zu Lasten der Strukturen im  
1320 Bereich von Jugend oder Senioren gehen.
- 1321 ▪ Seniorenbüros sollen bedarfsgerecht ausgebaut und gesichert werden.
- 1322 ▪ Im Bewusstsein der demographischen Entwicklung stimmen die  
1323 Verhandlungsparteien überein, dass die Wertschätzung der Altenpflegeberufe  
1324 und ihr Ansehen verbessert werden müssen. Dazu gehört der Einsatz für eine  
1325 adäquate, tariflich gesicherte Entlohnung.
- 1326 ▪ Sofern die rechtlichen Grundlagen für eine Ausbildungsumlage in der  
1327 Altenpflege gegeben sind, wird deren Einführung geprüft.
- 1328 ▪ Beide Seiten wollen eine Angleichung der Renten in Ost und West  
1329 durchsetzen. Die Koalitionspartner verstehen diese Aufgabe auch als einen  
1330 Beitrag, die Folgen der deutschen Teilung zu überwinden.
- 1331 ▪ Die Verhandlungspartner sind sich einig über den weiteren Ausbau von  
1332 Pflegestützpunkten in Thüringen. Das Ziel ist, neben dem bestehenden  
1333 Stützpunkt in Jena in jeder der vier Planungsregionen Thüringens mindestens  
1334 einen Pflegestützpunkt zu errichten.
- 1335 ▪ Beide Seiten stimmen überein, dass in der laufenden Legislaturperiode ein  
1336 neues Thüringer Heimgesetz verabschiedet werden soll. Dabei soll  
1337 insbesondere auf die Einhaltung der Mindeststandards abgestellt werden.
- 1338 Behindertenpolitik
- 1339 ▪ CDU und SPD werden sich für die Umsetzung der UN-Konvention über die  
1340 Rechte behinderter Menschen einsetzen.
- 1341 ▪ Die Koalitionspartner werden das Thüringer Landesblindengeld auf 270 € im  
1342 Monat erhöhen.
- 1343 ▪ CDU und SPD setzen sich für einen Nachteilsausgleich für Gehörlose ein,  
1344 insbesondere im Bereich von strukturellen Maßnahmen wie der Förderung  
1345 von Gebärdendolmetschern.

- 1346  
1347  
1348
- Die landesweit tätigen Beratungsstellen für Menschen mit Behinderungen werden gesichert. Sie erhalten Förderung und fachliche Unterstützung durch die Landesregierung.
- 1349  
1350  
1351
- Thüringen setzt sich weiterhin für möglichst weitgehende Barrierefreiheit in allen Bereichen ein. Ein Schwerpunkt liegt dabei im Bereich der Medien, insbesondere im öffentlich-rechtlichen Bereich (MDR).
- 1352  
1353  
1354  
1355  
1356  
1357  
1358  
1359
- CDU und SPD wollen in dieser Legislaturperiode eine Novelle des Behindertengleichstellungsgesetzes verabschieden. Darin sollen die Stellung des Behindertenbeauftragten der Landesregierung, die Mitwirkungsmöglichkeiten des Behindertenbeirats und der Behindertenverbände gestärkt werden. Weiterhin sollen verbindlichere Regelungen zur Barrierefreiheit getroffen werden. Die rechtlichen Möglichkeiten zur Realisierung eines Verbandsklagerechts sollen geprüft werden.
- 1360  
1361  
1362  
1363  
1364  
1365  
1366  
1367
- Die Koalitionspartner wollen die Chancen von behinderten Bürgerinnen und Bürgern auf dem ersten Arbeitsmarkt weiter verbessern. Die Behindertenwerkstätten sind fester Bestandteil der Thüringer Behindertenpolitik. CDU und SPD schätzen die Arbeit der Werkstätten für behinderte Menschen und werden sie auch weiterhin unterstützen. Modellvorhaben zur besseren beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen in den Regelarbeitsmarkt werden von der Landesregierung unterstützt.

1368 **9. Familie**

1369 Familie und Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Wir ermutigen Menschen, sich  
1370 für ein Leben in der Familie und für Kinder zu entscheiden. In den Familien lernen  
1371 Kinder die Regeln des Zusammenlebens, kulturelle Werte und solidarisches  
1372 Verhalten. Die Verbesserung familien- und kinderfreundlicher Rahmenbedingungen  
1373 und die Unterstützung der Jugendarbeit sind deshalb unverzichtbare Investitionen in  
1374 die Zukunft des Landes. CDU und SPD haben folgendes vereinbart:

1375 Kinder

- 1376  
1377  
1378
- Es besteht Einigkeit hinsichtlich eines spezifischen Landesprogramms zur Förderung des Kinderschutzes außerhalb der Richtlinie „örtliche Jugendförderung“.
- 1379  
1380  
1381
- Das Vorsorgezentrum im Rahmen des Kinderschutzgesetzes beim TLLV wird bedarfsgerecht ausgestattet und gesichert. Die Erhebung von Daten zum Gesundheitszustand der Kinder in Thüringen wird verstetigt.
- 1382  
1383  
1384  
1385
- Die Koalitionspartner stimmen überein, den Kinder- und Jugendschutz weiter zu optimieren. CDU und SPD werden sich dafür einsetzen, dass die Beteiligten noch besser zusammenarbeiten. Die Koalitionspartner werden hierfür die bestehenden Netzwerke ausbauen.
- 1386  
1387  
1388
- Die Landesregierung wird ihre Verantwortung für eine bedarfsgerechte Förderung von Maßnahmen der Ferienerholung für arme Kinder und Familien wahrnehmen. Die Förderung wird im Landesjugendförderplan verankert.

- 1389  
1390  
1391  
1392
- Hinschauen und handeln: CDU und SPD werden das Kinderschutzsystem „Familie in Not“ weiter ausbauen und fördern eine bessere Zusammenarbeit von Ärzten, Jugendämtern, Familiengerichten und Polizei sowie allen sonstigen Akteuren.
- 1393  
1394  
1395  
1396  
1397  
1398  
1399  
1400  
1401  
1402  
1403
- Das Thema Armutsbekämpfung hat für uns einen hohen Stellenwert. CDU und SPD werden das Gespräch mit den sozialen Akteuren zur Verbesserung der Situation armer Kinder fortsetzen. Neue Vorschläge werden ausgelotet, begonnene Initiativen werden unterstützt und weiterentwickelt. Dabei sind insbesondere die TIZIAN-Initiative, die Thüringer Kinderkarte und die Thüringer Beiträge zum Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 geeignet, wichtige Impulse zu setzen. Die für die Fortführung der Projekte erforderliche Mindestausstattung ist zu sichern. Die Schlussfolgerungen für Thüringen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und des Gemeinsamen sozialen Wortes zur Kinderarmut in Thüringen der Sozial- und Jugendverbände werden geprüft und umgesetzt.
- 1404 Jugend
- 1405  
1406  
1407  
1408  
1409
- Es besteht Einigkeit, dass die so genannte Jugendpauschale zur Unterstützung der Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit auf kommunaler Ebene im Rahmen des ThürKJHAG in Höhe von 15 Millionen € als verlässliche Leistung für die Kommunen und die freien Träger gesetzlich verankert wird.
- 1410  
1411  
1412  
1413  
1414  
1415  
1416  
1417  
1418  
1419  
1420
- Die Jugendarbeit, insbesondere die außerschulische Jugendbildung, sowie die Jugendverbandsarbeit in Thüringen tragen mit ihren vielfältigen Angeboten maßgeblich zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen bei. CDU und SPD werden den Lernort Jugendverbandsarbeit durch eine Ausweitung der personellen Ausstattung der landesweit tätigen Verbände mit Personalstellen stärken sowie die außerschulische Jugendbildung angemessen fördern. Besonderer Wert soll dabei auch auf die Sicherung der Vielfalt und Arbeitsfähigkeit kleinerer Verbände durch eine Personalmindestausstattung gelegt werden. Die Konkretisierung erfolgt im Rahmen der Landesjugendförderplanung. Zur Qualifizierung und Weiterentwicklung dieser Bereiche ist die bisherige Arbeit zu evaluieren.
- 1421  
1422  
1423
- Auch kulturelle Jugendbildung als Bestandteil außerschulischer Kinder- und Jugendbildung soll angemessen finanziert und im Landesjugendförderplan berücksichtigt werden.
- 1424  
1425  
1426
- Es besteht Einigkeit, Modellvorhaben zur Stärkung der Partizipation junger Menschen im Rahmen des neu zu entwickelnden Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zu berücksichtigen.
- 1427  
1428  
1429  
1430  
1431
- Beide Seiten stimmen darin überein, eine bedarfsgerechte Förderung der Schulsozialarbeit im Rahmen eines spezifischen Landesprogramms anzustreben. Die Durchführung soll zur besseren Vernetzung der beiden Leistungssysteme „Schule und Jugendhilfe“ bei Trägern der Jugendhilfe liegen.
- 1432  
1433  
1434  
1435
- Die Jugendberufshilfe Thüringen e.V. als Beratungsagentur für Kommunen, Bundesagentur für Arbeit und freie Träger zur besseren beruflichen Integration benachteiligter Jugendlicher in Thüringen soll gestärkt und weiterentwickelt werden.

1436 Familie

- 1437     ▪ Die Thüringer Landesregierung hilft Eltern: Mit einer guten Betreuungs- und  
1438     Beratungsstruktur zur Unterstützung von Familien erleichtern CDU und SPD  
1439     den Start ins Familienleben und sorgen für die bessere Vereinbarkeit von  
1440     Familie und Beruf.
- 1441     ▪ Im Bundesrat setzen sich die Koalitionsparteien dafür ein,  
1442     Rahmenbedingungen für einen Kinderbonus für Eltern zu schaffen, die kein  
1443     Familiendarlehen erhalten können. Damit werden einkommensschwächere  
1444     Familien zusätzlich unterstützt. Bei einer erfolgreichen Bundesratsinitiative soll  
1445     die Einführung des Thüringer Familiendarlehens folgen.
- 1446     ▪ Familienhebammen bieten wertvolle Hilfe und Beratung für Familien. Ihre  
1447     erfolgreiche Arbeit werden CDU und SPD nachhaltig unterstützen und im  
1448     Rahmen des spezifischen Landesprogramms „Kinderschutz“ fördern.
- 1449     ▪ Es besteht Einigkeit, dass Familienbildung, Familienberatung und die  
1450     Vorbereitung junger Menschen auf Ehe, Partnerschaft und das  
1451     Zusammenleben mit Kindern insbesondere auf kommunaler Ebene gestärkt  
1452     werden müssen. Das Land wird die Kommunen dabei fördern und  
1453     unterstützen.
- 1454     ▪ Im Zuge der Novellierung des Thüringer Familienfördergesetzes wird die  
1455     Arbeit der Stiftung Familiensinn evaluiert und ein Vorschlag für die zukünftige  
1456     Gestaltung der Stiftung vorgelegt. Es besteht Einigkeit dahingehend, der  
1457     Stiftung die übertragenen hoheitlichen Aufgaben zu entziehen.

1458 **10. Gleichstellung von Frau und Mann**

1459 Zur Gleichstellung von Mann und Frau und zur Geschlechtergerechtigkeit haben  
1460 CDU und SPD folgendes vereinbart:

- 1461     ▪ Die Koalitionspartner sind sich hinsichtlich der zentralen Bedeutung von  
1462     Gender-Mainstreaming in der Gleichstellungspolitik einig. Dementsprechend  
1463     sollen bei allen landespolitischen Vorhaben die unterschiedlichen  
1464     Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein  
1465     und regelmäßig berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang muss dem  
1466     Schulerfolg von Jungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.
- 1467     ▪ Einigkeit besteht darin, das Thüringer Gleichstellungsgesetz zu novellieren  
1468     und insbesondere verbindliche und sanktionsbewehrte Regelungen mit dem  
1469     Ziel einer deutlichen Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen  
1470     aufzunehmen. Die Durchsetzung der gesetzlichen Vorgaben soll  
1471     vorangetrieben werden.
- 1472     ▪ Beide Seiten befürworten die Arbeit der Interventionsstellen und setzen sich  
1473     für den bedarfsgerechten Ausbau und die Absicherung ein.
- 1474     ▪ Die Beratungsangebote zum Schutz von Frauen im Zusammenhang mit der  
1475     Förderung der Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen sind insbesondere  
1476     in strukturschwachen Regionen auszuweiten.

1477

## 1478 **11. Gesundheit und Verbraucherschutz**

1479 Das Land hat in den vergangenen Jahren die Entwicklung des Gesundheitswesens  
1480 durch umfassende Investitionen gefördert. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen  
1481 wurden grundlegend modernisiert. Die Lebenserwartung ist deutlich gestiegen.  
1482 Dennoch steht die Gesundheitspolitik vor neuen Herausforderungen. Nicht zuletzt gilt  
1483 es, die ärztliche Versorgung auch in Zukunft zu sichern. CDU und SPD haben  
1484 folgendes vereinbart:

### 1485 Gesundheit

- 1486     ▪ Die Koalitionspartner stimmen darin überein, dass die Maßnahmen zur  
1487 Verbesserung der medizinischen Versorgung insbesondere in  
1488 strukturschwachen Räumen ausgebaut werden müssen. Die hausärztliche  
1489 Versorgung muss auch in Zukunft flächendeckend sichergestellt werden. Mit  
1490 Programmen, wie einem speziell auf Medizinstudenten ausgerichteten  
1491 Stipendium, wollen CDU und SPD die Ansiedlung von niedergelassenen  
1492 Ärzten im ländlichen Raum fördern. Die Koalitionspartner setzen sich für einen  
1493 Einkommensausgleich bei der Ausbildung zum Hausarzt ein. Die Stiftung zur  
1494 Förderung der ambulanten medizinischen Versorgung in Thüringen soll  
1495 gestärkt werden.
- 1496     ▪ Beide Seiten sind sich einig, das Thüringer Krankenhausgesetz zu  
1497 novellieren. Unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung und  
1498 einer angemessenen Versorgung in strukturschwachen Räumen soll damit die  
1499 Qualität in der stationären Versorgung gesichert werden.
- 1500     ▪ Besonderes Augenmerk der künftigen Regierung wird auf der Prävention  
1501 liegen. Gesundheitsziele werden umgesetzt, weiterentwickelt und evaluiert.  
1502 Die Landesvereinigung Gesundheitsförderung AGETHUR wird gestärkt. Die  
1503 Möglichkeit zur Neufassung eines Präventionsgesetzes wird geprüft, die  
1504 regelmäßige Gesundheitsberichterstattung fortgeführt.
- 1505     ▪ Es besteht Einigkeit, die Förderung von Selbsthilfegruppen, Nachsorge- und  
1506 Beratungsangeboten zu stärken.
- 1507     ▪ CDU und SPD vereinbaren, die Öffentlichen Gesundheitsdienste zu stärken.
- 1508     ▪ Die Koalitionspartner stimmen darin überein, den Ausbau im Palliativ- und  
1509 Hospizbereich weiter zu unterstützen. CDU und SPD werden vor allem die  
1510 wertvolle Arbeit des Kinderhospizes Mitteldeutschland fördern.

### 1511 Verbraucherschutz

- 1512     ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, dass Lebensmittelsicherheit und  
1513 Verbraucherschutz gewährleistet werden und eine hohe Priorität genießen.
- 1514     ▪ Eine angemessene personelle Ausstattung des TLLV mit qualifiziertem  
1515 Fachpersonal wird vereinbart. Im Haushaltsplan 2010 sind die  
1516 Voraussetzungen für eine langfristige Absicherung zu schaffen.
- 1517     ▪ Der Thüringer Landesbetrieb für Arbeitsschutz und technischen  
1518 Verbraucherschutz und dessen derzeitige Organisationsform wird im Hinblick  
1519 auf die Arbeitsfähigkeit überprüft und bedarfsgerecht mit Personal  
1520 ausgestattet.

- 1521       ▪ Unabhängige Verbraucherberatung wird angesichts eines zunehmend  
 1522       unübersichtlichen Angebotes an Waren und Dienstleistungen immer wichtiger  
 1523       und ist ein wesentlicher Teil des flächendeckenden Verbraucherschutzes. Sie  
 1524       kann einen wertvollen Beitrag zu einer gesunden und wirtschaftlichen  
 1525       Lebensführung leisten und so die Rolle der Verbraucher stärken und zur  
 1526       Vermeidung von Armut beitragen. Dies setzt eine angemessene Ausstattung  
 1527       der Thüringer Verbraucherzentrale voraus.
- 1528       ▪ Die Förderung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung wird bedarfsgerecht  
 1529       erhöht. Dies dient insbesondere der besseren Ernährungsberatung in  
 1530       Kindertageseinrichtungen und Schulen

1531   **12. Sport**

1532   Thüringen hat einen guten Ruf als Sportland. Unsere Nachwuchs- und  
 1533   Spitzensportler sind im In- und Ausland bei Wettkämpfen erfolgreich. Das große  
 1534   Engagement vieler Ehrenamtlicher unterstreicht den starken Rückhalt des Sports in  
 1535   Thüringen. Das Land hat viel in den Thüringer Sport investiert. CDU und SPD sind  
 1536   sich einig, dass die Förderung des Breitensports und des Leistungssports eine  
 1537   wichtige landespolitische Aufgabe bleibt:

- 1538       ▪ Die Nutzung der Sportstätten soll entsprechend dem Thüringer  
 1539       Sportfördergesetz weiterhin kostenlos erfolgen.
- 1540       ▪ Ab 2010 ist die Förderung sportlich begabter Kinder und Jugendlicher in den  
 1541       Thüringer Sportfachverbänden und Vereinen erstmals auch über Ziel- und  
 1542       Leistungsvereinbarungen mit dem Landessportbund zu unterstützen. Damit  
 1543       wird eine verlässliche und an den Planungszyklen des Sports orientierte  
 1544       finanzielle Förderung ermöglicht.
- 1545       ▪ Sowohl der Spitzen- als auch der Breitensport sind zu fördern. Dabei spielt die  
 1546       Stärkung des Ehrenamtes im Sport eine wichtige Rolle. In diesem  
 1547       Zusammenhang wird sichergestellt, dass ausreichend hauptamtliche Trainer  
 1548       insbesondere zur Förderung des Nachwuchsleistungssportes zum Einsatz  
 1549       kommen. Die entsprechende bedarfsgerechte Landesförderung ist langfristig  
 1550       abzusichern.
- 1551       ▪ Es besteht Einigkeit, die Förderung von Investitionsvorhaben der Landkreise,  
 1552       Kommunen und Vereine bei der Sanierung, dem Aus- und Neubau von  
 1553       Sportstätten auch weiterhin als einen besonderen Schwerpunkt der  
 1554       Sportförderung durch den Freistaat Thüringen zu betrachten.
- 1555       ▪ Fan-Projekte leisten einen wichtigen Beitrag zur Gewaltvermeidung und zur  
 1556       Extremismusbekämpfung im Sport. Das Land beteiligt sich an der  
 1557       Finanzierung.
- 1558       ▪ Die gesetzliche Förderung des Landessportbundes aus Lottomitteln des  
 1559       Landes wird garantiert. Dabei soll die gegenwärtige Höhe dieser Förderung  
 1560       (Landeshaushalt 2008/2009) als Mindestausstattung angesehen werden.

1561

## 1562 **13. Landwirtschaft**

### 1563 Ländlicher Raum

1564 Der Freistaat Thüringen ist durch eine überwiegend ländliche Struktur geprägt. Die  
1565 Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sind wirtschaftlich und sozial tragende  
1566 Säulen im ländlichen Raum. Seine Entwicklung ist ein Kernthema geworden, wenn  
1567 es um die Umsetzung und Steuerung von Nachhaltigkeit geht. In der  
1568 Wirtschaftspolitik, der Sozial- und Umweltpolitik, der Agrarpolitik und auf dem Gebiet  
1569 der Strukturpolitik bestehen Potenziale, deren Nutzung zum Motor regionaler  
1570 Entwicklung werden muss. Die Bündelung und Fortentwicklung von  
1571 Förderinstrumenten ist ein wichtiger Schlüssel zu deren Erfolg.

- 1572     ▪ Das integrierte Gesamtkonzept zur Entwicklung des ländlichen Raumes in  
1573       Thüringen ist eine wichtige Grundlage für das weitere und verstärkt  
1574       abgestimmte Handeln aller betroffenen Fachressorts bei der weiteren  
1575       Entwicklung des ländlichen Raumes.
- 1576     ▪ Die Dorferneuerung ist von einem sanierenden und eher statischen Ansatz hin  
1577       zu einer regional abgestimmten Dorfentwicklung einhergehend mit einer  
1578       Fortentwicklung des Förderinstrumentariums auszubauen und zu erweitern.
- 1579     ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, den Flächenverbrauch in Thüringen  
1580       weiter deutlich zu reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen, sind Brachflächen  
1581       wieder in Wert zu setzen und vorrangig innerörtliche Lagen zu entwickeln.  
1582       Gleichzeitig trägt die Revitalisierung von ungenutzten und versiegelten  
1583       Flächen dazu bei, die Attraktivität von Gemeinden und Regionen zu erhöhen,  
1584       insbesondere im ländlichen Raum. Die Interessen der Bodennutzer (Land-  
1585       und Forstwirtschaft) werden bei landesplanerischen Entscheidungen gestärkt.  
1586       Gemeinsames Ziel ist es, insbesondere den Verbrauch der produktivsten  
1587       landwirtschaftlichen Nutzflächen für Bau- oder Ersatzmaßnahmen durch eine  
1588       intelligente Flächenpolitik zu minimieren.
- 1589     ▪ Mit der „Breitbandinitiative Thüringen“ setzen sich die Koalitionspartner zum  
1590       Ziel, dass jede Kommune im Freistaat bis 2012 an Breitbandtechnik (mind. 1  
1591       MBit/s) angeschlossen ist.
- 1592     ▪ Die Koalitionspartner sind sich darin einig, die finanziellen Mittel zur Förderung  
1593       von Maßnahmen für Natur und Landschaft (ENL-Programm) in der  
1594       Legislaturperiode durch haushaltsneutrale Umschichtung sukzessive deutlich  
1595       zu erhöhen. Zielstellung ist dabei eine Förderung von 6 Mio. Euro im Jahr  
1596       2013 ff., die über die Zwischenschritte 3,5 Mio. Euro 2010, 4 Mio. 2011 und 5  
1597       Mio. Euro 2012 erreicht wird. CDU und SPD stimmen darin überein, dass die  
1598       zusätzliche Förderung über landwirtschaftliche Betriebe ausgereicht wird. Das  
1599       Konzept Forsten und Tourismus im ländlichen Raum wird weiterentwickelt und  
1600       um den Aspekt Naturschutz ergänzt.
- 1601     ▪ Mit der „Bioenergieberatung Thüringen“, kurz BIOBETH, verfügt Thüringen  
1602       bereits über eine leistungsfähige Einrichtung, um geeignete  
1603       Bioenergieprojekte im Freistaat im vorwettbewerblichen Bereich fachlich zu  
1604       begleiten und zu unterstützen. Das Thüringer Zentrum für Nachwachsende  
1605       Rohstoffe Jena (TZNR) nimmt bereits eine Vorreiterrolle bei der angewandten  
1606       Forschung zum Anbau und der Erstverarbeitung von Energiepflanzen ein. Um  
1607       die Arbeit des Zentrums auszubauen und zu fördern, soll ein Lehrstuhl für

- 1608 Bioenergie eingerichtet werden. Im ländlichen Raum werden Bioenergiedörfer  
 1609 eine umweltfreundliche, von fossilen Energien weitgehend unabhängige,  
 1610 dezentrale, sichere und preiswerte Energieversorgung sichern.
- 1611     ▪ Neben den bereits etablierten Systemen der Nutzung nachwachsender  
 1612 Rohstoffe zur Energiegewinnung erfährt die Nutzung der Geothermie für  
 1613 Thüringen eine zunehmende Bedeutung. Die Koalitionspartner werden  
 1614 bestehende Genehmigungsverfahren überprüfen und wo immer möglich  
 1615 optimieren.
- 1616     ▪ Als Gesprächsforum aller maßgeblichen Akteure im ländlichen Raum  
 1617 Thüringen, aber auch als Aktionsbündnis zur Vertretung gemeinsamer  
 1618 Interessen und Ziele, soll – wie in zahlreichen anderen Ländern – eine  
 1619 Akademie ländlicher Raum eingerichtet werden.
- 1620     ▪ Zur Stärkung regionaler Verantwortung sollen die subsidiär organisierten  
 1621 Regionalen Aktionsgruppen LEADER gestärkt, weiterentwickelt und als Träger  
 1622 regionaler Förderentscheidungen auch über 2013 hinaus erhalten bleiben.
- 1623     ▪ Thüringen braucht eine Nachhaltigkeitsstrategie in allen Politikbereichen. Die  
 1624 Aktivitäten für eine nachhaltige Entwicklung sind Chance und Grundlage für  
 1625 eine selbsttragende, zukunftsfähige Entwicklung in den Kommunen und  
 1626 Regionen. Insofern stimmen die Koalitionspartner darin überein, die  
 1627 Erarbeitung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie unter besonderer  
 1628 Berücksichtigung des Wirkens des Beirats für nachhaltige Entwicklung zu  
 1629 fördern und das Nachhaltigkeitsabkommen mit der Thüringer Wirtschaft im  
 1630 Sinne dieser Entwicklung fortzuschreiben. Die Besetzung des  
 1631 Nachhaltigkeitsbeirats ist zu ergänzen, um seine Bedeutung als  
 1632 gesellschaftlich breit verankertes Beratungs- und Expertengremium zu  
 1633 stärken. Die Koalitionspartner stimmen ferner darin überein, den integrierten  
 1634 Ansatz der Nachhaltigkeitspolitik in der Landesregierung strukturell zu stärken.
- 1635     ▪ Die Flächenhaushaltspolitik für Thüringen soll abgestimmt und zielgerichtet  
 1636 weiter entwickelt werden, um für Thüringen die Neuinanspruchnahme von  
 1637 Böden zu begrenzen und damit dem Entzug landwirtschaftlicher Nutzflächen  
 1638 wie auch der fortschreitenden Bodenversiegelung im Sinne des nationalen  
 1639 Nachhaltigkeitszieles zu begegnen. Die Instrumente der Bodenordnung nach  
 1640 dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz und dem Flurbereinigungsgesetz  
 1641 sollen konsequent angewandt werden.

## 1642 Landwirtschaft

- 1643 Die Landwirtschaft ist für uns ein wichtiger Bestandteil der Thüringer  
 1644 Wirtschaftsstruktur. Sie bietet in den ländlichen Räumen sichere Beschäftigung und  
 1645 eine wirtschaftliche Grundlage für viele Thüringer Familien. Lokale Unternehmen, die  
 1646 Naturprodukte verarbeiten, profitieren ebenfalls von einer hohen Investitionsrate der  
 1647 Land- und Forstwirtschaft. CDU und SPD haben dazu folgendes vereinbart:
- 1648     ▪ Für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft fördern die Koalitionspartner  
 1649 effiziente Strukturen, unabhängig von der Betriebsgröße. Auf Bundes- und  
 1650 Europaebene widersetzen sich CDU und SPD jeder Benachteiligung der  
 1651 Landwirte in Thüringen. Dabei gilt der Beseitigung des Wettbewerbsnachteils  
 1652 deutscher Landwirte bei der Agrardieselbesteuerung das besondere  
 1653 Augenmerk.

- 1654  
1655  
1656  
1657  
1658
- Die Wertschöpfung in der Landwirtschaft und die Innovationskraft ländlicher Räume müssen weiter gestärkt werden. Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass die Landwirte, aufbauend auf einer weiterhin flächendeckenden und multifunktionalen Landwirtschaft, für ihre unverzichtbare Arbeit auskömmliche Preise erhalten müssen.
- 1659  
1660  
1661  
1662  
1663  
1664  
1665  
1666  
1667  
1668  
1669
- Die Koalitionspartner sind sich in dem Ziel einig, darauf hinzuwirken, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen im Bund und in der EU den notwendigen Schutz vor mit der Anwendung der Gentechnik verbundenen Gefahren und Risiken gewährleisten. Der ökologische Landbau steht gleichberechtigt neben der traditionellen Landwirtschaft; beide Bereiche dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden; ökologische wie konventionelle Landwirtschaft müssen gleichermaßen erhalten, gefördert und unterstützt werden. Der Freistaat Thüringen wird europäische Regelungen zur stärkeren Mitsprache der Regionen über den GVO-Anbau unterstützen. Die Koalitionspartner streben an, dass in Thüringen keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden.
- 1670  
1671  
1672  
1673  
1674  
1675  
1676
- CDU und SPD wollen die Attraktivität grüner Berufe vor allem für jüngere Menschen erhöhen. Die Koalitionspartner werden in der Legislaturperiode einen Studiengang für Agrarmanagement einrichten, um jungen Landwirten eine Perspektive für Fort- und Weiterbildung im eigenen Land zu bieten. Darüber hinaus soll ein Kompetenzzentrum für Agrarwissenschaften eingerichtet werden, um den Austausch von Forschungsergebnissen in diesem Bereich zu stärken.
- 1677  
1678  
1679  
1680  
1681  
1682  
1683  
1684  
1685  
1686  
1687  
1688
- Die Koalitionspartner unterstützen eine weitere Marktorientierung der Landwirtschaft unter Ausgleich der höheren europäischen Produktionsstandards und der Honorierung der Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft. Dafür bedarf es einer starken ersten und zweiten Säule der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP). Die Direktzahlungen bleiben auch für den Zeitraum nach 2013 für unsere Landwirtschaft ein unverzichtbares Instrument. Die notwendige Kofinanzierung der Programme der EU und des Bundes zur Stärkung des ländlichen Raums und der Thüringer Landwirtschaft werden CDU und SPD dabei sichern. Durch Umschichtungen im Einzelplan 9 soll gewährleistet werden, dass die vorliegenden Anträge nach dem KULAP soweit wie möglich, spätestens am 1. Januar 2010, in vollem Umfang positiv beschieden werden können.
- 1689  
1690  
1691  
1692
- Der Ausgleichszulage für die benachteiligten Gebiete mit ihrem besonderen Fokus, die wertschöpfungsorientierte Tierhaltung zu stärken, kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu. Die Landesregierung wird deshalb an der Gewährung der Ausgleichszulage festhalten.
- 1693  
1694  
1695
- Unser Ziel ist es, Arbeitsplätze und Wertschöpfung im ländlichen Raum zu sichern und weiter auszubauen. Hierfür werden CDU und SPD die nachfolgenden Bereiche verstärkt unterstützen:
- 1696  
1697  
1698  
1699  
1700  
1701
- Besonders viele Arbeitsplätze werden im Bereich der Veredelung und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte sowie beim Anbau arbeitsintensiver Sonderkulturen geschaffen. CDU und SPD werden die Rahmenbedingungen dafür optimieren, damit die vorhandenen und noch nicht ausgeschöpften Entwicklungspotenziale besser genutzt werden können. Dazu gehört u.a. die Unterstützung der Tierzucht und Tierhaltung

- 1702 durch die Förderung der Leistungsprüfung und Zuchtwertschätzung. Dies  
 1703 schließt insbesondere die Straffung notwendiger Genehmigungsverfahren  
 1704 wie auch eine breitere Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung der  
 1705 Akzeptanz der Tierhaltung in der Bevölkerung ein.
- 1706 Die Thüringer Landesregierung setzt sich für eine artgemäße, ethisch  
 1707 vertretbare und umweltverträgliche Tierhaltung ein. Die Koalitionspartner  
 1708 vereinbaren, dass die Landesregierung sicherstellt, dass die  
 1709 Landwirtschaftsbetriebe, die Wirtschaftsdünger aus Tierställen anderer  
 1710 Betriebe aufnehmen, einen Verwertungsnachweis für Wirtschaftsdünger zu  
 1711 erbringen haben. Dabei ist die ordnungsgemäße Verwertung sowohl für die  
 1712 vertraglich gebundene Übernahmemenge aus Tierställen Dritter als auch  
 1713 für den im aufnehmenden Betrieb anfallenden Wirtschaftsdünger  
 1714 nachzuweisen.
  - 1715 Darüber hinaus hat die Landesregierung zu prüfen, inwieweit die  
 1716 Regelungen gemäß § 35 und § 201 Baugesetzbuch bei der  
 1717 Förderentscheidung herangezogen werden können. Die Landesregierung  
 1718 wird das Prüfergebnis in die Neubewertung von Förderinstrumentarien  
 1719 einbeziehen.
  - 1720 Die Landwirte profitieren in vielfältiger Weise von erneuerbaren Energien  
 1721 und nachwachsenden Rohstoffen. Mit der Erzeugung von Bioenergie und  
 1722 der stofflichen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen können die  
 1723 Landwirte neue Einkommensquellen erschließen. CDU und SPD werden  
 1724 sich deshalb für die Schaffung von Rahmenbedingungen einsetzen, die  
 1725 unter Berücksichtigung einer gesunden Balance zwischen der Erzeugung  
 1726 von Nahrungsmitteln und der Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen  
 1727 dieses Geschäftsfeld der Landwirte stärkt.
  - 1728 Um die bevorstehenden Herausforderungen zu meistern, vor denen die  
 1729 Land- und Ernährungswirtschaft in den kommenden Jahren steht, braucht  
 1730 Thüringen ein innovationsfreundliches Klima. CDU und SPD werden  
 1731 deshalb gemeinsam mit allen Spitzenverbänden der Branche eine Initiative  
 1732 starten, um ganz gezielt ausgewählte Wertschöpfungsketten in der  
 1733 Thüringer Land- und Ernährungswirtschaft über die spezielle Unterstützung  
 1734 von Forschungs- und Innovationsmaßnahmen zu stärken.
  - 1735 Das von der ackerbaulichen Nutzung von Uferrandstreifen ausgehende  
 1736 Gefährdungspotenzial bzgl. Boden-, Nährstoff- und  
 1737 Pflanzenschutzmitteleintrag in Gewässer soll weiter reduziert werden. Neben  
 1738 der zusätzlichen Schaffung von Grünland ist die zusätzliche Anlage von  
 1739 Kurzumtriebsplantagen im ufernahen Bereich von 5 bis 10 Metern eine  
 1740 besonders wirksame Maßnahme sowohl zum Erreichen dieses Ziels als auch  
 1741 zur Verbesserung des Biotopverbundes im Offenland und zur Erzeugung von  
 1742 Biomasse zur energetischen Nutzung. Sie werden daher bevorzugt gefördert;  
 1743 die Wirksamkeit der neuen Maßnahmen ist durch TLL und TLUG  
 1744 wissenschaftlich zu begleiten und nach drei Jahren zu evaluieren.
  - 1745 Die Landwirtschaft unterliegt zunehmenden Preis- und Witterungsrisiken. Das  
 1746 Thema Risikoversorge gewinnt daher für die landwirtschaftlichen  
 1747 Unternehmen eine immer größere Rolle. Die Koalitionspartner setzen sich  
 1748 deshalb dafür ein, durch die Schaffung entsprechender steuerrechtlicher  
 1749 Regelungen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Landwirte notwendige  
 1750 Rücklagen im Sinne einer Eigenvorsorge bilden können.

- 1751     ▪ CDU und SPD werden den Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen für andere  
1752     Zwecke verringern. Dies soll maßgeblich durch die Koordinierung von  
1753     Ausgleichsmaßnahmen, die Lenkung von großflächigen Baumaßnahmen auf  
1754     industrielle Brachflächen sowie die Rekultivierung vorhandener Flächen  
1755     erfolgen.
  
- 1756     ▪ Die Koalition will die Erschließung der Märkte für Thüringer Lebensmittel und  
1757     Agrarprodukte stärken. CDU und SPD setzen sich deshalb für den weiteren  
1758     Ausbau des Gemeinschaftsmarketings in Thüringen und für eine bundesweit  
1759     abgestimmte Exportförderung ein. Der erfolgreiche Weg des  
1760     Regionalmarketing u. a. mit der Marke „Geprüfte Qualität Thüringen“ wird  
1761     konsequent weiterverfolgt. Die Bündelung von Marktpotenzial, aber auch die  
1762     Verbreiterung der Angebote bei der Direktvermarktung, sollen dabei als  
1763     wichtige Instrumente zur Umsetzung dieser Ziele ausgebaut werden.
  
- 1764     ▪ CDU und SPD wollen die Attraktivität der grünen Berufe stärken. Der  
1765     Gewährleistung einer hohen Ausbildungsqualität und gezielten Maßnahmen  
1766     bei der Nachwuchswerbung für die grünen Berufe kommt dabei eine  
1767     besondere Rolle zu. Geprüft wird, inwieweit noch bessere Voraussetzungen  
1768     zur Berufs- und Fachschulausbildung in den vorhandenen Ausbildungsstätten  
1769     geschaffen werden können.

#### 1770     **14. Forst**

1771     Eine nachhaltige Waldbewirtschaftung ist die Grundlage für die wirtschaftliche  
1772     Nutzung und die vielfältigen Wirkungen des Waldes für Klima, Gewässerschutz,  
1773     Naturschutz und Erholung. CDU und SPD haben folgendes vereinbart:

- 1774     ▪ Im Rahmen der Biodiversitätsstrategie der Bundesrepublik Deutschland sind  
1775     in Thüringen 25.000 ha Wald aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu  
1776     nehmen. Die Koalitionspartner vereinbaren hierzu, dass für die Förderung der  
1777     Artenvielfalt und des Biotopverbundes geeignete Flächen des Landeswaldes  
1778     unter Beachtung betriebswirtschaftlicher Grundsätze bis 2012 identifiziert und  
1779     danach forst- und naturschutzrechtlich so gesichert werden, dass spätestens  
1780     2029 die notwendigen Waldumbaumaßnahmen abgeschlossen und die  
1781     forstwirtschaftliche Nutzung beendet sein werden. Die vertragschließenden  
1782     Parteien stimmen darin überein, dass Forstschutzmaßnahmen und nicht  
1783     forstwirtschaftliche Nutzung in diesen Prozesswäldern dauerhaft möglich sein  
1784     sollen. 2029 ist zu entscheiden, ob Forstschutzmaßnahmen weiterhin  
1785     notwendig bleiben.
  
- 1786     ▪ Die Koalitionspartner sind sich darin einig, das Gemeinschaftsforstamt in  
1787     Thüringen zu erhalten und die forstliche Ausbildung im Bildungszentrum der  
1788     Thüringer Forstverwaltung zu fördern.
  
- 1789     ▪ Der gesellschaftliche Dialog zum Thema „Wald im Wandel – eine Chance für  
1790     Thüringen“ zur Neubewertung der Waldbewirtschaftung im Rahmen der  
1791     nachhaltigen Entwicklung und Abstimmung mit den verschiedenen  
1792     gesellschaftlichen Akteuren wird fortgeführt. Dies beinhaltet die  
1793     Fortschreibung des Thüringer Forstprogramms im Jahre 2010.
  
- 1794     ▪ Waldumbau und Wiederbewaldung nach Kyrill und Borkenkäfer werden unter  
1795     Berücksichtigung klimatischer Änderungen und gesellschaftlicher Ansprüche

- 1796 unter Beibehaltung des bewährten Grundsatzes „Wald und Wild“ konsequent  
1797 fortgesetzt.
- 1798 ■ Eigentumsübergreifende Holzvermarktung über das Gemeinschaftsforstamt  
1799 wird unter Beachtung kartellrechtlicher Vorgaben weitergeführt. Dabei hat die  
1800 regionale Vermarktung nach dem Grundsatz „Holz der kurzen Wege“ Vorrang.  
1801 Intelligente Konzepte der Holzmobilisierung wie z.B. im Projekt  
1802 „Privatwaldmobilisierung“ sind weiterzuentwickeln. Dadurch können neue  
1803 Arbeitsplätze geschaffen und zugleich mindestens 40.000 Arbeitsplätze  
1804 erhalten werden.
- 1805 ■ Bei der Verwertung des nachwachsenden Rohstoffs Holz soll das  
1806 Kaskadenprinzip – erst stofflich dann energetisch verwerten –, verstärkt zur  
1807 Anwendung gebracht werden. Dabei gilt der Vorrang von dezentraler bzw.  
1808 regionaler vor zentraler Verwertung insbesondere bei wärmegeführten  
1809 Anlagen.
- 1810 ■ Die Vorgaben des Thüringer Waldgesetzes in Verbindung mit der  
1811 Zertifizierung nach PEFC reichen aus, um flächendeckend eine nachhaltige  
1812 und umweltgerechte Holznutzung durchzuführen. Daher sind weitergehende  
1813 Forderungen abzulehnen.
- 1814 ■ Mit dem Konzept „Forsten und Tourismus“ wird die touristische Infrastruktur im  
1815 ländlichen Raum stetig fortentwickelt und optimiert. Zur Minimierung von  
1816 Konflikten wird dabei mittels Abstimmungsprozessen ein Interessenausgleich  
1817 zwischen den Belangen der Waldbesitzer und den Ansprüchen der  
1818 Gesellschaft herbeigeführt.
- 1819 ■ Die Sensibilisierung der Gesellschaft für die Belange des Waldes und seiner  
1820 Besitzer ist ein Schwerpunkt forstlicher Öffentlichkeitsarbeit. Umweltbildung  
1821 und Waldpädagogik vermitteln dazu anschaulich Fakten, Wissen sowie Werte  
1822 und helfen so, Interesse und Verständnis für Wald, Natur und deren Nutzer zu  
1823 erzeugen.
- 1824 ■ Auf Basis eines langfristigen Personalentwicklungskonzepts wird zeitnah ein  
1825 angemessener Einstellungskorridor für Forstbedienstete und Waldarbeiter  
1826 geschaffen.

## 1827 **15. Naturschutz**

1828 Der Freistaat Thüringen hat eine einmalige Naturlandschaft. Wir alle stehen in der  
1829 Verantwortung, diese einzigartigen Natur- und Kulturlandschaften zu schützen.  
1830 Bisher wurden auf rund einem Drittel der Landesfläche ein Nationalpark, zwei  
1831 Biosphärenreservate und fünf Naturparke eingerichtet. Vier Naturparke in Thüringen  
1832 können inzwischen auf ein Qualitätszertifikat verweisen. Der Nationalpark Hainich mit  
1833 dem Baumkronenpfad ist ein einzigartiger Besuchermagnet geworden. Thüringen hat  
1834 mit 763 km den größten Anteil aller Länder am „Grünen Band“, dem ehemaligen  
1835 innerdeutschen Grenzstreifen. CDU und SPD haben sich erfolgreich für die  
1836 Flächenübertragung vom Bund an das Land eingesetzt. Mit dem „Leitbild zur Zukunft  
1837 des Grünen Bandes“ nimmt Thüringen eine Vorreiterrolle ein. CDU und SPD haben  
1838 folgendes in diesem Bereich vereinbart.

- 1839 ■ Die Ausweisung des Naturparks Eichsfeld-Hainich-Werratal soll im Jahre 2011  
1840 abgeschlossen werden.

- 1841  
1842  
1843  
1844  
1845
- Um den Folgen des Klimawandels zu begegnen, sind in Thüringen Waldumbaumaßnahmen auf einer Fläche von mehr als 100.000 ha erforderlich. Hierbei sind insbesondere Belange der Forstwirtschaft, des Naturschutzes und des Tourismus zu berücksichtigen. Dieser Prozess soll an herausragender Stelle beispielhaft gestaltet werden.
- 1846  
1847  
1848  
1849  
1850  
1851  
1852  
1853
- Die Koalitionspartner vereinbaren daher, das Biosphärenreservat Vessertal innerhalb der nächsten 20 Jahre auf einer Fläche von bis zu 13.000 ha zu einem Entwicklungsnationalpark umzugestalten. Dabei wird die Gesamtsummierung auf die vom MAB-Nationalkomitee geforderte Größe erweitert. Hierzu wird bis 2012 ein moderierter Diskussionsprozess durchgeführt, in den Region, Wissenschaft, Wirtschaft und Tourismus einbezogen werden. Anschließend ist über die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Entwicklungsnationalpark zu entscheiden.
- 1854  
1855  
1856  
1857  
1858  
1859  
1860  
1861
- Die Koalitionspartner sind sich darin einig, im Südharz keine weitere Verritzung für den Gipsabbau zuzulassen. Hierfür nutzt die Landesregierung alle geeigneten rechtlichen und planerischen Maßnahmen. Die Koalitionspartner vereinbaren darüber hinaus, dass die Landesregierung bis 2012 die Einrichtung eines Biosphärenreservats Südharz prüft. In einen moderierten Diskussionsprozess sollen die Bürger der Region, Wissenschaft, Wirtschaft und Tourismus einbezogen werden. 2012 soll über die Einrichtung eines Biosphärenreservats Südharz entschieden werden.
- 1862  
1863  
1864  
1865
- Die Koalitionspartner stimmen darin überein, den guten Stand beim Schutz der Natur weiter zu entwickeln. Um die Rolle des Naturschutzes zu stärken, ist ihm im Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt ein größeres strukturelles Gewicht zu verleihen.
- 1866  
1867  
1868  
1869  
1870  
1871
- Der Schutz der besonderen Naturlandschaften soll verstärkt und erweitert, das Nationale Naturerbe erhalten und ausgebaut werden. Die Stiftung Naturschutz Thüringen ist ein wichtiges Instrument zur Umsetzung der Naturschutzziele des Landes. Die Koalitionspartner sind sich in dem Ziel einig, das Kapital der Stiftung Naturschutz deutlich aufzustocken. Hierzu gilt es noch, die Finanzierung sicherzustellen.
- 1872  
1873  
1874  
1875  
1876  
1877  
1878  
1879  
1880  
1881  
1882
- Naturschutzgroßprojekte mit Unterstützung des Bundes oder der EU-Kommission (LIFE-Projekte) wurden bislang in Thüringen mit großem Erfolg zur Sicherung der biologischen Vielfalt Thüringens eingesetzt und dabei aufgrund hoher Förderung kostengünstig umgesetzt. Mit der Übernahme der Bundesflächen im Grünen Band hat Thüringen eine Vorreiterrolle und zugleich eine Verpflichtung übernommen. Die Koalitionspartner sind sich darin einig, den Biotopverbund des Grünen Bandes Thüringen als Teil des nationalen Naturerbes wie auch als Lernort der Zeitgeschichte zu bewahren und weiter zu entwickeln. Dabei sollen die Menschen vor Ort einbezogen werden, um nicht zuletzt auch die Chancen des Grünen Bandes als positiven Standortfaktor nutzen zu können.
- 1883  
1884  
1885  
1886  
1887  
1888
- Die Koalitionspartner sind sich darin einig, die Bewerbungen des Nationalparks Hainich zur Aufnahme in die UNESCO-Welterbe-Liste zu unterstützen und zu deren Erfolg beizutragen. Die Koalitionspartner sind sich einig, die Thüringer Strategie für die Biologische Vielfalt als umfassende und die Politik der Thüringer Landesregierung mitbestimmende Landesstrategie fortzuentwickeln. Maßgabe ist hierbei die von der Bundesregierung 2007

1889 verabschiedete Naturschutzstrategie. Für die Biodiversitätsstrategie in  
1890 Thüringen ist bereits ein Fachkonzept erstellt. Nach einvernehmlicher  
1891 Bewertung des Konzeptes erscheint eine Verabschiedung der Strategie 2010  
1892 politisch möglich.

1893 ■ Die Koalitionspartner sind sich einig, den Biotopverbund in Thüringen zu  
1894 erhalten und zu stärken, um insbesondere wandernde Tierarten wie die  
1895 Wildkatze zu schützen. Auch die Thüringer Gewässer und deren Uferzonen  
1896 sind wichtige Bestandteile des Thüringer Biotopverbundnetzes und müssen  
1897 als solche bewahrt werden. Der Biotopverbund im Freistaat ist im Thüringer  
1898 Naturschutzgesetz aufgenommen. Eine Aufnahme in den  
1899 Landesentwicklungsplan soll erreicht werden.

1900 ■ Die Koalitionspartner sind sich einig, das Naturschutzgroßprojekt „Hohe  
1901 Schrecke“ im Zuge der Erstellung des Pflege- und Entwicklungsplanes zu  
1902 sichern. Die Thüringer Landesregierung wird die Thüringer Kommunen bei der  
1903 Klärung der Eigentumsfrage zu Flächen der Hohen Schrecke unterstützen.  
1904 CDU und SPD wollen eine zeitnahe Lösung der noch offenen  
1905 Eigentumsfragen in der Hohen Schrecke. Das Land soll dazu alle  
1906 Maßnahmen einleiten, um diese Eigentumsfragen als Voraussetzung der  
1907 weiteren Auszahlung der Fördermittel im Rahmen des Wettbewerbs  
1908 Idee.natur zu klären. Dazu soll insbesondere die Klage der Kommunalaufsicht  
1909 gegen die Ausübung des Vorkaufsrechts der Kommunen beigelegt werden.  
1910 Flächen im Bereich der Hohen Schrecke sollen möglichst im Eigentum der  
1911 öffentlichen Hand bleiben. Wenn ein Verkauf unvermeidlich sein sollte, sind  
1912 dabei streng abgestimmte Naturschutzauflagen zu vereinbaren und zu  
1913 sichern.

1914 ■ Von den Koalitionsparteien wird das Modellvorhaben chance.natur  
1915 (Bundesförderung Naturschutzgroßprojekte im Programm „idee natur“) Hohe  
1916 Schrecke insbesondere unterstützt durch:

1917 - intensive Bemühungen zur raschen Lösung von offenen  
1918 Eigentumsfragen,  
1919 - einen bis auf weiteres geltenden Verzicht auf weitere Veräußerungen  
1920 von im Eigentum des Landes/der LEG befindlichen Flächen, sofern  
1921 diese nicht im Zusammenhang mit der Lösung der offenen  
1922 Eigentumsfragen stehen,  
1923 - Aussetzen weiterer forstwirtschaftlicher Nutzung bis zur Fertigstellung  
1924 des Pflege- und Entwicklungsplanes (Phase 1 des  
1925 Naturschutzgroßprojektes) zur Verbesserung der Planungssicherheit.

1926 ■ Der Tierschutz ist eine wichtige Aufgabe, die Arbeit der Tierschutzvereine und  
1927 Tierheime ist vor allem für den Schutz der Haustiere unerlässlich. Für eine  
1928 angemessene Unterstützung des Tierschutzes in Thüringen werden sich CDU  
1929 und SPD einsetzen.

## 1930 **16. Umwelt**

1931 Grundlage für die Umweltpolitik der Koalition bildet das Leitbild der nachhaltigen  
1932 Entwicklung. Daher kommt der Nachhaltigkeitsstrategie des Freistaats Thüringen  
1933 höchste Priorität zu.

- 1934 Die Koalitionsparteien orientieren sich in ihrer Umweltpolitik am Leitbild der  
 1935 nachhaltigen Entwicklung. Die Sicherung und die Pflege der natürlichen  
 1936 Lebensgrundlagen, der Schutz von Artenvielfalt und natürlicher Lebensräume, eine  
 1937 intakte Natur, reine Luft und saubere Gewässer sind unerlässliche Voraussetzungen  
 1938 für hohe Lebensqualität und eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung. Vor  
 1939 dem Hintergrund des Kyoto-Protokolls will die Koalition die ihr zur Verfügung  
 1940 stehenden Möglichkeiten nutzen, um mit einer verantwortungsbewussten Umwelt-  
 1941 und Energiepolitik einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.
- 1942 Die Parteien sind sich darüber im Klaren, dass Umweltrecht im Wesentlichen auf EU-  
 1943 und nationaler Ebene fortentwickelt wird. Zu Schwerpunktbereichen der  
 1944 Umweltpolitik auf Thüringer Ebene vereinbaren CDU und SPD folgendes:
- 1945       ▪ Gemeinsames Ziel ist es, die Werra bis 2020 wieder zu einem naturnahen  
 1946 Gewässer zu machen. Dabei ist der Bau einer Abwasser-Fernleitung (z.B.  
 1947 Nordsee-Pipeline) von zentraler Bedeutung für eine signifikante Absenkung  
 1948 der Werraversalzung. Das Land wird darauf hinwirken, die Voraussetzungen  
 1949 für die Genehmigungsfähigkeit und Machbarkeit der Leitung zu schaffen. Die  
 1950 jeweils notwendigen Übergangslösungen und Grenzwertfestsetzungen bis zur  
 1951 Erreichung einer nachhaltigen Entsorgung sind so zu gestalten, dass die  
 1952 Produktion und die Arbeitsplätze in der Region gesichert und die Werra  
 1953 bestmöglichst entlastet wird.
  - 1954       ▪ Der Freistaat errichtet eine Thüringer Energie-, Klima- und Green-Tech-  
 1955 Agentur als ein zentrales Informations- und Demonstrationszentrum für  
 1956 erneuerbare Energien und grüne Technologien. Es soll das vorhandene  
 1957 Know-how schneller verbreiten, Sicherheit bei – insbesondere kommunalen –  
 1958 Investitionen herstellen und in eine Strategie für den ländlichen Raum  
 1959 eingepasst werden. Diese Agentur wird in gemeinsamer Verantwortung vom  
 1960 für Wirtschaft und vom für Landwirtschaft zuständigen Minister auf den Weg  
 1961 gebracht.
  - 1962       ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, dass Klimaschutz und die  
 1963 Implementierung des Klimaanpassungsprogramms einen Schwerpunkt der  
 1964 Umweltpolitik in der Legislaturperiode bilden werden. Insbesondere gilt es, die  
 1965 Maßnahmen des Thüringer Klimaanpassungsprogramms mit der Öffentlichkeit  
 1966 zu diskutieren und ab 2012 zielgerichtet umzusetzen, das Thüringer  
 1967 Hochwasserschutzprogramm fortzuschreiben und finanziell angemessen  
 1968 auszustatten. Insbesondere soll die Rückhaltefunktion der Flussauen verstärkt  
 1969 werden.
  - 1970       ▪ Gemeinsames Ziel der Koalitionspartner ist es, stabile, einheitliche und  
 1971 wettbewerbsfähige Fernwasserpreise auch nach 2012 zu sichern. Eine  
 1972 Privatisierung der Fernwasserversorgung wird nicht verfolgt.
  - 1973       ▪ Die Koalitionspartner stimmen überein, dass den betroffenen Thüringer  
 1974 Kommunen im Hinblick auf die Umweltauswirkungen des Müllheizkraftwerks  
 1975 Heringen alle Informationen zur Verfügung gestellt werden.
  - 1976       ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, dass auch künftig im ländlichen Raum  
 1977 Fördermittel im Abwasserbereich für die Aufgabenträger und Bürger zur  
 1978 Verfügung gestellt werden müssen. In die Entscheidung über künftige  
 1979 Entsorgungsvarianten werden die betroffenen Bürger einbezogen.

- 1980
  - 1981
  - 1982
  - 1983
  - 1984
  - 1985
  - 1986
  - 1987
  - 1988
  - 1989
  - 1990
  - 1991
  - 1992
  - 1993
  - 1994
  - 1995
  - 1996
  - 1997
  - 1998
- Die Strukturen der regionalen Zweckverbände im Bereich der Abfallwirtschaft haben sich bewährt. Diese Strukturen sind leistungsfähig und können zusätzliche Aufgaben übernehmen wie z.B. die Überwachung und Rekultivierung von Altdeponien. CDU und SPD begrüßen Initiativen zur Gründung eines gemeinsamen Abfallzweckverbandes in Mittelthüringen, wie er in den anderen Thüringer Planungsregionen auch existiert.
  - Im Bereich Abfallwirtschaft nimmt das Land auch in Zukunft seine moderierende Rolle wahr. Unser Ziel ist es, die in Thüringen vorhandenen Abfallbehandlungs- und Deponiekapazitäten sinnvoll auszulasten, um die Gebührenzahler nicht unverhältnismäßig zu belasten.
  - Bodenschutz und Altlastensanierung sind auch in Zukunft eine zentrale Aufgabe des Umweltschutzes und der wirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftsförderung) und daher auf hohem Niveau fortzuführen. Die Strukturen der Altlastenfreistellung und der damit verbundenen Sanierung haben sich bewährt. Sie sollten beibehalten und in gleicher Richtung fortentwickelt werden. Die gegenwärtig laufenden Nachverhandlungen mit dem Bund haben zum Ziel, die Bundesbeteiligung an den im Generalvertrag vereinbarten Sanierungsprojekten dem bei der Umsetzung gemeinsam ermittelten gestiegenen Kostenrahmen anzupassen.

## 1999 **17. Inneres**

### 2000 Innere Sicherheit

2001 Sicherheit ist eine große Stärke Thüringens. Das Risiko, Opfer eines Verbrechens zu  
 2002 werden, ist vergleichsweise gering, die Aufklärungsquote ist deutschlandweit die  
 2003 zweithöchste. Feuerwehr und Rettungsdienste tragen wesentlich zur  
 2004 Gefahrenabwehr und Hilfe in Notsituationen bei. Diesen hohen Standard wollen wir  
 2005 dauerhaft sichern. Dazu haben CDU und SPD folgendes vereinbart:

- 2006
  - 2007
  - 2008
  - 2009
  - 2010
  - 2011
  - 2012
  - 2013
  - 2014
  - 2015
  - 2016
  - 2017
  - 2018
  - 2019
  - 2020
  - 2021
  - 2022
  - 2023
  - 2024
- Die hohen Sicherheitsstandards sollen weiter ausgebaut werden. Die Präsenz der Polizei auf der Straße hat für beide Koalitionspartner oberste Priorität. Daher bleiben die Basisdienststellen erhalten.
  - Es besteht Einigkeit, dass das Thüringer Innenministerium bis Ende 2010 eine Strukturreform erarbeitet, um etwaige Optimierungspotenziale freizusetzen. Parallel hierzu sollen ein Personalentwicklungskonzept erarbeitet, eine bedarfsgerechte Ausbildung des Polizeinachwuchses sichergestellt und insbesondere die Beschlüsse der IMK berücksichtigt werden. In dem Personalentwicklungskonzept sollen insbesondere Lösungsansätze zur Reduzierung der zu hohen Zahl der eingeschränkt dienstfähigen Vollzugsbeamten sowie Maßnahmen zur Reduzierung des Krankenstands im Polizeivollzugsdienst formuliert werden.
  - Die Koalitionspartner sorgen für die Ausbildung einer bedarfsgerechten Anzahl von Polizeinachwachskräften. In diesem Zusammenhang besteht Einigkeit, dass bis Ende 2010 das Stellenabbaukonzept (SSL) für den Bereich der Polizei ausgesetzt bleibt und danach eine Neuberechnung unter Berücksichtigung der oben genannten Faktoren erfolgt. Der Bachelor-Prozess bei der Aus- und Fortbildung der Thüringer Polizei wird konsequent fortgesetzt.

- 2025     ▪ Über eine Strukturreform der Polizei entscheidet der Thüringer Landtag in  
2026     dieser Legislatur durch oder aufgrund eines Gesetzes. Die SPD sichert zu, die  
2027     diesbezüglich anhängige Klage vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof  
2028     zurückzunehmen.
  
- 2029     ▪ Das Polizeiaufgabengesetz wird novelliert, dabei wird insbesondere auf den  
2030     unantastbaren Schutz des Kernbereichs geachtet. Gemeinsam mit  
2031     Betroffenen sollen die Möglichkeiten eines besseren Schutzes von  
2032     Berufsgeheimnisträgern besprochen und unter Berücksichtigung der  
2033     Rechtsprechung überarbeitet werden.
  
- 2034     ▪ Es besteht Einigkeit, dass eine bessere Vernetzung der Sicherheitsbehörden  
2035     sowohl innerhalb Thüringens angestrebt als auch länderübergreifend geprüft  
2036     wird.
  
- 2037     ▪ Kontaktbereichsbeamte werden weiter im ländlichen Raum für Sicherheit  
2038     sorgen und als zuverlässige Ansprechpartner den Bürgerinnen und Bürger zur  
2039     Seite stehen. Die diesbezüglichen Planstellen bleiben erhalten und werden  
2040     besetzt.
  
- 2041     ▪ Die Polizeibeamten sollen von vollzugsfremden Verwaltungsaufgaben  
2042     entlastet werden.
  
- 2043     ▪ Die Koalitionspartner streben an, die Verantwortung der kommunalen  
2044     Ordnungsbehörden zu stärken. Ihre intensivere Zusammenarbeit mit der  
2045     Thüringer Polizei soll durch eine Novelle des Ordnungsbehördengesetzes  
2046     ermöglicht werden.
  
- 2047     ▪ Thüringen braucht einen effektiv arbeitenden Verfassungsschutz. Die  
2048     angestrebte bessere Vernetzung der Sicherheitsbehörden bezieht sich  
2049     ausdrücklich auch auf den Bereich des Verfassungsschutzes.
  
- 2050     ▪ Es besteht Einigkeit, dass das Thüringer Verfassungsschutzgesetz novelliert  
2051     wird. Ziel ist es, eine Stärkung der Kontrollrechte des Parlaments  
2052     sicherzustellen. Die Neuregelung soll sich an der Neugestaltung der  
2053     parlamentarischen Kontrollrechte im Deutschen Bundestag orientieren. In  
2054     diesem Zusammenhang ist zudem zu prüfen, ob Verstöße gegen das  
2055     Kontrollrecht strafrechtlich sanktioniert werden sollen. Das Trennungsgebot  
2056     zwischen Polizei und Verfassungsschutz wird eng ausgelegt.
  
- 2057     ▪ Die Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erfordert die  
2058     entschlossene Auseinandersetzung mit allen Gegnern dieser Ordnung. Die  
2059     Koalitionspartner sind sich einig, dass ein wirksames Vorgehen gegen  
2060     Extremismus und Gewalt notwendig ist. Die Grundlage ihres Handelns bildet  
2061     die von allen Fraktionen getragene Erklärung des fünften Thüringer Landtags  
2062     für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen.
  
- 2063     ▪ Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste werden schrittweise mit digitaler  
2064     Informationstechnik ausgestattet. Es besteht Einigkeit, dass für den Bereich  
2065     der Polizei eine Priorität besteht. Bei der Realisierung des Digitalfunks ist in  
2066     besonderer Weise auf die in diesem Zusammenhang entstehenden  
2067     Folgekosten zu achten.
  
- 2068     ▪ Gemeinsame Rettungsleitstellen sollen ermöglicht werden, wenn zwischen  
2069     den jeweiligen kommunalen Gebietskörperschaften Konsens besteht. Dies

- 2070 schließt die Zusammenarbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten  
2071 ein.
- 2072  
2073  
2074  
2075  
2076
- Die Koalitionspartner sind sich des unschätzbaren Wertes der Arbeit der Thüringer Feuerwehren und Rettungsdienste bewusst. Sie unterstützen das hohe ehrenamtliche Engagement in diesen Bereichen und begrüßen die Einführung der Ehrenpension für Mitarbeiter der Freiwilligen Feuerwehren zum 1. Januar 2010.
- 2077  
2078  
2079
- Die Thüringer Feuerwehren und Rettungsdienste sollen auch in Zukunft die notwendige Unterstützung des Landes erhalten. In diesem Zusammenhang besteht Einigkeit, dass der Nachwuchsförderung Priorität beigemessen wird.
- 2080
- Die Landesfeuerweherschule wird in ihrem Bestand gesichert.
- 2081 Öffentlicher Dienst, Bürgerrechte
- 2082 CDU und SPD setzen sich für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst und eine  
2083 bürgernahe Verwaltung ein. Sie wollen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger  
2084 stärken:
- 2085  
2086  
2087  
2088
- Das Beamtenrecht wird novelliert. Die Koalitionspartner streben ein modernes und leistungsgerechtes Beamtenrecht an. Die Novelle soll die länderübergreifende Wettbewerbsfähigkeit insbesondere zur Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst sichern.
- 2089  
2090  
2091  
2092
- Eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche bei Beamten wird geprüft; im Falle einer solchen Rückkehr wird unter dem Aspekt der Gleichbehandlung mit den nicht beamteten Bediensteten im öffentlichen Dienst ein Zusammenhang mit der Angleichung der Lebensarbeitszeiten gesehen.
- 2093  
2094  
2095  
2096  
2097  
2098  
2099  
2100
- Motivierte Mitarbeiter sind das Fundament des öffentlichen Dienstes. Die Koalitionspartner sehen es daher als eine der vornehmsten Aufgaben der jeweiligen Behördenleitungen an, dass diese mit ihren Mitarbeitern eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Um dies zu sichern, wird das Personalvertretungsgesetz im öffentlichen Dienst in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen novelliert. Die Rechte der Personalvertretungen werden gestärkt. Ziel ist ein zukunftsorientiertes und flexibles Personalvertretungsrecht für Thüringen.
- 2101  
2102  
2103
- Die Koalitionspartner sind sich einig, dass im Zuge der Gesetzesnovelle auch Zeitarbeiter dem Personalvertretungsrecht des öffentlichen Dienstes unterfallen.
- 2104  
2105  
2106  
2107  
2108
- Die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare werden gestärkt. Es besteht Einigkeit, dass Lebenspartnerschaften zukünftig vor dem Standesamt geschlossen werden können. Versorgungsansprüche von Beamten werden entsprechend der noch ausstehenden bundesgesetzlichen Regelung ausgearbeitet.
- 2109  
2110  
2111
- Die Landesregierung hilft, Klarheit über die bestehenden rechtlichen Mitwirkungsmöglichkeiten bei der direkt-demokratischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen zu schaffen.
- 2112  
2113
- Das Thüringer Gesetz über den Bürgerbeauftragten wird novelliert. Die Funktion des Bürgerbeauftragten wird um die Funktion eines

- 2114 Demokratiebeauftragten erweitert. Er informiert künftig auch über die  
2115 Möglichkeiten direkt demokratischer Beteiligung.
- 2116 ▪ Beide Seiten stimmen darin überein, die Regelungen des bestehenden  
2117 Informationsfreiheitsgesetzes in dieser Legislatur zu evaluieren und zu  
2118 novellieren sowie die Informationsfreiheitsrechte zu stärken.
- 2119 ▪ Die Aufgaben des Thüringer Datenschutzbeauftragten werden erweitert. Er  
2120 übernimmt zusätzlich die Funktion eines Informationsfreiheitsbeauftragten und  
2121 dient den Bürgern als Ansprechpartner bei Fragen rund um den Zugang zu  
2122 behördlichen Informationen.
- 2123 ▪ Das Thüringer Datenschutzgesetz wird novelliert. Es wird den veränderten  
2124 Anforderungen an die Verwendung personenbezogener Daten und an die  
2125 aktuelle Rechtsprechung angepasst.

2126 Migration und Asyl

- 2127 ▪ Die Landesregierung sorgt für eine gelingende Integration aller, die dauerhaft  
2128 hier leben wollen. Dies gilt auch für Spätaussiedler.
- 2129 ▪ Die Bedingungen für die Unterbringung von Asylbewerbern müssen auf ein  
2130 verbessertes einheitliches Niveau gebracht werden. Die Landesregierung legt  
2131 nach Amtsantritt eine Verordnung über Mindeststandards und die soziale  
2132 Betreuung und Beratung von Flüchtlingen und Asylsuchenden vor.
- 2133 ▪ Es werden Sprachkurse angeboten.
- 2134 ▪ Es wird in besonderer Weise darauf geachtet, dass Kinder Asylsuchender den  
2135 Schulunterricht besuchen.
- 2136 ▪ Die geltende Residenzpflicht für Asylbewerber wird im räumlichen Bezug  
2137 erweitert.

2138 **18. Kommunales**

2139 Thüringen ist durch seine Städte, Dörfer und vielgestaltigen ländlichen Regionen  
2140 geprägt. Die Kommunen sind die ersten Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger  
2141 in öffentlichen Belangen und entscheiden mit über die Lebensqualität vor Ort.  
2142 Leistungsfähige Kommunen, mit denen die Menschen sich identifizieren, bleiben ein  
2143 Ziel der CDU und der SPD:

- 2144 ▪ Beide Seiten stimmen darin überein, dass im Bereich der  
2145 Straßenausbaubeiträge für die Zukunft eine gesetzliche Regelung gefunden  
2146 werden muss, die bürgerfreundlich, juristisch einwandfrei und für das Land  
2147 finanzierbar ist. Gemeinsam sollen die insoweit bestehenden Möglichkeiten  
2148 bis Ende 2010 ausgelotet werden und in einen konkreten Lösungsvorschlag  
2149 einmünden. Die Interessenverbände sollen hierzu frühzeitig eingebunden  
2150 werden.
- 2151 ▪ CDU und SPD wollen das Ehrenamt des Bürgermeisters stärken. Die  
2152 Landesregierung erarbeitet eine Bundesratsinitiative, die die  
2153 Sozialversicherungsfreiheit der ehrenamtlichen Bürgermeister sichert. Die  
2154 Stichwahl wird wieder eingeführt.

- 2155  
2156  
2157  
2158  
2159  
2160  
2161  
2162  
2163
- Die Landesregierung lässt im Licht der demographischen Entwicklung, der allgemeinen Haushaltsentwicklung und vor dem Hintergrund der Degression des Solidarpaktes II durch unabhängige Gutachter prüfen, ob, in welchem Umfang und in welchem Zeitrahmen eine Funktional- und Gebietsreform zu Einsparungen und Effizienzgewinnen auf kommunaler Ebene und im Landeshaushalt führt. In Auswertung dieses Gutachtens wird die Landesregierung eine Entscheidung über weitergehende Maßnahmen treffen. Die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement vor Ort muss dabei berücksichtigt werden.

## 2164 **19. Landesentwicklung und Verkehr**

### 2165 Moderne Infrastrukturen und nachhaltige Siedlungsentwicklung

2166 Ziel der Infrastrukturpolitik des Landes ist die Schaffung gleichwertiger Lebens- und  
2167 Arbeitsbedingungen und die Sicherung der Daseinsvorsorge in allen Teilen  
2168 Thüringens. Dazu ist eine nachhaltige und bedarfsgerechte Modernisierung der  
2169 Infrastruktur notwendig. Mit leistungsfähiger Infrastruktur fördern wir die weitere  
2170 wirtschaftliche Entwicklung. Wir schaffen die Voraussetzung für die Ansiedlung neuer  
2171 Unternehmen und moderner Arbeitsplätze. Die Qualität der Infrastruktur entscheidet  
2172 aber auch über die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden sowie  
2173 darüber, ob es gelingt, junge Menschen zum Hierbleiben zu bewegen und den  
2174 Fachkräftenachwuchs in Thüringen zu sichern. CDU und SPD haben folgendes  
2175 vereinbart:

- 2176  
2177  
2178  
2179  
2180  
2181  
2182  
2183  
2184  
2185  
2186  
2187  
2188  
2189
- Thüringen soll zum „grünen Motor“ Deutschlands werden. Das muss sich auch im Städte- und Wohnungsbau widerspiegeln. In Thüringen steht die Wiege des Bauhauses. An diese Tradition wollen wir anknüpfen. Thüringen soll zu einer Zukunftswerkstatt für den Städte- und Wohnungsbau werden. Demographischer Wandel und Klimawandel verlangen gerade in diesen Bereichen ein neues Denken hin zu mehr Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und qualitätsvollem Bauen. Als Ideenschmiede für die Entwicklung von Materialien, Prozessen und Methoden des modernen Bauens reagiert Thüringen auf die ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Mit der Bauhaus-Universität Weimar verfügt Thüringen über einen wichtigen Impulsgeber. Das Land richtet seine Programme, Wettbewerbe, Preise und Ausstellungen an einer Modernisierungsstrategie aus, die Energieeffizienz, Baukultur, Funktionalität und Nachhaltigkeit beinhaltet.
- 2190  
2191  
2192  
2193  
2194  
2195  
2196
- Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise muss die bedarfsgerechte Modernisierung Thüringens konsequent vorangetrieben werden. Die investiven Möglichkeiten der Landespolitik müssen ausgeschöpft werden. Mit dieser investitionsorientierten Politik wird die Daseinsvorsorge für die Menschen in Thüringen für die kommenden Jahre gesichert. Dabei tragen CDU und SPD den sozialen, ökonomischen, ökologischen und demografischen Erfordernissen und Bedarfen Rechnung.
- 2197  
2198  
2199  
2200
- Die Verkehrsinfrastruktur muss zügig weiter modernisiert werden. Insbesondere die weitere soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes hängt in hohem Maße von der Qualität der verkehrlichen Infrastruktur ab. Der öffentliche Nahverkehr hat hier eine besondere Bedeutung, gerade um

2201 gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes und für alle  
2202 Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

2203     ▪ In der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik gilt es, die Städte und ihr  
2204 Umland sowie die Gemeinden auch bei sinkenden Einwohnerzahlen weiterhin  
2205 attraktiv und lebenswert zu erhalten. Entwicklungsimpulse müssen künftig  
2206 noch stärker als bisher konzentriert werden, um dort die wichtigsten  
2207 Funktionen der Wirtschaft, der Infrastruktur und der Versorgung zu bündeln.

2208     ▪ Für eine zukunftsfähige Entwicklung Thüringens bedarf es einer  
2209 querschnittsorientierten und fachübergreifenden Landesplanung.

## 2210 Landesplanung

2211 Die Landesplanung soll stärker als bisher zu einem Instrument der nachhaltigen  
2212 räumlichen Entwicklung des Freistaates werden und zum effektiven Einsatz der  
2213 entsprechenden öffentlichen Mittel führen. Vor allem angesichts der demografischen  
2214 Entwicklung und der durch die Wirtschafts- und Finanzkrise veränderten  
2215 Bedingungen gewinnt eine funktionierende, effiziente und effektive Landesplanung  
2216 an Bedeutung. CDU und SPD haben folgendes beschlossen:

2217     ▪ Die Raumordnung ist in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung zu  
2218 modernisieren. Eine der zentralen Leitvorstellungen muss eine größere  
2219 Effizienz beim Ressourcenverbrauch, bei der Nutzung von Energie und beim  
2220 Flächenverbrauch sein. Im Landesentwicklungsprogramm (LEP) sind  
2221 Leitlinien für eine nachhaltige Entwicklung und die Leitvorstellung einer  
2222 nachhaltigen Raumentwicklung zu verankern. Ziele und Grundsätze der  
2223 Raumordnung und Landesplanung sind hieran auszurichten. Alle öffentlichen  
2224 Maßnahmen sind zukünftig auch unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit  
2225 zu prüfen. Leitvorstellung muss eine an ökologischen, sozialen und  
2226 nachhaltigen Kriterien orientierte Entwicklung sein. Erneuerbare Rohstoffe und  
2227 Energieträger müssen zunehmend fossile Rohstoffe und Energieträger  
2228 ersetzen. Darüber hinaus müssen Belastungen der Umwelt vermieden und auf  
2229 ein Maß verringert werden, das die Leistungsfähigkeit der Umwelt auf Dauer  
2230 erhält.

2231     ▪ CDU und SPD werden das Landesentwicklungsprogramm bis zum 30. Juni  
2232 2012 fortschreiben. Ziel dieses neuen Landesentwicklungsprogramms muss  
2233 es sein, ausgehend von der demographischen Entwicklung die zentralen Orte  
2234 zu stärken. Dabei sind gewachsene Strukturen zu berücksichtigen. Die  
2235 Kriterien zur Ausweisung zentraler Orte und das ZOS sind zu überprüfen und  
2236 weiter zu entwickeln.

2237     ▪ Öffentliche Investitionen sind auf Entwicklungsachsen zu konzentrieren.  
2238 Fachplanungen und Förderpolitik haben die Vorgaben und Ausweisungen der  
2239 Landesplanung zu beachten bzw. sind mit diesen abzustimmen.

2240     ▪ Die Landesplanung befördert den Ausbau erneuerbarer Energien durch  
2241 Ausweisung geeigneter Flächen für die ober- und untertägige  
2242 Energiegewinnung und unterstützt den ländlichen Raum als Energielieferant.

2243     ▪ CDU und SPD sehen in der Landesplanung ein wichtiges Instrument zur  
2244 Stärkung erneuerbarer Energien und zur Erreichung der energiepolitischen  
2245 Ziele des Landes. Die Nutzung der erneuerbaren Energien soll in den Zielen  
2246 und Grundsätzen der Landesplanung verankert werden. Die rechtlichen und

- 2247 planerischen Rahmenbedingungen für das repowering, also das Ersetzen  
 2248 vorhandener Windkraftanlagen durch neue, leistungsfähigere  
 2249 Windkraftanlagen, sind unter Berücksichtigung naturräumlicher  
 2250 Gegebenheiten zu verbessern. Dazu gehören auch eine Prüfung und  
 2251 Identifizierung von Vorranggebieten für den Ausbau der Windenergie.
- 2252 ▪ Die Metropolregion Mitteldeutschland ist durch geeignete Maßnahmen zu  
 2253 stärken.
- 2254 ▪ CDU und SPD stärken die Regionalplanung und die regionalen  
 2255 Planungsgemeinschaften.
- 2256 ▪ Ein wichtiger Baustein der Regionalentwicklung im Freistaat Thüringen sind  
 2257 die regionalen Entwicklungskonzepte. In vielen Regionen bilden sie die  
 2258 Grundlage für eine interkommunale Kooperation, insbesondere in den Stadt-  
 2259 Umland-Räumen. Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass diese  
 2260 Maßnahmen auch in Zukunft fortgeführt werden sollen.
- 2261 ▪ Ungesteuerte Suburbanisierungsprozesse sollen verhindert werden.  
 2262 Unvermeidbare zusätzliche Flächeninanspruchnahme soll sich an den  
 2263 Grundsätzen der Innenentwicklung und Eigenentwicklung der Gemeinden  
 2264 orientieren.
- 2265 ▪ Die Entwicklung kostengünstiger, dezentraler Ver- und Entsorgungslösungen  
 2266 in der Fläche sowie der flächendeckende schnelle und kostengünstige Zugang  
 2267 zu digitalen Diensten und Angeboten werden gefördert.
- 2268 ▪ Im Rahmen der Prozesse zur Europäischen Raumentwicklung (Europäische  
 2269 Strukturfonds, EUREK, Leitlinien des Europarates usw.) und in der  
 2270 interregionalen Zusammenarbeit setzen sich CDU und SPD für ein  
 2271 Zukunftsprojekt „Ökosoziales Europa“ und die Unterstützung der Ziele des  
 2272 „Global Marshall Plans“ gemäß dem Beschluss des Thüringer Landtages vom  
 2273 27. Januar 2007 ein.
- 2274 ▪ Der Thüringer Demografiebericht wird fortgeschrieben und 2011 neu  
 2275 vorgelegt.

## 2276 Moderne und bedarfsgerechte Infrastruktur

2277 Gerade in der Wirtschaftskrise muss die bedarfsgerechte Modernisierung Thüringens  
 2278 konsequent vorangetrieben werden. Mit einer investitionsorientierten Politik zur  
 2279 Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur wird die Daseinsvorsorge für die Menschen  
 2280 gesichert und ein Beitrag für Wachstum und Beschäftigung erbracht. Die  
 2281 Infrastrukturpolitik sorgt für die gute Erreichbarkeit aller Landesteile. Leistungsfähige  
 2282 Verkehrssystemen wirken der Auseinanderentwicklung der Teilräume des Landes  
 2283 entgegen. CDU und SPD haben dazu folgendes vereinbart:

- 2284 ▪ Grundsätzlich wird angestrebt, so viel Verkehr wie möglich von der Straße auf  
 2285 die Schiene zu verlagern. Dies werden CDU und SPD zum Beispiel durch die  
 2286 Förderung von Gewerbe- und Industriegleisanschlüssen unterstützen. Die  
 2287 Koalition setzt sich für die beschleunigte Umsetzung der Projekte des  
 2288 Bundesverkehrswegeplans ein. Ein Ziel ist es auch, den Belangen der  
 2289 Verkehrssicherheit und der Unfallvermeidung Rechnung zu tragen. Deshalb  
 2290 wollen CDU und SPD das Thüringer Verkehrssicherheitsprogramm 2010  
 2291 fortschreiben.

- 2292  
2293  
2294  
2295  
2296  
2297
- Ziel ist es, einen attraktiven, bedarfsgerechten und bezahlbaren ÖPNV sicherzustellen. Die Bahn soll dauerhaft die grundlegende Raumerschließung in Thüringen sichern. Darauf ist die Nahverkehrsplanung auszurichten. Der Öffentliche Straßenpersonennahverkehr (ÖPNV) und der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sollen besser vernetzt und flexible Bedienformen (Rufbus, Sammeltaxi) intensiver genutzt werden.
- 2298  
2299  
2300
- Die vorhandenen Tarifverbände in Thüringen sollen weiterentwickelt werden. Die Bildung eines Thüringer Verkehrsverbundes mit einem einheitlichen Tarif-, Fahrplan- und Taktsystem wird angestrebt.
- 2301  
2302
- Bei der Vergabe von Verkehrsdienstleistungen auf der Schiene müssen künftig stärker soziale Kriterien zugrunde gelegt werden.
- 2303  
2304  
2305  
2306
- Der Wettbewerb im SPNV wird so gestaltet, dass die Belange der Beschäftigten in den heute vertraglich gebundenen Unternehmen beachtet werden. CDU und SPD werden ein Vergabegesetz vorlegen, das auch für die Vergabe von Verkehrsdienstleistungen gilt.
- 2307  
2308  
2309  
2310  
2311  
2312  
2313  
2314  
2315  
2316
- Die Koalitionspartner bekräftigen das Ziel, den Bau bzw. Ausbau der Hochgeschwindigkeitsstrecke Nürnberg-Erfurt-Halle/Leipzig (VDE 8) zügig abzuschließen. Der Abschnitt zwischen Erfurt und Halle/Leipzig soll bis 2015 befahrbar sein; der Abschnitt zwischen Erfurt und Nürnberg spätestens 2017. Neben den auf der Hochgeschwindigkeitsstrecke verkehrenden neuen ICE-Angeboten sollen auf der Saalebahn auch zukünftig adäquate Fernverkehrsverbindungen erhalten bleiben. Durch eine intelligente Verknüpfung mit dem RegionalExpress-System im künftigen ICE-Knoten Erfurt sollen auch die übrigen Landesteile durch Anschluss an die Hochgeschwindigkeitsstrecke profitieren.
- 2317  
2318  
2319  
2320  
2321
- Der zweigleisige, elektrifizierte Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung (MDV) soll beschleunigt werden. Nach Abschluss der Baumaßnahmen sollen das Angebot im Schienenpersonennahverkehr auf dieser Strecke erweitert und zusätzliche Züge bestellt werden. Insgesamt wird ein dicht vertaktetes Angebot an Schienenpersonennahverkehrsangeboten angestrebt.
- 2322  
2323  
2324
- CDU und SPD werden sich beim Bund dafür einsetzen, dass der Gesamtfinanzierungsbedarf für die VDE 8.1/8.2 sowie für die MDV bis 2013 gesichert wird.
- 2325  
2326  
2327  
2328  
2329
- Die Koalitionspartner sprechen sich für die Förderung von intelligenten Verkehrsmanagementsystemen und die Einführung eines landesweiten Sperrinformationssystems aus, die durch eine Verbesserung des Verkehrsflusses zur Verringerung der Schadstoff- und Lärmimmissionen führen und so die Lebensqualität der Anwohner heben.
- 2330  
2331  
2332
- Die Unternehmen des ÖPNV brauchen eine verlässliche Förderung. Die investive Förderung des ÖPNV wird fortgesetzt. Dazu wird ein an ökologische Kriterien gekoppeltes Investitions- und Beschaffungsprogramm aufgelegt.
- 2333  
2334
- Die Finanzierung des Schülerverkehrs wird auf angemessenem Niveau fortgeführt.
- 2335  
2336
- Bestehende Programme zum Ausbau der Thüringer Stadtbahnen werden unterstützt.

- 2337     ▪ CDU und SPD streben eine optimale Verknüpfung des öffentlichen  
2338     Personenverkehrs auf Schiene und Straße an.
  
- 2339     ▪ Die Koalitionspartner sind sich bewusst, dass den Bahnhöfen und deren  
2340     Umfeld als Tor zur Innenstadt und wichtigem Verknüpfungspunkt zwischen  
2341     Schienenpersonenverkehr und öffentlichem Personennahverkehr eine  
2342     herausragende Funktion zukommt. Aus diesem Grund soll das  
2343     „Bahnhofverschönerungsprogramm“ fortgeführt und intensiviert werden.
  
- 2344     ▪ Die gemeinsame Landesregierung wird sich gemeinsam mit Bayern bei der  
2345     Bundesregierung für den Lückenschluss bei der Werra-Bahn sowie der  
2346     Höllentalbahn einsetzen.
  
- 2347     ▪ Thüringen muss als Wirtschaftsstandort noch attraktiver werden. Die Mobilität  
2348     der Menschen muss erhöht und die Verkehrssicherheit weiter verbessert  
2349     werden. Das Straßennetz des Landes wird dem entsprechend systematisch  
2350     weiter ausgebaut. Wir werden alles für die Beschleunigung von  
2351     Investitionsentscheidungen im Straßenbaubereich tun und zügig die  
2352     planungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen. Dabei werden die Belange  
2353     des Lärm-, Natur- und Umweltschutzes besonders berücksichtigt.
  
- 2354     ▪ Die Sanierung der Landesstraßen wird zügig vorangetrieben. Der Zustand der  
2355     Landesstraßen einschließlich der Brücken soll in den kommenden fünf Jahren  
2356     systematisch verbessert und dem der Bundesstraßen angeglichen werden.  
2357     Das 2009 begonnene „Programm zur nachhaltigen Entwicklung der  
2358     Landesstraßen“ wird mit einem Volumen von 50 Mio. Euro jährlich über die  
2359     gesamte Legislaturperiode fortgesetzt.
  
- 2360     ▪ Ein Landesstraßenbedarfsplan ist zu erstellen. Die sich aus dem  
2361     Landesstraßenbedarfsplan ergebenden vorrangigen Bedarfe sind mit  
2362     Haushaltsmitteln zu untersetzen.
  
- 2363     ▪ Es besteht Übereinstimmung, die laufenden Tunnelüberprüfungen für  
2364     Gefahrguttransporte schnellstmöglich abzuschließen und auf der Grundlage  
2365     dieser Überprüfungen Maßnahmen für eine Verbesserung der Sicherheit  
2366     einzuleiten. Ziel ist die Entlastung der Ortsdurchfahrten.
  
- 2367     ▪ Die Verkehrslärmbelastung in den Thüringer Gemeinden soll verringert  
2368     werden. Thüringen regt dazu ein Bund-Länder-Lärmsanierungsprogramm an,  
2369     mit dessen Hilfe die Gemeinden bei der Umsetzung ihrer Lärmaktionspläne  
2370     gefördert werden. Als beispielhaft gilt hier die Förderung entsprechender  
2371     Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogramms der Bundesregierung.
  
- 2372     ▪ CDU und SPD setzen sich für den bedarfsgerechten Ausbau von  
2373     Pendlerparkplätzen an den Autobahnanschlussstellen ein. Dazu wird,  
2374     aufbauend auf Gesprächen mit dem Bund, ein Konzept zum Ausbau von  
2375     Pendlerparkplätzen vorgelegt.
  
- 2376     ▪ Das Land nutzt alle Möglichkeiten, um den Bau von Ortsumgehungen zu  
2377     beschleunigen. Für Planung und Bau dieser Ortsumgehungen sollen auch  
2378     Mittel aus dem EFRE-Programm (Europäischer Fonds für die regionale  
2379     Entwicklung) des Landes ergänzend herangezogen werden.
  
- 2380     ▪ Das Pilotprojekt zum Einsatz von Longlinern wird durch den Freistaat  
2381     Thüringen nicht verlängert.

- 2382     ▪ Die Rolle des Fahrrads als umweltfreundliches Verkehrsmittel soll weiter  
2383     gestärkt werden. Die Förderung und der Ausbau des Radwegenetzes sollen  
2384     deshalb forciert werden. Im Vordergrund stehen die Entwicklung des  
2385     Alltagsradverkehrs sowie die Verknüpfung touristischer Radrouten und  
2386     Straßen begleitender Radwege.
- 2387     ▪ CDU und SPD werden eine Luftverkehrskonzeption erarbeiten, die in eine  
2388     Weiterentwicklung des Mitteldeutschen Luftverkehrskonzept einzubinden ist.  
2389     Dazu werden Gespräche mit den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt  
2390     aufgenommen. Ziel ist es, ein bedarfsgerechtes Luftverkehrskonzept auf den  
2391     Weg zu bringen, das den struktur- und regionalpolitischen sowie  
2392     wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung trägt. Vor diesem Hintergrund  
2393     werden auch die Subventionen für die Thüringer Flughäfen, insbesondere  
2394     Erfurt und Altenburg-Nobitz, überprüft und angepasst. Dabei ist zu  
2395     berücksichtigen, dass sich mit der Inbetriebnahme der ICE-Trasse Erfurt-  
2396     Leipzig 2016 die Anbindung Erfurts an den Flughafen Halle-Leipzig und die  
2397     Einbindung in den nationalen und internationalen Luftverkehr grundlegend  
2398     ändern wird. Die Koalitionspartner werden deshalb die weitere Entwicklung  
2399     der Fluggastzahlen kritisch evaluieren und die Flughafenbetreiber auffordern,  
2400     Konzepte für eine Angebotsdiversifizierung vorzunehmen. Ziel ist es, dass es  
2401     keine Dauersubventionierung der Thüringer Flughäfen gibt.

## 2402   **20. Bau**

2403   Bezahlbarer Wohnraum in leistungsfähigen und attraktiven Städten und Gemeinden  
2404   gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Für viele Bürgerinnen und Bürger  
2405   Thüringens sind die eigenen vier Wände ein wichtiges Lebensziel. Die  
2406   Wohneigentumsquote ist in Thüringen überdurchschnittlich hoch. Das  
2407   Erscheinungsbild unserer Kommunen und des öffentlichen Raums bestimmt zugleich  
2408   das Image unseres Landes. CDU und SPD haben für dieses Aufgabengebiet  
2409   folgendes vereinbart:

- 2410     ▪ In der Stadtentwicklungspolitik gilt es, die Städte und ihr Umland sowie die  
2411     Gemeinden auch bei sinkenden Einwohnerzahlen weiterhin attraktiv und  
2412     lebenswert zu erhalten. Entwicklungsimpulse müssen künftig noch stärker auf  
2413     die Städte, Gemeinden und ihr Umland konzentriert werden, um die  
2414     wichtigsten Funktionen der Wirtschaft, der Infrastruktur und der Versorgung  
2415     vorzuhalten.
- 2416     ▪ Das in den Städten und Gemeinden vorhandene Entwicklungspotenzial muss  
2417     vor allem auf die Stadt- und Ortszentren ausgerichtet werden. Entsprechend  
2418     konzentriert das Land seine Fördermaßnahmen auf entsprechende  
2419     Entwicklungsgebiete.
- 2420     ▪ CDU und SPD werden den Stadtumbau fortführen, stärker mit den anderen  
2421     Programmen der Wohnungs- und Städtebauförderung verzahnen und die  
2422     Kofinanzierung sicherstellen.
- 2423     ▪ Die Ausstellung des Landes „Mensch, Natur und Städtebau“ soll im Vier-  
2424     Jahres-Rhythmus fortgesetzt werden.
- 2425     ▪ Um die Wohnungsbauförderung auf eine stabile finanzielle Grundlage zu  
2426     stellen, streben CDU und SPD eine Aufstockung des  
2427     Wohnungsbauvermögens an. Dazu werden die Thüringen im Rahmen der

- 2428 Föderalismusreform bis 2019 übertragenen Mittel für die  
 2429 Wohnungsbauförderung ab 2010 nur noch teilweise als Zuschüsse eingesetzt.  
 2430 Ein jährlich wachsender Anteil der Mittel wird als Darlehen ausgereicht und  
 2431 fließt in einen revolvingen Fonds. So werden finanzielle Spielräume für  
 2432 Investitionen im Wohnungsbau für die kommenden Jahre erhalten.
- 2433 ▪ CDU und SPD werden bis zum 31. Dezember 2010 ein Landesgesetz zur  
 2434 Wohnungsbauförderung erarbeiten. Es steckt den Rahmen für die künftige  
 2435 Wohnungsbauförderung ab und führt die Fördermöglichkeiten zusammen.
- 2436 ▪ Die Koalition wirkt darauf hin, den Städten künftig zu ermöglichen, finanzielle  
 2437 Mittel Dritter (z. B. kommunaler Unternehmen) zur Finanzierung der  
 2438 Eigenanteile im Rahmen der Städtebauförderung alternativ einzusetzen.  
 2439 Thüringen startet eine entsprechende Initiative auf Bundesebene.
- 2440 ▪ CDU und SPD werden die Erhaltung und Sanierung von Baudenkmalen weiter  
 2441 fördern. Im Denkmalschutz stehen die Erhaltung und behutsame Erneuerung  
 2442 von besonders wertvollen Altstadtstrukturen und Baudenkmalern im  
 2443 Mittelpunkt.
- 2444 ▪ Die neue Thüringer Bauordnung ist in Bezug auf Bürger- und  
 2445 Investorenfreundlichkeit zu evaluieren und anzupassen. Dies gilt auch für eine  
 2446 bessere Nutzung erneuerbarer Energien.
- 2447 ▪ Private und öffentlich-private Initiativen zur Stadtentwicklung und zur  
 2448 Gestaltung des öffentlichen Raums unter Einbeziehung von Public Private  
 2449 Partnership (PPP) sollen mit Zuschüssen und Darlehen gefördert werden,  
 2450 wenn durch die Maßnahme ein Vorteil für die öffentliche Hand entsteht.
- 2451 ▪ CDU und SPD werden gemeinsam mit den beteiligten Akteuren eine  
 2452 Qualitätsoffensive Bauen starten. Dazu werden die Arbeit der Stiftung  
 2453 Baukultur unterstützt und die Möglichkeiten einer Internationalen  
 2454 Bauausstellung (IBA), der Landesgartenausstellungen und städtebaulicher  
 2455 Wettbewerbe genutzt.
- 2456 ▪ Die Bund-Länder-Programme für den Städtebau haben sich bewährt. Die  
 2457 Koalitionspartner werden sich für die Fortführung und Evaluierung dieser  
 2458 Programme einsetzen und die jahresscheibengerechte Kofinanzierung der  
 2459 Programme absichern.
- 2460 ▪ CDU und SPD werden gegenüber dem Bund folgende Maßnahmen aktiv  
 2461 einfordern:
- 2462 - die weitere Entlastung von Altschulden der Wohnungsunternehmen im
  - 2463 Rahmen der auch künftig notwendigen Wohnungsabriss- und
  - 2464 Verlängerung der Abrissfrist für beantragte Vorhaben,
  - 2465 - die Wiedereinführung der Investitionszulage und
  - 2466 - die dauerhafte bedarfsgerechte Ausgestaltung des Wohngeldes.

#### 2467 Staatlicher Hochbau und Katasterverwaltung

- 2468 ▪ Für bestehende Landesliegenschaften sollen Einsparungen im Energiebedarf  
 2469 der Gebäude vorgenommen und nachgewiesen werden. Bei der Errichtung  
 2470 und dem Betrieb von landeseigenen Gebäuden und Anlagen ist ein

2471 besonderes Augenmerk auf die Verwendung regenerativer Energien zu legen.  
2472 Hier wird ein Anteil von bis zu 10 % bis zum Jahr 2015 angestrebt.

2473 ■ Bei der Ausschreibung von Bauleistungen durch das Land wird geprüft,  
2474 inwieweit Branchentarifverträge zum Bestandteil der Bauverträge gemacht  
2475 werden können.

2476 ■ Der Ausbau der Thüringer Geodateninfrastruktur (zur Umsetzung der  
2477 europäischen INSPIRE-Richtlinie) ist weiter zu betreiben. Die hierfür  
2478 notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen sollen bereitgestellt  
2479 werden, ebenso die erforderliche IT-Infrastruktur im Rahmen eines  
2480 zuverlässigen und leistungsfähigen E-Governments.

## 2481 **21. Medien**

2482 Thüringen hat sich zu einem attraktiven Medienstandort entwickelt. Das Land ist zu  
2483 einem Kindermedienstandort und damit auch zu einem Medienkompetenzland mit  
2484 einer Reihe von lokal geprägten Medien geworden. Rund um den KI.KA und das  
2485 Kindermedienzentrum werden CDU und SPD durch Erweiterungsinvestitionen einen  
2486 Mediacampus Thüringen entwickeln. Damit sollen der Medienstandort insgesamt  
2487 gestärkt und der Ausbau von verbesserten Vermarktungsstrukturen sowie weiter  
2488 Existenzgründungen von Medienunternehmen forciert werden. CDU und SPD haben  
2489 folgendes vereinbart:

2490 ■ CDU und SPD werden das Rahmenkonzept „Kindermedienland Thüringen“  
2491 weiterentwickeln, indem die bisherigen Strukturen zu einem Kindermedien-  
2492 Campus Thüringen ausgebaut und Maßnahmen eingeleitet werden, die die  
2493 Dienstleistungen, Technologien, Lern- und Didaktikmedien in Zusammenarbeit  
2494 mit wissenschaftlichen Einrichtungen entwickeln sollen, und damit einen  
2495 Beitrag zur Verbreiterung der Wertschöpfung auf diesem Feld ermöglichen.

2496 ■ Der Mitteldeutschen Medienförderung GmbH kommt bei dieser Entwicklung  
2497 eine besondere Bedeutung zu. Durch eine Erweiterung des Fördervolumens  
2498 und eine zielgerichtete Investitionspolitik soll der Standort insgesamt gestärkt  
2499 und auch ein Beitrag zur Entwicklung regionaler Strukturen geleistet werden.

2500 ■ Im Rahmen des Konjunkturprogramms des Bundes stehen Mittel zum Ausbau  
2501 des Breitband-Internetzugangs im ländlichen Raum zur Verfügung. Diese  
2502 Mittel wollen CDU und SPD nutzen, um eine möglichst flächendeckende  
2503 Versorgung so schnell wie möglich zu gewährleisten.

2504 ■ Medienkompetenz ist eine Schlüsselkompetenz für die Schülerinnen und  
2505 Schüler. Daher wird in den Klassenstufen 5-10 der integrative Kurs  
2506 Medienkunde ausgebaut. Medienkompetenz und lebenslanges Lernen  
2507 gehören zusammen.

2508 ■ Die Kreativwirtschaft hat in den vergangenen Jahren erheblich an Bedeutung  
2509 gewonnen. Bereits heute werden etwa drei Prozent des Thüringer  
2510 Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet. In diesem Segment liegen erhebliche  
2511 Potenziale für die Neugründung von Firmen, den Einstieg in die  
2512 Selbstständigkeit und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Dies ist auch  
2513 eine Möglichkeit, den an den Universitäten und Fachhochschulen in Thüringen  
2514 Ausgebildeten eine Perspektive zu vermitteln. Dieses Potenzial wollen die

2515 Koalitionspartner in den nächsten Jahren gezielt ausbauen und durch  
2516 entsprechende Beratungs- und Förderprogramme unterstützen.

2517 ▪ Die Landesregierung wird einen regelmäßigen Bericht zur Lage und  
2518 Entwicklung der Kreativwirtschaft in Thüringen erarbeiten und vorlegen.

2519 ▪ Es werden Beratungs- und Fördermöglichkeiten für den Aufbau der  
2520 Kreativwirtschaft basierend auf einer Potenzialanalyse erarbeitet und  
2521 entwickelt.

## 2522 **22. Justiz**

2523 Eine moderne und leistungsfähige Justiz gehört zu den Eckpfeilern der Demokratie.  
2524 Sie ist Voraussetzung dafür, dass Bürgerinnen und Bürger darauf vertrauen können,  
2525 ihre Rechte durchzusetzen und in Freiheit leben zu können. Eine bürgerfreundliche  
2526 und effiziente Rechtspflege ist nicht nur ein wesentlicher Faktor für ein  
2527 funktionierendes Gemeinwesen, sondern stellt gleichzeitig auch einen Standortvorteil  
2528 im wirtschaftlichen Wettbewerb dar. Darüber hinaus leistet die Justiz durch eine  
2529 effektive Strafverfolgung einen wichtigen Beitrag zur inneren Sicherheit in Thüringen.  
2530 CDU und SPD haben folgendes vereinbart:

2531 ▪ Im Freistaat Thüringen ist die Justiz auch Dienstleister für Bürger und  
2532 Unternehmen. Jedermann hat Anspruch auf zügige Verfahren. Um dies auch  
2533 in Zukunft zu sichern, wird der Ausbau einer effizient arbeitenden und  
2534 bürgerfreundlichen Justiz bedarfsgerecht fortgesetzt. Gerichte müssen auch in  
2535 Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger so gut wie möglich erreichbar sein.

2536 ▪ Das Justizministerium prüft entsprechend der Maßgaben der  
2537 Geschäftsordnung der Landesregierung die Verfassungsmäßigkeit von  
2538 Gesetzentwürfen der Landesregierung.

2539 ▪ CDU und SPD streben die Novellierung des Thüringer Richtergesetzes mit  
2540 dem Ziel an, die Beteiligungsrechte der Richter zu stärken und die  
2541 Mitwirkungsmöglichkeiten der richterlichen Gremien zu erhöhen.

2542 ▪ Nicht für jede Streitigkeit ist der Weg zum Gericht sinnvoll. Die vielfältigen  
2543 Angebote der außergerichtlichen Konfliktlösung, wie z.B. Mediation,  
2544 Schlichtungs- und Schiedsstellen, werden miteinander vernetzt und für den  
2545 Rechtssuchenden transparent gemacht.

2546 ▪ Nicht jedes Gerichtsverfahren muss durch Urteil enden. Die einvernehmliche  
2547 Streitschlichtung wird unter anderem durch den Einsatz von Güterichtern in  
2548 den Gerichten gefördert. Das wissenschaftlich begleitete Pilotprojekt  
2549 „Thüringer Güterichter“ wird fortgesetzt und evaluiert.

2550 ▪ Erklärtes Ziel von CDU und SPD ist es, eine neue Streitkultur zu etablieren.  
2551 Damit sollen der Rechtsfrieden und das Miteinander in unserer Gesellschaft  
2552 gestärkt werden.

### 2553 Sozialgerichtsbarkeit

2554 ▪ CDU und SPD werden die erforderlichen organisatorischen,  
2555 verwaltungsmäßigen und personalwirtschaftlichen Maßnahmen treffen, um  
2556 eine zügige Abarbeitung der Verfahren in der Sozialgerichtsbarkeit  
2557 sicherzustellen.

- 2558      ▪ Bundesratsinitiativen zu einer Übertragung von Aufgaben aus der  
2559      Sozialgerichtsbarkeit auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit werden geprüft.
- 2560      ▪ Notwendig ist eine nachhaltige Verbesserung der Qualität der Bescheide, eine  
2561      effektive Nutzung des Widerspruchsverfahrens als Beschwerdemanagement  
2562      sowie eine zeitgerechte Bearbeitung, um die hohe Zahl der Streitfälle in der  
2563      Sozialgerichtsbarkeit zu verringern.
- 2564      ▪ Angesichts der besonderen Personalstruktur in der Thüringer Justiz und der  
2565      momentanen Situation in der Sozialgerichtsbarkeit wird eine Erhöhung des  
2566      Einstellungskorridors für sinnvoll erachtet.

2567      Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs

- 2568      ▪ CDU und SPD setzen auf den Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs.  
2569      Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, damit Bürgerinnen und  
2570      Bürger sowie die Wirtschaft diesen Service flächendeckend nutzen können.  
2571      Dies ist bürgerfreundlich und ein Standortvorteil für Thüringen.
- 2572      ▪ Die Vorteile elektronischer Verfahren insbesondere im Bereich des  
2573      Registerwesens werden genutzt, wobei der Aspekt der Bürgerfreundlichkeit  
2574      besonders zu berücksichtigen ist. Es wird angestrebt, in dieser  
2575      Legislaturperiode das Elektronische Vereinsregister auf der Basis des  
2576      Elektronischen Handelsregisters einzuführen.

2577      Strafrecht und Opferschutz

- 2578      ▪ Die Koalitionspartner werden die erforderlichen organisatorischen,  
2579      verwaltungsmäßigen und personalwirtschaftlichen Maßnahmen treffen zur  
2580      Errichtung einer Wirtschaftsprüfgruppe bei der Staatsanwaltschaft Gera für  
2581      Ermittlungsverfahren sowie für eine angemessene Verstärkung der  
2582      bestehenden Wirtschaftsprüfgruppe bei der Staatsanwaltschaft Mühlhausen.  
2583      Deren Aufgabe ist die Aufarbeitung sichergestellter umfangreicher  
2584      Geschäftsunterlagen und die Erstellung qualifizierter Auswertungsberichte  
2585      unter Einsatz moderner IT-Instrumente.
- 2586      ▪ CDU und SPD vereinbaren, dass aufgrund der vorliegenden Regelungen und  
2587      Erfahrungen in Baden-Württemberg, Berlin und Nordrhein-Westfalen geprüft  
2588      wird, ob die Einführung eines Korruptionsregisters in Thüringen sinnvoll ist.
- 2589      ▪ Die Koalitionspartner vereinbaren zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen,  
2590      das Spektrum strafrechtlicher Sanktionsmöglichkeiten zu erweitern. Hierzu  
2591      werden unter anderem die Möglichkeiten der Ausweitung des Täter-Opfer-  
2592      Ausgleichs, die Übernahme von Erfahrungen aus dem Jugendgerichtsbarkeit  
2593      und die Ausweitung der Möglichkeiten gemeinnütziger Arbeit geprüft. Bei den  
2594      Überlegungen wird berücksichtigt werden, inwieweit der Wiedergutmachung  
2595      des Schadens als Teil des Opferschutzes Vorrang vor der strafrechtlichen  
2596      Sanktion eingeräumt werden kann.
- 2597      ▪ Der Jugendkriminalität in Thüringen ist mit geeigneten Maßnahmen  
2598      konsequent zu begegnen. Dazu gehört eine unverzügliche und differenzierte  
2599      Reaktion des Staates auf Straftaten von Jugendlichen und Heranwachsenden.
- 2600      ▪ Die Koalitionspartner fördern die Einrichtung von Jugendstationen in größeren  
2601      Städten.

- 2602  
2603
- Daneben wird ein wissenschaftlich begleitetes Pilotprojekt zur Erprobung sog. Teen-Courts an geeigneten Standorten durchgeführt.
- 2604  
2605  
2606  
2607  
2608  
2609
- Die Koalitionsparteien werden die Belange der Opfer von Straftaten stärker in den Fokus ihrer Bemühungen stellen. Dies beinhaltet Maßnahmen zur Vorbeugung von Straftaten, die Versorgung der Opfer von Straftaten in rechtlicher, psychologischer und ggf. wirtschaftlicher Hinsicht sowie die Gewährleistung einer angemessenen Stellung in den jeweiligen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren.
- 2610  
2611
- Zudem werden die Koalitionsparteien den weiteren Ausbau von Netzwerken, die der Opferbetreuung dienen, fördern.

## 2612 Justizvollzug

- 2613  
2614  
2615
- Die Landesregierung gewährleistet einen sicheren und modernen Justizvollzug. Dazu gehören auch effektive ambulante Reintegrationsmaßnahmen.
- 2616  
2617  
2618  
2619  
2620
- Eine erfolgreiche Resozialisierung ist der beste Schutz vor Rückfallstraftaten. Erste Voraussetzung dafür sind zeitgemäße Haftbedingungen. Die Koalitionsparteien streben neben der Fertigstellung der Jugendstrafanstalt Arnstadt/Rudisleben den Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Ostthüringen in dieser Legislaturperiode an.
- 2621  
2622  
2623  
2624
- Die begonnene Verzahnung von ambulanter und stationärer Sozialarbeit mit Straffälligen wird konsequent fortgeführt. Ziel ist die Bildung eines leistungsfähigen Netzwerkes, welches die im Vollzug erfolgten und begonnenen Maßnahmen sichert und fortsetzt.
- 2625  
2626
- Die berufliche Bildung der Gefangenen im Justizvollzug wird im bisherigen Umfang fortgeführt.
- 2627  
2628
- Die Ausstattung der Justizvollzugsanstalten mit psychologischen Fachkräften wird wie bisher sichergestellt.
- 2629  
2630  
2631  
2632  
2633
- Die Koalitionspartner sind sich einig, das Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetz und das Thüringer Untersuchungshaftvollzugsgesetz gemessen am Stand der Gesetzgebungsverfahren im Bund und in den Ländern innerhalb von zwei Jahren unter besonderer Berücksichtigung verfassungsrechtlicher Aspekte zu evaluieren.

## 2634 Bekämpfung des Rechtsextremismus durch die Thüringer Justiz

- 2635  
2636  
2637  
2638  
2639  
2640
- Die Thüringer Justiz wird die Bekämpfung des Rechtsextremismus intensivieren. Die Koalitionsparteien sind sich darin einig, dass unter anderem das Angebot der Präventionsarbeit mit gewaltbereiten und rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen im Jugendstrafvollzug erweitert wird. Sie werden daher in Zusammenarbeit mit freien Trägern fortlaufend Anti-Gewalt-Programme für rechtsextreme Gewaltstraftäter auflegen.
- 2641  
2642  
2643
- Die Einrichtung von Sonderdezernaten bei den Staatsanwaltschaften für die Bearbeitung von Verfahren mit extremistischem und fremdenfeindlichem Hintergrund hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden.

2644

## 2645 Diskussionsforen zu Gesetzgebungsvorhaben

- 2646     ▪ Bei ausgewählten Gesetzgebungsverfahren im Landtag werden  
2647     Diskussionsforen im Internet erprobt, in denen die Bürgerinnen und Bürger  
2648     diskutieren können. Die Beiträge können in die Beratungen des Landtags  
2649     einbezogen werden.

## 2650 **23. Europa**

2651 Thüringen hat seinen Platz in der Mitte Europas. Die Europäische Union ist das  
2652 Ergebnis einer einmaligen Erfolgsgeschichte. Eine gemeinsame Politik des Friedens  
2653 und der Annäherung hat die Spaltung des Kontinents überwunden. Die Thüringer  
2654 Landesregierung wird im Rahmen der gestärkten Integrationsverantwortung der  
2655 Länder an der Europapolitik der Bundesregierung aktiv mitwirken und dabei  
2656 insbesondere das Ziel einer vertiefenden Integrationspolitik und der verstärkten  
2657 interregionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verfolgen. CDU und  
2658 SPD haben folgendes vereinbart:

- 2659     ▪ Zwischen den Koalitionspartnern besteht Einvernehmen darin, im Zug der  
2660     neuen Mitwirkungsrechte im Zusammenhang mit dem Lissabon-Vertrag die  
2661     Europa-Kompetenz des Landtages und der Landesregierung zu stärken.
- 2662     ▪ Der Stellenpool zur Steigerung der europäischen Kompetenz ist aufrecht zu  
2663     erhalten. Der Stellenpool hat die Bereitschaft, Bedienstete zu  
2664     europarelevanten Institutionen zu entsenden, deutlich verbessert und soll  
2665     daher langfristig erhalten werden.
- 2666     ▪ CDU und SPD einigen sich auf die weitere Stärkung der Europafähigkeit der  
2667     Landesverwaltung durch den Ausbau der Europa-Fortbildung im Rahmen des  
2668     Thüringer Landesfortbildungsprogramms. Dabei bedarf es der Stärkung der  
2669     Europafähigkeit der Fachressorts. Zu diesem Zweck sollten insbesondere  
2670     Europa-Fortbildungsmodule im Rahmen des Landesfortbildungsprogramms  
2671     unter Hinzuziehung der Angebote der Europäischen Rechtsakademie in Trier,  
2672     des European Institut for Public Administration in Maastricht oder der  
2673     Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer eingerichtet  
2674     werden.
- 2675     ▪ Die Koalitionsparteien einigen sich ferner darauf, zu prüfen, ob das  
2676     Postgraduiertenstipendium beim Europakolleg Brügge / Natolin (getragen von  
2677     der Europäischen Bewegung) wieder eingeführt wird.
- 2678     ▪ Die Koalitionspartner werden die Europakompetenz auch im Rahmen der  
2679     Thüringer Juristenausbildung weiter stärken. Insbesondere wird ein  
2680     „Schwerpunktlehrgang Europarecht“ in den juristischen Vorbereitungsdienst  
2681     integriert.
- 2682     ▪ Die Koalitionspartner sind sich einig, dass in allen Ressorts die eigenen  
2683     europarechtlichen Referate / Europareferate erhalten bleiben.
- 2684     ▪ Besonderes Augenmerk legen CDU und SPD auf die Einhaltung des  
2685     Subsidiaritätsprinzips, also der Erledigung von Aufgaben auf der niedrigsten  
2686     geeigneten Stufe. Das im Lissabonner Vertrag festgelegte Frühwarnsystem  
2687     wird von den Koalitionsparteien so ausgestaltet, dass eine wirksame und  
2688     zeitnahe Einbeziehung des Thüringer Landtags gewährleistet wird.

2689  
2690  
2691  
2692  
2693

- Auch über den Bundesrat kann der Freistaat Thüringen künftig noch stärker Einfluss auf Angelegenheiten der Europäischen Union nehmen. Die Koalitionsparteien wollen ein praxistaugliches Verfahren in Abstimmung aller Bundesländer vereinbaren, um die Umsetzung dieser neuen Mitwirkungsrechte effektiv zu gestalten.

2694  
2695

- Die Koalitionsparteien setzen sich für die Erhaltung des Europäischen Informationszentrums (EIZ) ein.

2696  
2697

- Thüringen braucht auch nach 2013 eine angemessene Förderung durch die EU-Strukturfonds. Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen.

2698 Arbeitnehmerrechte

2699  
2700  
2701  
2702  
2703

- Das soziale Europa ist ein fundamentaler Bestandteil des europäischen Gesellschaftsmodells. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Sicherung von Arbeitnehmerrechten, der Ausbau des Sozialschutzes – im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten – sind wichtige europapolitische Anliegen der Landesregierung.

2704  
2705  
2706  
2707  
2708  
2709  
2710  
2711

- Die Koalitionspartner wollen auch auf europäischer Ebene Arbeitnehmerrechte stärken und das Prinzip guter Arbeit für alle in den Vordergrund stellen. Darüber hinaus braucht das Soziale Europa für seine Verwirklichung handlungsfähige Gewerkschaften und starke Betriebsräte, um die arbeitende Bevölkerung in ihren Rechten zu stärken. Im Rahmen der gestärkten Integrationsverantwortung setzen sich die Koalitionspartner dafür ein, dass auch auf europäischer Ebene die Arbeitnehmerrechte gestärkt werden.

## 2712 **III. Verfahren der politischen Zusammenarbeit**

2713 Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Koalitionsvereinbarung in  
2714 Regierungshandeln umzusetzen. Sie werden dazu ihre Arbeit in Parlament und  
2715 Regierung laufend und umfassend miteinander abstimmen und zu Verfahrens-,  
2716 Sach- und Personalfragen Konsens herstellen.

### 2717 **1. Koalitionsausschuss**

2718 Die Koalitionsparteien bilden einen Koalitionsausschuss. Der Koalitionsausschuss  
2719 regelt grundlegende Fragen, die einer Abstimmung beider Seiten bedürfen. Er wird  
2720 auf Antrag eines Partners einberufen.

2721 Dem Koalitionsausschuss gehören die Ministerpräsidentin, der stellvertretende  
2722 Ministerpräsident, die beiden Fraktionsvorsitzenden und je zwei weitere  
2723 Vertreterinnen und Vertreter der Parteien an. Bei Bedarf werden Fachminister  
2724 hinzugezogen. Entscheidungen werden einvernehmlich getroffen. Die Ergebnisse  
2725 werden schriftlich festgehalten.

### 2726 **2. Zusammenarbeit und Abstimmverhalten im Landtag**

2727 Die Koalitionsparteien verpflichten sich, entsprechend ihrer Koalitionsvereinbarung  
2728 im Thüringer Landtag und seinen Ausschüssen nicht mit wechselnden Mehrheiten  
2729 abzustimmen. Gesetzesentwürfe, Anträge und Große Anfragen werden gemeinsam  
2730 oder – im Ausnahmefall – im gegenseitigen Einvernehmen eingebracht. Anträge auf  
2731 Aktuelle Stunden sind rechtzeitig vor der Beantragung mit dem Koalitionspartner  
2732 abzustimmen. Zur Abstimmung der parlamentarischen Zusammenarbeit findet  
2733 zwischen den Fraktionen ein enger und regelmäßiger Informationsaustausch statt.

### 2734 **3. Zusammenarbeit in der Landesregierung**

2735 Die CDU stellt die Thüringer Ministerpräsidentin. Die SPD stellt den stellvertretenden  
2736 Thüringer Ministerpräsidenten. Das Ressort des stellvertretenden  
2737 Ministerpräsidenten wird so ausgestaltet, dass es die Aufgaben eines  
2738 stellvertretenden Regierungschefs erfüllen kann.

2739 Die CDU stellt darüber hinaus den Minister und den Staatssekretär in der  
2740 Staatskanzlei und besetzt die Leitung folgender Fachressorts:

- 2741       ▪ Innen
- 2742       ▪ Finanzen
- 2743       ▪ Bau/Landesentwicklung/Verkehr
- 2744       ▪ Landwirtschaft/Forsten/Umwelt/Naturschutz

2745 Die SPD stellt die Leitung folgender Fachressorts:

- 2746       ▪ Bildung/Wissenschaft/Kultur
- 2747       ▪ Soziales/Familie/Gesundheit
- 2748       ▪ Wirtschaft/Arbeit/Technologie
- 2749       ▪ Justiz

- 2750 Die abschließende Bezeichnung der Häuser wird durch Organisationserlass der  
2751 Ministerpräsidentin festgelegt.
- 2752 Über die Berufung der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre in den Ressorts  
2753 entscheidet das Kabinett auf Vorschlag der Fachminister.
- 2754 Die Koalitionspartner entscheiden im Kabinett einvernehmlich.
- 2755 Kabinettsvorlagen und Vorlagen an den Thüringer Landtag sind unbeschadet der  
2756 Zuständigkeitsregelung vor Kabinettsbefassung rechtzeitig auch dem  
2757 stellvertretenden Ministerpräsidenten zur Mitzeichnung zuzuleiten. Bei in der  
2758 Landesregierung abgestimmten Gesetzen und Vorlagen gilt für die Zuleitung an den  
2759 Thüringer Landtag das Ressortprinzip.
- 2760 Der Finanzminister unterrichtet die Ministerpräsidentin und den stellvertretenden  
2761 Ministerpräsidenten, bevor haushaltswirtschaftliche Maßnahmen ergriffen oder  
2762 andere grundsätzliche Entscheidungen im Haushaltsvollzug getroffen werden.
- 2763 Der Regierungssprecher wird auf Vorschlag der CDU, der stellvertretende  
2764 Regierungssprecher wird auf Vorschlag der SPD bestellt.
- 2765 Personelle Fragen entscheiden die Koalitionspartner im Grundsatz gleichberechtigt  
2766 und einvernehmlich.

#### 2767 **4. Abstimmverhalten im Bundesrat**

- 2768 Initiativen des Freistaates Thüringen im Bundesrat und das Abstimmverhalten im  
2769 Bundesrat werden im Interesse des Landes sowie des weiteren Aufbaus Ost  
2770 bestimmt und im Kabinett beschlossen.
- 2771 Wird im Kabinett zwischen den Koalitionspartnern keine Übereinkunft über das  
2772 Abstimmverhalten erzielt, so enthält sich der Freistaat im Bundesrat.
- 2773 Den ordentlichen Platz des Freistaates Thüringen im Vermittlungsausschuss wird die  
2774 Ministerpräsidentin, den Platz des Stellvertreters der stellvertretende  
2775 Ministerpräsident besetzen.

Christine Lieberknecht

Christoph Matschie

2776